

IF4|21

ZEITSCHRIFT FÜR
INNERE FÜHRUNG

Vernetzte Abwehr der EU

Schutz vor
Cyberangriffen

Konflikt am Scheideweg

Zehn Jahre Leid in Libyen
vor dem Ende?

Drama um U Hai

Deutsches U-Boot sinkt
1966 in der Nordsee



BUNDESWEHR

Typen mit Format

Persönlichkeitsbildung in der Bundeswehr





beuys
2021

BEUYS – LEHMBRUCK

Denken ist Plastik

bis 1. November 2021 in Bonn

Parallel dazu:
LEHMBRUCK – BEUYS
Alles ist Skulptur
im Lehmbruck Museum, Duisburg

Portrait Joseph Beuys (Ausschnitt) © documenta archiv / Foto: Dieter Schwertle, und Wilhelm Lehmbruck, Große Sinnende (Ausschnitt), 1913 (posthumer Guss), Lehmbruck Museum, Duisburg. Foto: Christian Baraja. Collage © cyan. Foto: Daniela Hauke und Dieter Fiedler / cyan © Joseph Beuys Estate / VG Bild-Kunst, Bonn 2021

METHODE RAINER WERNER FASSBINDER

Eine Retrospektive

bis 6. März 2022 in Bonn

Cover Rainer Werner Fassbinder mit Kameramann Michael Ballhaus bei den Dreharbeiten zu WÄRMUNG VOR EINER HEILIGEN NUTTE, BRD 1970/71 © DFF – Deutsches Filminstitut & Filmmuseum, Frankfurt am Main / Sammlung Peter Gaulte. Foto: Peter Gaulte

Die Bundeswehr muss Orientierung geben



In dieser Ausgabe der IF geht es um die Persönlichkeitsbildung in der Bundeswehr – aber auch um die Frage der soldatischen Erziehung. Schließlich sollen Vorgesetzte in der Bundeswehr „militärischer Führer, Ausbilder und Erzieher“ in einem sein.

Es gibt heute viele Möglichkeiten in den Dienst der Bundeswehr zu treten, vom Freiwilligen Wehrdienst, über die Laufbahn der Zeit- und Berufssoldaten bis hin zum Seiteneinstieg. Die Angehörigen der Bundeswehr kommen aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft und sind unterschiedlich sozialisiert. Die Bundeswehr ist bunt wie nie zuvor. Auch aus diesem Grund gilt für alle Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr, dass sie soldatische Erziehung und Orientierung benötigen.

Zudem hat sich heute der „Abholpunkt“ – die Prägung durch Elternhaus, Familie und Schule – verändert. Viele junge Soldatinnen und Soldaten haben heute einen besonders hohen Orientierungsbedarf. Sie wissen nur wenig über die besonderen Anforderungen des soldatischen Dienstes. Dies führt zu Handlungsunsicherheit und im schlimmsten Fall zu Fehlverhalten. Damit die jungen

Soldatinnen und Soldaten aber den hohen Anforderungen unseres Dienstes gerecht werden können, müssen wir ihnen bereits mit Dienstantritt eine starke Orientierung bieten und sie resilient machen z.B. gegen Extremismus, Fakenews und schädliche Tendenzen im Bereich der Menschenführung. Wir müssen die Besonderheit des **soldatischen Dienstes und Dienens** hervorheben und erläutern. Wir sind kein Unternehmen! Der Soldatenberuf unterliegt besonderen Bedingungen und Anforderungen – charakterlich, physisch und psychisch. Es geht vorrangig um gewissensgeleitete Auftragserfüllung, um Einsatz und Einsatzbereitschaft. Darin liegt auch der besondere Wert der Inneren Führung mit der Persönlichkeitsbildung, mit Führen durch Vorbild, mit Vorleben, Leben und Erleben sowie auch gerade mit soldatischer Erziehung.

Orientierung – nicht umsonst steht der Kompass als Symbol für die Innere Führung.

Generalmajor André Bodemann

Kommandeur
Zentrum Innere Führung



16

Titelthema Persönlichkeits- bildung

Kai Rohrschneider

8 Meinung
Persönlichkeitsbildung ist
eine Gemeinschaftsleistung

Peter Popp

10 Mit Herz, Hand und Verstand

*Michael Peter, Kai Hirschmann,
Roger Mielke, Uwe Ulrich*

16 Vier Elemente der
Persönlichkeitsbildung:

Historische, politische,
ethische und interkulturelle
(Aus-) Bildung

Wilke Rohde

24 Kein Platz für Einzelkämpfer

Vorbild, Teamwork und Persönlichkeits-
bildung im Bundeskriminalamt

Innere Führung

Georg Habel

30 65 Jahre Zentrum
Innere Führung

Von der Schule
zum Kompetenzzentrum

Wolfgang Schäuble

35 Kein Beruf wie jeder andere

Rede anlässlich der Vorstellung
des Buches „Deutsche Krieger“
von Sönke Neitzel

Welt & Partner

*Manuel Kellerbauer, Luigi Malferrari,
Moritz Thörner*

46 Bruce Willis & die
sprechenden Kühlschränke

Schutz durch die Europäische
Union vor Cyberangriffen

Harald Stutte

50 Barkhane

Frankreichs gefährliche Mission in Mali

56 Politische Karte
Libyen und die Sahelzone

Wolfram Lacher

58 Der Konflikt in Libyen

Zehn Jahre und
kein Ende in Sicht?





Geschichte

64 U Hai

Kai Steenbuck

Vor 65 Jahren: Dramatischer Untergang eines deutschen U-Boots

Keine IF bekommen?

Einheiten, Verbände und Dienststellen wenden sich ganz einfach an ihre Poststelle/ zuständige Dienstvorschriften-stelle und fordern zusätzliche Exemplare an.

Lesen Sie die IF auch digital unter www.innerefuehrung.de



Rubriken

Essay

Michael Gutzeit

70 Die Werte-Botschafter

Mehr Vertrauen durch den Dialog zwischen Soldatinnen und Soldaten und der Gesellschaft

Zahlen & Fakten

Timo Graf

74 Mehr als „freundliches Desinteresse“

Die öffentliche Meinung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

Mediale

76 Buch- und Onlinetipps

79 Impressum

81 Schlaglicht

Aufgeschlagen

10. Oktober 1981

82 Friedensbewegung vs. NATO-Doppelbeschluss



Persönlichkeiten bilden





Welche Art Frauen und Männer braucht die Bundeswehr? Warum ist das historische Wissen um den eigenen Kulturkreis für Soldatinnen und Soldaten wichtig? Welche Rolle spielt die „politische Mündigkeit“ im Dienst der Bundeswehr? Was hat die innere Stimme des Gewissens mit dem soldatischen Selbstverständnis zu tun? Welche Bedeutung können transkulturelle Kompetenzen für den Dienstalltag haben? Diesen und anderen Fragen gehen wir in unserem Titelthema nach.



Meinung

Persönlichkeitsbildung ist eine Gemeinschaftsleistung

Die Streitkräfte brauchen Männer und Frauen, die zugleich Persönlichkeiten sind. Wie sollen diese charakterisiert sein? Drei Thesen.

von Kai Rohrschneider

Was für Persönlichkeiten benötigt die Bundeswehr, um den ihr gestellten Aufgaben gerecht zu werden und ihre Aufträge erfüllen zu können? Was für Persönlichkeiten brauchen wir, um als Organisation agil und anpassungsfähig zu bleiben? Ich möchte mich diesen Fragen mit drei Thesen aus einem ganz persönlichen Blickwinkel nähern. Er ist von Eindrücken geleitet, die mich in 37 Dienstjahren als Offizier, als Ausbilder und Erzieher, als Vorgesetzter und zugleich immer auch als Untergebener geprägt haben.

Unsere Soldatinnen und Soldaten treten zwar bereits als geformte Persönlichkeiten in die Streitkräfte ein und würden sich auch ohne Einwirken des Militärs weiterentwickeln. Aber daneben steht unvermeidlich die tiefe Prägung, die der soldatische Dienst selbst bewirkt. Es ist meine Überzeugung, dass dieser Dienst besondere Anforderungen stellt: Die Härten im Einsatz und bei Übungen, unsere ethische Verantwortung in Kampf und Gefecht, das kameradschaftliche

Füreinander-Einstehen, all das formt und bildet die Persönlichkeit derer, die diesen Dienst leisten. Daher lautet meine erste These: Die Bundeswehr muss in die Persönlichkeiten ihrer Angehörigen investieren – nicht als punktuelles, spezielles Weiterbildungsvorhaben, sondern durch die gesamte Laufbahn hindurch und als Gemeinschaftsleistung.

Meine zweite These ist zugleich ein Appell an alle Soldatinnen und Soldaten: Persönlichkeitsbildung ist als Auftrag der Selbstbildung zu verstehen und die Weiterentwicklung der eigenen Persönlichkeit eigenverantwortlich mitzugestalten. Davon profitiert die Bundeswehr, aber davon profitiert noch mehr jede und jeder selbst.

Meine dritte Überzeugung lässt sich mit einem Zitat von Gerhard von Scharnhorst treffend fassen:

„Es scheint mir ein notwendiger Grundsatz zu sein, den Offizieren zwar zu rathen, aber sie so wenig wie

möglich zu beschränken, weil ich es für weniger nachtheilig halte, sie einmal fehlgehen zu lassen, als ihre Eigentümlichkeit zu beschränken, die im ersten Augenblick so schwer richtig zu beurteilen ist.“

Die Bundeswehr tut gut daran, Individualität und Vielfalt in den Persönlichkeiten ihrer Angehörigen zuzulassen und zu fördern. Als notwendigerweise hierarchische Organisation fällt uns das nicht immer leicht, aber in der Vielfalt von Persönlichkeiten steckt ein immenses Potential von Stärke. Wir sollten wie Scharnhorst den Mut haben, dieses Potential zu nutzen – denn die Herausforderungen, denen wir uns zu stellen haben, werden nicht kleiner.

**Generalleutnant
Kai Rohrschneider**

**ist Leiter der Abteilung Führung
Streitkräfte (FüSK) im Bundes-
ministerium der Verteidigung in
Berlin.**





Mit Herz, Hand und Verstand

↑ Soldatinnen und Soldaten überwinden im Juli 2019 die Hindernisbahn in Augustdorf rückwärts und mit gegenseitiger Unterstützung.

Das Thema „Persönlichkeitsbildung“ hat es buchstäblich in sich. Denn was heißt eigentlich „Persönlichkeit“. Ist es dasselbe wie Charakter? Ist es dasselbe wie Individualität oder gar Temperament? Zielt Persönlichkeit auf ganz spezifische Eigenschaften, die einen Menschen definieren, oder zielt „Persönlichkeit“ auf den Menschen als „Teil einer Gemeinschaft“, also auf das Feld zwischen Einzelperson und Personengefüge? Und nicht zuletzt: Ist der Mensch formbar, und wenn er es ist, wie weit reicht die Formbarkeit?

von Peter Popp

Zudem wird die Sache dadurch kompliziert, dass auch „Bildung“ keineswegs so eindeutig zu fassen ist, wie es auf den ersten Blick den Anschein hat. Ein Blick auf die französische Sprache liefert den Beweis. Denn im Französischen gibt es für „Bildung“ gleich drei Worte: „éducation“, „enseignement“ und „formation“. „Éducation“ bedeutet zu Deutsch „Erziehung“, aber auch Bildung und Ausbildung; nicht minder das Bildungswesen. „Enseignement“ steht für Ausbildung i.S. der Lehre/des Unterrichtens an sich. „Formation“ meint „Ausbildung“ i.S. von Schulungen/Weiterbildung gemäß Curriculum. Wo genau befinden sich die Abgrenzungen und wie verlaufen die Übergänge zwischen den Begriffen? Die Frage kann hier nicht beantwortet werden. Gleichwohl, sie soll sensibilisieren. Dies umso mehr, als sich auch die Bundeswehr im „bildungspolitischen Unterholz“ Deutschlands bewegt, wo gerne ideologische Frontstellungen herrschen und wo inzwischen leidenschaftlich mit und um „Kompetenzen“ gerungen wird; zusätzlich belastet durch die Glaubensfrage, ob Digitalisierung ein Ausbildungsinhalt ist oder ein Mittel zum Zweck, also eine Methode (die freilich auf Inhalte – auch der Inneren Führung – einwirken könnte!)

Zielt die Ausbildungslandschaft der Bundeswehr tatsächlich auf frz. „éducation“ i.S. von Bildung? Die Antwort ist ambivalent. Ein klares „Ja“ hieße, von vornherein und intensiv, also beherzt den Geist und den Erfahrungsschatz einer Institution gehegt, gepflegt und immer bewusst fortentwickelt zu haben. Als Ausgangsthese sei deshalb formuliert: Wenn von „Bildung“ die Rede ist, dann ist weithin in der Bundeswehr „Ausbildung“ gemeint. Doch „Persönlichkeitsbildung“ hat sich zu bewegen im Dreiklang von „Bildung“, „Ausbildung“ und „Erziehung“ und zwar so, dass fortan auch weiter von Persönlichkeitsbildung und eben nicht „Persönlichkeitsausbildung“ die Rede ist.

Einheit in Vielheit?

Das heißt, es geht eindeutig um Differenzierung. Darum seien gleich an dieser Stelle drei Fragen zum Thema „Persönlichkeitsbildung“ aufgeworfen. Erstens (unter dem Aspekt „Mittel“

und „Zielgröße“) die Frage: „Was unterscheidet den Handwerker vom Kunsthandwerker?“ Zweitens: „Mit wieviel Differenz kann, soll und muss eine uniforme Größe, genannt Militär, zurechtkommen?“ Schließlich drittens: „Was unterscheidet die Persönlichkeit von der Person?“



Die erste Frage zielt darauf, ob man zum Soldaten geboren worden ist oder zum Soldaten allein und einzig erzogen wird.

Auf die Vorgesetztenenebene verwiesen, heißt dies überspitzt: zum Feldherren geborenes Genie oder Durchschnittsgeneral? Nüchterner ausgedrückt: Ist man zum guten militärischen Menschenführer nur geboren oder kann man dazu gerade auch institutionell geformt, mithin ausgebildet werden?

Die zweite Frage zielt darauf, zu überlegen, was „das Militär“ zusammenhält, ob es eine Einheit in Vielheit darstellt oder etwas absolut Uniformes sein soll.

„Persönlichkeitsbildung“ hat sich zu bewegen im Dreiklang von „Bildung“, „Ausbildung“ und „Erziehung“ ...

Wie sehr bleibt der Mensch, der eine Uniform trägt, ein individuelles Wesen?

Letztlich geht es auch darum, auszuloten, welchen Belastungsmomenten „Militär als Organisation“ in außeralltäglichen Umständen standzuhalten hat, damit der Auftrag erfüllt wird und Menschen sowohl physisch als auch psychisch nicht dabei „draufgehen“.

Die dritte Frage schließlich ist elementar gerade im politischen und soziologischen, auch im pädagogischen Sinne: Die Persönlichkeit stellt das ganz Besondere einer Person dar. Personen

als Funktionsträger sind ersetzbar, Persönlichkeiten sind es nicht. Wie aber müssen oder sollen sich Persönlichkeiten verhalten, damit ein Verbund von Menschen im Sinne praktizierter Selbstverantwortung funktioniert? Persönlichkeit heißt, dass das Individuum eben kein konditionierter Pawlowscher Hund ist, der auf einen Klingelton mit Speichelfluss reagiert. Persönlichkeiten treffen ethisch fundierte Entscheidungen. Sie sind sich der dabei auftretenden Dilemmata reflektierend bewusst.

Wird man zum
Soldaten geboren oder
erzogen? Auf die Vor-
gesetztebene ver-
wiesen, heißt das über-
spitzt: zum Feldherren
geborenes Genie oder
Durchschnittsgeneral?



← Napoleon Bonaparte 1810,
Holzschnitt, Frankreich,
Europa.



↑ Eine Rekrutin legt am Jahrestag des Deutschen Widerstands, dem 20.07.2021, im Rahmen eines feierlichen Appells im Bendlerblock in Berlin ihr Gelöbnis ab.

Philosophisch gewendet, lauten die militärischen Kernfragen also: Wie sehr bleibt der Mensch, der eine Uniform trägt, ein individuelles Wesen? Und: Wie sehr hat er sich zu orientieren auf die „Gemeinschaft Militär“ und dabei möglicherweise Abstriche zu leisten hinsichtlich dessen, was ihm ohne Uniform liebste individuelle Gewohnheit war? Man könnte auch sagen, es geht um das Spannungsgefüge zwischen „Neigung“ und „Pflicht“. Jede Überlegung hinsichtlich des Themas „Persönlichkeitsbildung innerhalb der Bundeswehr“ hat sich diesem Spannungsgefüge zu stellen.

Mündigkeit und Verantwortung für andere

Vielleicht hilft der Blick in die Vorschrift A-2600/1 zur Inneren Führung weiter? Hier heißt es in Ziffer 508: „Soldatinnen und Soldaten müssen stets in der Lage sein, selbstverantwortlich zu leben und zu handeln und Verantwortung für andere übernehmen zu können“. Damit ist auf alle Fälle schon einmal das Bild der Soldatenpersönlichkeit in der Bundeswehr als Forderung formuliert. Es geht sowohl um Mündigkeit („selbstverantwortlich“) als auch um Verantwortungsübernahme für andere, wobei offenbleibt, ob „andere“ zum Militär gehören oder außerhalb davon stehen. Des Weiteren führt die Vorschrift in Punktation, also zur leichteren

Verstehbarkeit aus: „Um diese Kernkompetenz zu erreichen,

- gestalten sie das Leben in der militärischen Gemeinschaft bewusst mit und leben Kameradschaft,
- treten sie jederzeit für die Werte und Normen der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung (FDGO) ein,
- schärfen sie ihr Gewissen und entwickeln eine moralische Urteilsfähigkeit.“

„Kernkompetenz“ heißt, dass es sich um etwas ganz Zentrales handelt; mehr noch, dass es nicht um bloßes Wissen um die Dinge geht, sondern um gelebtes Wissen in Form von Handlungen getreu der biblischen Devise „An den Taten sollt ihr sie erkennen“. Das Selbstverständnis des militärischen Personals erweist sich demnach anhand authentischen Auftretens. Der Soldat ist mithin kein Darsteller, versehen mit einer Rolle. Sein Auftreten ist definiert als ständiges Gebot politischer Verhaltens-



↑ Soldaten vor dem Reichstagsgebäude in Berlin im März 2019.

lehre, des alleinigen und permanenten Eintretens für die Demokratie und ihre Werte.

Auch Soldatinnen und Soldaten sind damit – ob sie es ursprünglich wahrhaben wollten oder nicht – politische

Wesen. Der Soldatenberuf ist kein unpolitisches Handwerk, wobei hier unter ‚Politik‘ nicht Parteipolitik zu verstehen ist, sondern die Gesamtheit der öffentlichen Angelegenheiten. Ausdrücklich sei es vermerkt: Der „Staatsbürger in Uniform“ meint genau dieses. Soldatinnen und Soldaten stehen zwar zur Staatlichkeit in einem ‚Sonderstatus‘, zu ersehen anhand der Eidesformel. Doch sie sind gleiche unter gleichen und freien Staatsbürgern. Das „Ghetto“ hat ihnen fern zu liegen.

Gewissen und Urteilsfähigkeit

Die Schärfung des Gewissens und die Entwicklung moralischer Urteilsfähigkeit zielen

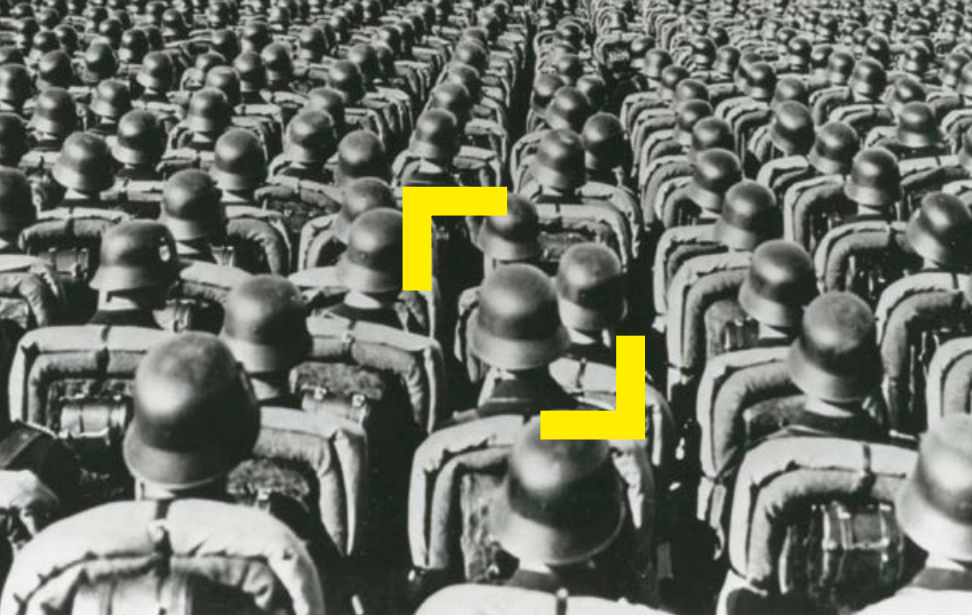
eindeutig auf den Soldaten als Individuum. Es handelt sich einerseits um einen Prozess, andererseits um ein permanentes Arbeiten an sich selbst. Damit ist klar ausgedrückt, dass sich der Soldat nicht hinter einem imaginären Kollektiv verstecken kann, sollten seine

Handlungen rechtlich oder moralisch hinterfragt werden. Es geht vielmehr darum, für das eigene Handeln immer Rechenschaft ablegen zu können. „Sich keinen Kopf machen“ gilt nicht, so schwer es auch fällt und so unbequem es auch ist.

Die Schärfung des Gewissens und die Entwicklung moralischer Urteilsfähigkeit zielen eindeutig auf den Soldaten als Individuum.

Ziffer 508 endet mit der Formulierung „Auf diese Weise leisten die Soldatinnen und Soldaten einen entscheidenden Beitrag zu ihrer eigenen Persönlichkeitsbildung.“ Diese Botschaft ist eindeutig: Ohne Mitarbeit der Betroffenen und lebenslanges Lernen i.S. des Ständig-an-sich-Arbeitens geht es nicht. Man könnte auch von einer „Bringschuld“ der Betroffenen reden. Die Herausforderung für das Personalwesen in der Bundeswehr entsprechend personeller Umsetzung der ZDV A-2600/1 „Innere Führung“ ist es, genau diesen Menschentyp wenn nicht in Idealform so doch in entwicklungsfähiger ‚Grundanlage‘ für die Institution Bundeswehr zu gewinnen, so dass das Führen mit Auftrag auch tatsächlich gelingt. Leicht ist dies nicht. Gleichwie, zu denken gibt, dass „Persönlichkeitsbildung“ ausdrücklich nur in diesem Zusammenhang in der Vorschrift angesprochen wird. Verständlich ist es insofern, als hinter dem Wort „Persönlichkeit“ der Wert des Individuums steht. Dieser stellt gemäß unserer Verfassungsordnung, ja überhaupt entsprechend westlichen Denkens, die Grundlage politischen Handelns dar und ist gefasst in die Formel: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Doch besteht mit der einmaligen Form der Nennung und dies ausdrücklich nur unter dem Aspekt des „Arbeitens-an-sich-selbst“ nicht die Gefahr „Persönlichkeitsbildung“ lediglich als eine Art „Bringschuld“ der Soldatinnen und Soldaten zu begreifen? Es wäre fatal, wenn es so wäre, denn damit würde



Es gilt dabei, die Gefahren von Fehlentwicklungen in Richtung historischer Irrtümer nicht aus den Augen zu verlieren ...

Innere Führung trägt keine Verantwortung für gesellschaftspolitische Entwicklungen, die zur Entfremdung von der Demokratie beitragen. Literarisch verdeutlicht: Die Uniform tragenden Angehörigen der Bundeswehr finden dank dieser Zentralen Dienstvorschrift nicht in dem bei Georg Büchner („Woyzeck“) oder bei Carl Zuckmayer („Der Hauptmann von Köpenick“) eindringlich beschriebenen Soldatentypus ihr Vorbild! Sie sind das Gegenteil dessen. Der Garant dafür ist immer die gelebte Innere Führung, nicht die Papierlage.

Ideenpolitisch zur Inneren Führung gehört nicht minder eine gewisse romantische Komponente; diese verstanden als emotionales Korrektiv zur aufklärerischen „rein rationalen“ Sicht der Dinge. Das hat zu tun mit den Preußischen Reformen von 1807–1814 (die ihrerseits weiterhin zum Traditionsbestand der Bundeswehr gehören). Die Innere Führung geht von einem Ende des 18./Anfang des 19. Jahrhunderts aufkommenden ganzheitlichen Bildungsbegriff aus, für den jenseits des Militärs Jean-Jacques Rousseau und Johann Heinrich Pestalozzi Pate stehen: „Nur wer Menschen liebt (i.S. von achtet), kann führen“ lautet das Leitmotiv gelebter Innerer Führung. Zur Bildung gehört demnach auch Herzensbildung (inkl. Empathiefähigkeit). Übrigens, die Trennung zwischen geistes- und naturwissenschaftlicher/technischer Bildung ist damit auch hinfällig!

Die ZDv A-2600/1 „Innere Führung“ spricht in ihrem dritten Kapitel

↑ Tag der Wehrmacht am 10. September 1934 während des 6. Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg

sich die Bundeswehr als Institution der Notwendigkeit entheben, „Bildung“ und „Ausbildung“ auseinanderzuhalten und die Erziehung des militärischen Personals bewusst anzugehen (z.B. um Resilienz zu fördern).

In Sachen „Bild des Soldaten“ stand (und steht?) die Bundeswehr in einem Dilemma. Sie verfügt über gute Bildungseinrichtungen, doch noch immer wirkt es so, als wollte sie gerade deswegen nicht den Vorwurf auf sich ziehen, die „Schule der Nation“ zu sein. Provokant formuliert: Wenn die Bundeswehr „aktiv, attraktiv, anders“ i.S. des Personalmarketings sein möchte, dann wird sie mehr denn je gezwungen sein, mit ihren „Pfunden zu wuchern“. In einer sich ausdifferenzierenden Gesellschaft genügt es nicht, „diversity“ auf den Schild zu heben, um diese Qualität ihrer selbst willen zu propagieren. Denn wenn eine Gesellschaft – es ist übrigens kein deutsches Problem, sondern ein westliches! – nicht mehr so recht um ihren substanziellen Kernbestand weiß, also auch um das, was den „Staatsbürger in Uniform“ konstituiert, dann ist es höchste Zeit, dass das Instrument, welches die Freiheit dieser Gesellschaft nach außen beschirmt, auch substanziell gestärkt wird.

Mut zur Erziehung

Ob einige es wollen oder nicht, die Bundeswehr hat – allen Fliehkräften zum Trotz! – ein Zeichen der Einheit und des substanziellen Gehaltes auf drei Ebenen zu setzen: durch ihre Ausbildungseinrichtungen, durch die Wertschätzung von Bildung und durch den Mut zur Erziehung zum Staatsbürger in Uniform auf hohem professionellen Niveau. Es gilt dabei, die Gefahren von Fehlentwicklungen in Richtung historischer Irrtümer nicht aus den Augen zu verlieren, ohne dabei die Angst zu konservieren, man möge auf „Persönlichkeitsbildung“ verzichten, weil man nur auf diese Weise dem altbacken gewordenen Vorwurf begegnen könne, das „Militär sei die Schule der Nation“. Tatsache ist, dass zur Erfüllung des Auftrages eben auch ein geistiges Format, gepaart mit dem Mut zur Erziehung gehört.

Es dürfte leichter fallen, wenn man die ZDv A-2600/1 ideenpolitisch betrachtet. Sie ist ein Produkt aufklärerischen Denkens gerade in dem Sinne, dass sie den Soldaten in der Bundeswehr in den 2000er Jahren als Persönlichkeit schätzt und ihn folglich nicht zum missbrauchbaren Objekt politischer Herrschaft degradiert. Insbesondere die Kritiker der Inneren Führung sollten sich dessen bewusst sein: Die

„Grundlagen und Grundsätze“ deutlich die Felder an, die zur Persönlichkeitsbildung zählen. Dass in Sachen „Persönlichkeitsbildung“ aber gerade angesichts der gesellschaftspolitischen wie auch sicherheitspolitischen Dynamik in den letzten Jahren nachzusteuern ist, davon zeugen die ergänzend zur ZDv A-2600/1 „Innere Führung“ mittlerweile erschienenen Weisungen zur historischen und zur politischen Bildung. Sie werden ihrerseits ihren Abschluss in einer zusammenfassenden, auf die ethische und interkulturelle Dimension eingehenden Weisung zur Persönlichkeitsbildung finden.

Information, Reflexion und Herzensbildung

Die eigentliche Herausforderung steht damit noch bevor. Wenn wirklich realisiert wird, dass Wissen die Verarbeitung von Information darstellt und Bildung ihrerseits die Reflexion und Vernetzung aller Wissensfelder einschließlich des Feldes der Herzensbildung umfasst, dann hat das Konsequenzen für das Gesamtgefüge Bundeswehr, insbesondere für deren Wissensmanagement, deren

Bildungsverständnis und eben auch für die Persönlichkeitsbildung.

Bring- und Holschuld

Ist den Betroffenen tatsächlich klar, dass Persönlichkeitsbildung sowohl eine „Bringschuld“ als auch eine „Holschuld“ darstellt, sowohl auf Seiten des militärischen Personals als auch des Dienstherrn, der mit dem Begriff „Arbeitgeber“ gerade nicht korrekt wiedergegeben wird, weil der Soldat eben kein Jobholder ist? Der Soldat kann erwarten, dass die Führung ein Optimum als Bildung, Ausbildung und Erziehung i.S. der Auftragserfüllung institutionell wie personell bereit hält, wie umgekehrt auch erwartet werden darf, dass die Angehörigen der Bundeswehr keine Wissenshäppchen schluckenden Konsumenten, getrimmt auf Deklamatorik und Äußerlichkeiten, sind, sondern sich substanziell aktiv einbringen. Zu begreifen ist auf beiden Seiten, dass Persönlichkeitsbildung eben nicht Selbstoptimierung gemäß dubioser Influencerimpulse i.S. plattesten Materialismus darstellt, wofür es dann auch noch Zertifikate gibt.



↑ Luftwaffensicherungssoldatin vom A-Zug der Objektschutzgruppe des Base Commands MES während einer Routine-Nahbereichspatrouille im Dorf Rem Saki nahe Camp Marmal. ISAF (International Security Assistance Force) in Afghanistan, RC North.

Fazit

Letztlich geht es bei Persönlichkeitsbildung darum, – erstens, in kritischer Selbstreflexion „wesentlich“ zu werden, nicht zuletzt um die Herausforderungen des Auftrages noch besser zu meistern, – zweitens, für andere so einzustehen wie für sich selbst pflichtgetreu i.S. des „Prinzips Verantwortung“ und – drittens, außeralltägliche Situationen so weit möglich derart zu meistern, dass man sich nicht selbst isoliert und dabei das immer notwendige kameradschaftliche Gefüge zerbricht. Dies ins Gedächtnis zu rufen, ist notwendig, um den Wert der die Vorschrift ergänzenden Weisungen zu ermessen.



↑ Soldaten machen Erinnerungsfotos am Tag der Bundeswehr 2019 in Dillingen an der Donau.



Oberstleutnant Dr. Peter Popp

ist Historiker und Stellvertretender Leiter des Bereichs Konzeption und Weiterentwicklung Innere Führung am Zentrum Innere Führung in Koblenz.



Vier Elemente der Persönlich- keitsbildung:

Historische, politische,
ethische und interkulturelle
(Aus-)Bildung

Vier Autoren der Bundeswehr beleuchten das Titelthema Persönlichkeitsbildung aus unterschiedlichen Perspektiven: der historischen, politischen, ethischen und interkulturellen Bildung. Wie viel und welche Bildung benötigen die Soldatinnen und Soldaten, um „Typen mit Format“ zu sein oder zu werden? Und was macht das Format aus?



↑ Unternehmen Barbarossa: Ein brennendes Dorf an einem Flussufer während des Vormarsches der Deutschen Wehrmacht in der Sowjetunion im Juli 1941. Foto: Sammlung Berliner Verlag Archiv

Historische Bildung

von Michael Peter

Jeder Mensch ist in Geschichte hineingestellt – in seine eigene, ganz persönliche wie gleichermaßen auch in eine ihn umfassende. Daraus lassen sich auch Selbstverständnis und Traditionen ableiten. Umso mehr bedarf es hierbei aber immer auch einer kritischen Auseinandersetzung mit Geschichte. Historische Bildung ist somit ebenfalls ein wesentlicher Baustein soldatischer Persönlichkeitsbildung.

Die historische Bildung in der Bundeswehr ist so alt wie die Bundeswehr selbst. Bereits im „Amt Blank“, dem Vorläufer des Verteidigungsministeriums, waren sich die Planer einig, dass Geschichte, insbesondere Militärgeschichte zum festen Kanon der Erziehung und Ausbildung der Soldaten gehöre. Was aber sollte unter Geschichte ver-

standen werden? Welchen Zielen sollte sie dienen? Begrifflich war die Rede von Geschichte, Wehrgeschichte, Militärgeschichte und Kriegsgeschichte, auch kombiniert von Militär- und Kriegsgeschichte. Das waren Begriffe, die an den Offizierschulen der Teilstreitkräfte benutzt wurden. In der Truppenausbildung wurde dann von politisch-historischer Bildung oder historisch-politischer Bildung gesprochen.

Innerer Nutzen

Diese Begriffsvielfalt ist nun entschieden mit der im November 2018 erlassenen Vorschrift „Historische Bildung“. Dieser Begriff umfasst alle Maßnahmen im Zusammenhang der historischen Bildung, die als eigenständiges Gebiet neben der Politischen Bildung der Ausbildung, Bildung und Erziehung von Soldatinnen und Soldaten dient. Der Begriff der Militärgeschichte wird an den Offiziers- und Unteroffiziersschulen der Streitkräfte verwendet, wo dieses Ausbildungsgebiet durch entsprechend vorgebildetes Personal unterrichtet wird. Militärgeschichte wird hier in einem umfassenden Sinn verstanden, der Streitkräfte in ihrer Wechsel-

beziehung zu Staat, Gesellschaft, Wirtschaft, Recht, Kultur und Öffentlichkeit behandelt.

Ebenso umstritten wie die Begrifflichkeiten waren auch die Ziele der Geschichtsvermittlung. Der sogenannte „innere Nutzen“ im Sinne eines Beitrags zur Persönlichkeitsbildung stand weitgehend außer Frage. Unter innerem Nutzen wird die Beschäftigung mit der Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit ihr verstanden. Diese Beschäftigung gibt Orientierung und Halt in einer sich immer schneller verändernden Welt. Der sogenannte „äußere Nutzen“ zielt auf praktische Anwendungen historischen Wissens. Diese im 19. Jahrhundert in europäischen Streitkräften beliebte Methode, durch Analyse vergangener Kriege und Schlachten vermeintlich überzeitliche Lehren zu ziehen, war nach 1945 in der jungen Bundeswehr diskreditiert. Dessen ungeachtet wurde darum teilweise aber erbittert gerungen. Bis heute wurde jedoch weder eine Möglichkeit gefunden, eine solche Methode moderner Operationsgeschichte wissenschaftlich anschlussfähig zu gestalten. Noch

herrscht auch nur annähernd Einigkeit darüber, was diese Methode bezwecken soll: Da historische Situationen einmalig sind und für sich stehen, lassen sich aus der Analyse dieser Situationen konkrete Handlungsempfehlungen aber kaum ableiten. Andererseits bleiben „überzeitliche“ Erkenntnisse z. B. zum Führungsverhalten notwendig so abstrakt, dass solche Erkenntnisse wieder zum inneren Nutzen der historischen Bildung gerechnet werden müssen. Aus diesem Grund geht auch die Vorschrift „Historische Bildung“ davon aus, dass derartige Versuche der unmittelbaren Nutzenanwendung von Geschichte zum Scheitern verurteilt sind.

In zwei ganz konkreten Bereichen allerdings ist ein praktischer Nutzen unzweifelhaft vorhanden. Zum einen fußt die Tradition in der Bundeswehr auf der Geschichte. Gute historische Kenntnisse sind also notwendig, um mögliche Traditionen für die Bundeswehr zu erkennen, sie richtig einzuordnen und nicht zuletzt zu pflegen. Historische Kenntnisse sind vor allem auch dazu notwendig, vermeintlich selbstverständliche Traditionen kritisch auf ihre Tauglichkeit zu prüfen für den Dienst in der Bundeswehr.

Durch die Auslandseinsätze wurde ein weiteres Gebiet im Bereich von Ausbildung und Erziehung wichtig: Interkulturelle Kompetenz gibt Verhaltenssicherheit in fremden Regionen und Kulturen. Historische Bildung unterstützt die Bildung interkultureller Kompetenz durch das Bewusstsein für die eigene Geschichte und Kultur.

Nur wer sich über sich selbst und auch über die Geschichte seines Kulturkreises im Klaren ist, kann auch fremde Völker und Kulturen angemessen verstehen.



Politische Bildung

von Kai Hirschmann

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland setzt mit ihren Werten, Prinzipien und Normen den Bezugsrahmen für den Dienst in der Bundeswehr. Zum Kernbestand des Verfassungsrechts gehören die Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit. Daher kommt der Werte- und Demokratievermittlung in der Bundeswehr eine Schlüsselrolle zu. Zugleich ist dies eine wesentliche Vorbedingung für das Verständnis der Führungs- und Organisationskultur der Bundeswehr sowie für das Verwirklichen der Konzeption der Inneren Führung und ihres Leitbildes des mündigen „Staatsbürgers in Uniform“.

Die politische Bildung ist neben der Menschenführung und dem Recht und der soldatischen Ordnung eines der drei Hauptgestaltungsfelder der Inneren Führung. Sie soll als kontinuierlicher dienstzeitbegleitender Bildungsprozess in der Bundeswehr die politische Urteilsfähigkeit, Handlungsbereitschaft

und -kompetenz vermitteln. Politische Bildung in der Bundeswehr ist somit ein Teil der Persönlichkeitsbildung. Sie kann Meinungen und Überzeugungen verstärken und festigen, aber auch zu deren Überprüfen anregen. Politische Bildung macht gelebte Demokratie erst möglich.

Existenzielle Vorbedingung der Freiheit

Für einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist es unverzichtbar, die Staatsbediensteten auf alle Werte und Normen zu verpflichten, die als existenzielle Vorbedingung der Freiheit in einer Demokratie gelten. Alle Angehörigen der Bundeswehr sind daher der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung in besonderem Maße verpflichtet. Allerdings wird diese immer wieder z. B. durch Extremismus herausgefordert, der sich in allen seinen Ausprägungen gegen grundlegende Werte und Verfahrensregeln demokratischer Verfassungs-

staaten richtet und mit unterschiedlichen Mitteln auf deren Beseitigung abzielt. Die Bundeswehr als wesentliches Element einer wehrhaften Demokratie nimmt hinsichtlich der Bekämpfung von Extremismus eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahr und besitzt eine Vorbildfunktion.

Somit bedarf es auch einer werteorientierten politischen Bildung in der Bundeswehr. Ihr Ziel ist, das auf eigenständigem Urteil beruhende Bejahen und aktive Eintreten für den demokratischen Staat und seiner Werte. Fundamental ist dabei die „politische Mündigkeit“, die politische Urteilsfähigkeit auf Basis von Wissen, Handlungsfähigkeit sowie Kommunikations- und Kritikfähigkeit umfasst.

Daraus leiten sich für die politische Bildung darum folgende Aufgaben ab:

- Die Ausbildung eines freiheitlich demokratischen Wertebewusstseins zur Festigung des eigenen Standpunkts und zur Stärkung der moralischen Urteilsbildung.
- Das Verstehen der Grundstruktur von Politik als Lösung aktueller Probleme durch Herbeiführung von verbindlichen Entscheidungen in strittigen gesellschaftlichen Fragen.
- Das Verstehen des demokratischen Entscheidungsprozesses mit den beiden Aspekten „Entscheidungsträger und ihre Legitimation“ (Parlament, Regierung, Wahlen, Föderalismus) sowie „Entscheidungsinhalte und ihre Quellen“ (Verbände, Parteien, Medien).

- Die Vermittlung von Orientierungswissen in wichtigen Politikbereichen (z. B. die Demokratie und ihre Gefährdungen, Vielfalt und Toleranz, das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie, Globalisierung, die Einigung Europas etc).
- Der Erwerb von Fertigkeiten im kritischen Umgang mit Medien und Informationen (Erkennen von Verschwörungsmythen und -erzählungen sowie von „Fake News“).

Die in Dienst- und Ausbildungsplänen festgelegte und damit verbindlich angewiesene politische Bildung wird in der Bundeswehr als „Staatsbürgerlicher Unterricht“ (hierzu zählen auch Seminare und Exkursionen) einerseits und als „Aktuelle Information“ andererseits durchgeführt. Dabei ist von entscheidender Bedeutung: Politische Bildung darf nicht „wertneutral“ sein!

Beutelsbacher Konsens

Grundsätzlich gilt der „Beutelsbacher Konsens“ von 1976 als Ergebnis einer Expertentagung in Beutelsbach (Stadtteil von Weinstadt, Baden-Württemberg), der drei Grundprinzipien für die politische Bildung festlegt. Erstens dürfen Lehrende gemäß des Überwältigungsverbots (Indoktrinationsverbot) den Lernenden nicht ihre Meinung aufzwingen. Zweitens zielt das Gebot der Kontroversität (Gegensätzlichkeit) darauf ab, den Lernenden eine freie Meinungsbildung zu ermöglichen. Der Lehrende muss ein Thema kontrovers darstellen und diskutieren, wenn es in der Wissenschaft oder Politik so erscheint.

Das Prinzip der Interessensorientierung soll schließlich drittens die Lernenden in die Lage versetzen, die politische Situation der Gesellschaft und ihre eigene Position zu analysieren und sich aktiv am politischen Prozess zu beteiligen. Politische Bildung gemäß des „Beutelsbacher Konsenses“ bedeutet also, Kontroversen in der politischen und gesellschaftlichen Diskussion aufzuzeigen, ohne dabei bestimmte Meinungen aufzuzwingen. Das bedeutet aber nicht, dass politische Bildung wertneutral sein muss. Die Angehörigen der Bundeswehr haben eine besondere Bindung an die Werteordnung des Grundgesetzes, für die sie auch eintreten müssen, so z. B. gegen Extremismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Positionen, die nicht mehr von der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung gedeckt sind, müssen aufgezeigt werden. Wenn politische Strömungen oder Konzepte die Grundlage unseres Wertekonsenses der Freiheitlichen Demokratischen Grundordnung verlassen, ist dies darzustellen und zu thematisieren.

Fazit

Was soll politische Bildung in der Bundeswehr letztlich also erreichen? Die Angehörigen der Bundeswehr sollen als freie Staatsbürger die unter Gleichen die Werte Deutschlands aktiv verteidigen: Demokratie, Freiheit, Frieden und Menschenwürde. Das können sie nur, wenn sie diese verinnerlicht haben und wirklich leben.

„Dabei ist von entscheidender Bedeutung: Politische Bildung darf nicht ‚wertneutral‘ sein!“



Das Personnel-Recovery-Team sichert im Juli 2019 das Training einer medizinischen Versorgung in der Nähe von Mazar-e Sharif/Afghanistan im Rahmen der Mission Resolute Support

Wer der Menschenwürde verpflichtet ist, der eigenen und der aller anderen Akteure und Beobachter, kann sich damit nicht zufriedengeben. Er oder sie muss sich Rechenschaft geben: Warum und wie habe ich gehandelt – oder auch nicht gehandelt? Eine derartige Erfahrung wirkt weiter und prägt den eigenen Dienst und weit darüber hinaus das eigene Menschsein. Genau dies berührt die ethische Dimension von Persönlichkeitsbildung.

Urteilkraft entwickeln

In der ethischen Bildung geht es darum, aus freier Einsicht „ja“ sagen zu können zum eigenen Auftrag als Soldatin und als Soldat – und im Äußersten auch die Grenzen des Gehorsams bestimmen zu können. Je komplexer Umstände sind, desto wichtiger wird die „Urteilkraft“, die persönlich verantwortete Entscheidung, wie Regeln anzuwenden sind und welche Regeln in einem unübersichtlichen Fall überhaupt gelten. Urteilkraft kann nicht durch bloße Lehre vermittelt, sondern nur durch Erfahrung erworben werden. Sie hat es im Kern mit dem Selbstverhältnis zu tun, mit dem eigenen Sein als Person. Dieses Selbstverhältnis wird weder durch Drill entwickelt noch durch eine unterrichtliche Behandlung von exemplarischen „Fällen“ geschult.

Person ist man, Persönlichkeit wird man

Person ist man, Persönlichkeit aber wird man – oder auch nicht, denn dieses Bildungsziel kann man auch verfehlen. Person sein heißt, sich als unverwechselbares Selbst in Gemeinschaft vorzufinden. Von dem, was ich

Ethische Bildung

von Roger Mielke

An der Bestimmung des Verhältnisses von Selbstsein und gemeinschaftlicher Einbindung wirkt ethische Bildung mit. Der Lebenskundliche Unterricht, die Seelsorge und der kulturelle Überlieferungsbestand religiöser Traditionen leisten einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsbildung im Konzept der Inneren Führung.

Im Lehrgang werden Einsatzerfahrungen ausgetauscht. Ein Soldat berichtet. Ein afghanisches Mädchen war zu Tode gekommen, durch halb fahrlässiges, halb gewolltes Handeln von Einheimischen. Zunächst stockt er. Es fällt ihm sichtlich schwer, davon zu sprechen. Dann bre-

chen die Worte wie von selbst aus ihm hervor. Heftige Emotionen: Er erzählt von bitterer Hilflosigkeit, Scham, vom Empfinden eines unmittelbaren und gebietenden Impulses zum Helfen – dem er doch nicht nachgeben durfte. Schweigen im Hörsaal, als er fertig ist. Nach einer Zeit meint ein anderer leise: Naja, so ist das halt ...

Gewissenserfahrung

Was hat sich da gemeldet? In der Sprache der ethischen Tradition gesprochen war es die innere Stimme des Gewissens. Kann man sich mit der Auskunft kultureller Relativität von Normen, „so ist das halt in Afghanistan“, zufriedengeben?

tue, sind andere betroffen. Daher gehört zum Person-Sein die grundlegende Fähigkeit, sich selbst und anderen Antwort zu geben auf die Frage „Warum tue ich, was ich tue?“ Diese Fähigkeit zur Rechenschaft wird in der Persönlichkeitsbildung entwickelt. „Bildung“ bedeutet hier: Ein eigentümliches Wachsen an einer widerständigen Wirklichkeit, die im Falle des soldatischen Handelns im Extremfall das Töten und das Getötet werden umfasst. Es geht um „Er-Fahrung“ im eigentlichen Sinne des Wortes, die Einholung der Welt in das eigene Leben. So nur gewinnt die Person Kontur und wird zur Persönlichkeit. Selbstverhältnis und Weltverhältnis bilden sich aneinander aus. In einem solchen Begriff von Bildung geht es in gleicher Weise um Individualisierung wie um Vergesellschaftung (H.E. Tenorth). Als Einzelner zwar gebe ich Rechenschaft, aber ich tue es als jemand, die als Soldatin oder als Soldat in eine militärische Gemeinschaft eingebunden und den Normen der politischen Gemeinschaft verpflichtet ist.

An der Verhältnisbestimmung von Selbst-Sein und gemeinschaftlicher Einbindung wirkt ethische Bildung mit. Aber gerade dieses Verhältnis scheint in wachsendem Maß problematisch zu werden. Mit zunehmender gesellschaftlicher Diversität werden auch die Zugangsvoraussetzungen zum Dienst in der Bundeswehr immer diverser. An die Stelle einer verbindenden Kultur des Selbstverständlichen, also eines verbindenden „Ethos“, ist, so eine geläufige Klage, eine unüberschaubare Gemengelage von „Subkulturen“ getreten, die zunächst synchronisiert werden müssen, um überhaupt zu einem gemeinsamen soldatischen Selbstverständnis und einer Handlungsfähigkeit zu gelangen.

Die militärische Kultur ist zwar gerade zum Zwecke derartiger Homogenisierung entwickelt – und doch wäre dies für die Armee eines freiheitlich-

demokratischen Staates zu wenig. Die Kernbegriffe der Inneren Führung sind ethische Begriffe, die nach Identifikation aus Einsicht und Zustimmung in freie Selbstbestimmung verlangen. Die AR A-2600/1 beschreibt in Ziffer 508 den systematischen Zusammenhang von „Persönlichkeitsbildung“: Es geht um „selbstverantwortliches Leben“ und um „Verantwortungsübernahme“ für andere. Entscheidend ist hier, wie Persönlichkeitsbildung in das Beziehungsgefüge eingebettet ist: in den Nahbereich der Kameradschaft, in den umfassenderen Bereich des politischen Gemeinwesens und in den Grund der Selbstbeziehung, in dem moralische Sensibilität und Urteilsfähigkeit verankert sind. Keiner der drei Faktoren darf ausfallen, nur im Gesamtgefüge realisieren sie sich als „Persönlichkeitsbildung“ und ergeben so eine „gebildete Persönlichkeit“ in einem Sinn, der weit über bloßes Wissen hinausreicht.

Lebenskundlicher Unterricht als weiterer Ort zur ethischen Bildung – ein Fazit

In der Arbeit am Entwurf der AR „Ethische Bildung in der Bundeswehr“ (A-2620/6) wurde die Frage kritisch diskutiert, wo der Ort der ethischen Bildung sei und wer sie denn unterrichten solle. Den militärischen Vorgesetzten kommt natürlich im Alltag des Dienstes eine entscheidende Rolle zu. Fragen der Verantwortbarkeit, Gerechtigkeit, Fairness des Handelns entstehen im Alltag und müssen im Alltag, in den meisten Fällen außerhalb formaler Unterrichtssituationen, besprochen und behandelt werden. Allerdings sprechen grundsätzliche Erwägungen ebenso wie

In der ethischen Bildung geht es darum, aus freier Einsicht „ja“ sagen zu können zum eigenen Auftrag als Soldatin und als Soldat.

vielfältige Erfahrungen dafür, die Rolle der Militärseelsorge und des Lebenskundlichen Unterrichts (LKU) besonders zu würdigen.

Drei Gedanken dazu:

1. Im LKU finden die ethischen Fragen den für sie so wichtigen eigentümlichen Schutzraum, der das freie und auch kritische Gespräch ermöglicht, wohl auch anders als gegenüber den Dienstvorgesetzten.
2. Hinzu kommt, dass die Seelsorgerinnen und Seelsorger in ihrer besonderen Verbindung von Zivilität und Zugehörigkeit für eine Außenperspektive stehen, die gleichwohl im Innenraum der Streitkräfte präsent ist.
3. Mit den religiösen Traditionen, die tief im kulturellen Überlieferungsbestand verankert sind und auch in einer säkularen staatlichen Ordnung kaum ersetzt werden können, steht eine gehaltvolle normative Sprache zur Verfügung, von der die ethische Reflexion nicht gelöst werden kann, ohne Schaden zu nehmen und in unverantwortbarer Weise verdünnt zu werden.

Treffen diese Argumente, wäre eine weitere Stärkung des LKU das beste Mittel zur Vertiefung der ethischen Bildung als Persönlichkeitsbildung. Mit der Einrichtung der jüdischen Militärseelsorge ist immerhin zuletzt ein wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen worden. Weitere könnten und sollten folgen.

Interkulturelle Bildung

von Uwe Ulrich

Megatrends wie die fortschreitende Globalisierung, die wachsende Einbindung in internationale Strukturen oder Migrationsbewegungen, verbunden mit dem demographischen Wandel, stellen postmoderne Gesellschaften zunehmend vor ernste Herausforderungen. Die Öffnung für Angehörige anderer Kulturen und die dazu erforderliche Entwicklung Interkultureller Kompetenz ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, gleichsam ein Bildungsziel mit strategischer Bedeutung. Folgerichtig findet diese Thematik mittlerweile in allen relevanten politischen Ressorts Berücksichtigung. Die Bundeswehr macht hier keine Ausnahme. Die Bemühungen um die Entwicklung Interkultureller Kompetenz im Rahmen der Ausbildung des Personals und die Etablierung der Interkulturellen Einsatzberatung und schließlich die Einrichtung einer zentralen Koordinierungsstelle Interkulturelle Kompetenz am Zentrum Innere Führung seien hier besonders genannt. Den Ausbildungssektor betreffend ist diese Thematik im Bereich der Inneren Führung zu verorten mit großen Schnittstellen zur politischen, ethischen und historischen Bildung. Mit der Allgemeinen Regelung 2620/5 „Interkulturelle Bildung“ ist nunmehr unter der Klammer der „Persönlichkeitsbildung“ eine lang eingeforderte



↑ Oberst Aslak Heisner, Deutsches Einsatzkontingent MINUSMA, begrüßt Mitte August 2018 eine malische Frau während eines CIMIC-Projekts zum Schulausbau in der Nähe von Gao/Mali.

Vorschriftengrundlage in Erarbeitung, die neben dem Verständnis und Aufgaben insbesondere auch inhaltliche Grundlagen, Ziele und Wirkungsfelder konkretisiert.

Mit gutem Beispiel voran

Soldatinnen und Soldaten ebenso wie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kommen als erwachsene Menschen zur Bundeswehr – eine Tatsache mit weitreichenden Folgen. Aus-, Fort- und Weiterbildung in der Bundeswehr sind daher grundsätzlich als Erwachsenenbildung zu betrachten. Sie orientiert sich am aufklärerischen Ideal der freien, selbstbestimmten und selbst-

motivierten Persönlichkeit und begreift Bildung als den nie abschließbaren Prozess der individuellen Anstrengung sowie Aneignung. Interkulturelle Kompetenz ist somit als Ergebnis des Prozesses interkultureller Bildung zu betrachten. Ein solch ganzheitliches Verständnis verbietet es, sich auf nur einen wissenschaftlichen Ansatz oder eine Methode zu beschränken. Heute überlagern sich in diesem Zusammenhang zunehmend die Begriffe „interkulturell“ und „transkulturell“. Viele Ansätze, die den Terminus „interkulturell“ benutzen, gehen von einem konstruktivistischen, hybriden und dynamischen Kulturbegriff aus

sowie von durchlässigen kulturellen Grenzen und kulturinterner Heterogenität. „Interkulturelle Kompetenzen“ bezeichnen vor allem die Fähigkeit zu Selbstreflexion, Perspektivenwechsel, Empathie, Toleranz gegenüber Widersprüchen und respektvollem Umgang

„Kopf (Wissen), Herz (Wollen) und Hand (Handeln können)“ werden gleichermaßen angesprochen.

mit anderen Lebenswelten. Der Fokus liegt jedoch meist auf kulturellen Unterschieden. „Transkulturelle Kompetenzen“ hingegen legen den Fokus auf Gemeinsamkeiten und Synergien mit dem Ziel eines potential-, ressourcen- und zielorientierten Umgangs mit kultureller Vielfalt. Beide Aspekte haben ihre Berechtigung und werden in der neuen AR 2620/50 berücksichtigt.

Es wird deutlich, dass es sich bei Interkultureller Kompetenz nicht nur um schnell erlernbare Fertigkeiten (Verhaltensregeln) und Wissens-

bestände handelt, auch wenn dies relativ unproblematisch erscheint. Erfahrungsgewinn durch interkulturelle Begegnung und die Entwicklung oder gar Korrektur eigener Einstellungen hingegen sind Teil eines nicht immer bequemen Reflektions- und Selbst-

bildungsprozesses.

Dieser erfolgt kompetenzorientiert in affektiven, kognitiven und erfahrungs- und verhaltensbezogenen Lern- und Tätigkeitsbereichen.

„Kopf (Wissen), Herz (Wollen) und Hand (Handeln können)“ werden gleichermaßen angesprochen.

Es geht also darum, das Thema emotional positiv zu besetzen, es mit Erfahrung zu untermauern, mit gutem Beispiel voran zu gehen und es in den gesamten Dienstalltag zu integrieren. Der Auswahl geeigneten Personals kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die mit Führungs-, Beratungs-, und Ausbildungsfunktionen ausgestattet werden sollen.



Diesen Artikel können Sie auch als Podcast hören.



Oberstleutnant Michael Peter M.A.

ist Historikerstabsoffizier am Zentrum Innere Führung in der Abteilung Weiterentwicklung, hier im Bereich Konzeption und Weiterentwicklung.



Dr. Kai Hirschmann

ist Politikwissenschaftler am Zentrum Innere Führung sowie Hochschullehrer am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn.



Dr. Roger Mielke

ist noch bis Oktober 2021 Militärdekan am Zentrum Innere Führung, Ev. Militärpfarramt Koblenz III.



Oberstleutnant Dr. Uwe Ulrich

ist Diplompädagoge und Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg.

Lesetipps:

- 1 **Frank Hagemann und Sven Lange (Hrsg.): Geschichtsbewusstsein als Kernkompetenz. Historische Bildung in der Bundeswehr.** Potsdam 2020
- 2 **Volker Gerhardt: Selbstbestimmung. Das Prinzip der Individualität.** Ditzingen: Reclam 2.A. 2018
- 3 **Walter Schweidler: Kleine Einführung in die Angewandte Ethik.** Wiesbaden: Springer VS 2018
- 4 **Robert Spaemann: Personen. Versuche über den Unterschied zwischen 'etwas' und 'jemand'.** Klett-Cotta 2019 (Stuttgart 1996)
- 5 **Buzhala, Brelina; Stiffel Hartmut; Ulrich, Uwe (2021): Der Einzug der Transkulturellen Karawane in die Bundeswehr.** Zur Veröffentlichung vorgesehenes Manuskript im Rahmen des Forschungsprojektes „Transkulturelle Karawane“ des Leadership Excellence Institute der Zeppelin Universität. Friedrichshafen.
- 6 **Ulrich, Uwe (2013): Interkulturelle Kompetenz in der Bundeswehr – Entwurf einer funktionalen Analyse.** In: Hartmann, Uwe; von Rosen, Claus (Hrsg.): Handbuch Innere Führung. 2013 Wissenschaft und ihre Relevanz für die Bundeswehr als Armee im Einsatz. Miles Verlag. Berlin. S. 250–266.



Kein Platz für Einzelkämpfer

Vorbild, Teamwork und
Persönlichkeitsbildung im
Bundeskriminalamt

Die Zeiten, da das Bundeskriminalamt Spuren im Schnee auswertete, liegen lange zurück. Internetkriminalität, Salafisten und Enthauptungsvideos stellen heute eine komplexe Bedrohungslage dar, die schnelles Handeln erfordert und den Kriminalbeamtinnen und -beamten charakterlich wie mental jeden Tag alles abverlangt. Gefestigte Persönlichkeiten sind gefragt, die mit beiden Beinen auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und Teil der Gesellschaft sind. Bildet das BKA die Persönlichkeit seiner Angehörigen weiter? Wenn ja, wie? Was kann die Bundeswehr vom BKA lernen? Aus der Erfahrungswelt eines Ermittlers, der seit 19 Jahren dort ist, wo es brennt.

von Wilke Rohde

Der Händedruck von Michael Z. ist kurz und kraftvoll. Ruhige, wache Augen, die etwas einladend Verbindliches ausstrahlen. Z. ist Ermittler beim Bundeskriminalamt (BKA), zuständig für „Entführungslagen zum Nachteil von deutschen Staatsangehörigen im Ausland“. Mit seinen 38 Jahren, dem enganliegenden weißen Baumwollhemd und einer hippen Trend-Frisur wäre er auf Anhieb jemand, den man rein äußerlich für die Nachbesetzung im nächsten 007 auf der Rechnung haben sollte. Die Belastungen der Berufsjahre sieht man dem Kriminalbeamten nicht an. Keine von Mehrarbeit und Großschadensereignissen herrührenden Falten. Z. wirkt ausgeruht und frisch.

Hier steht kein Schimanski aus dem Tatort, den Schlafmangel, Zigaretten oder gesellschaftliche Abgründe verschlungen und im Laufe der Zeit zu einem Zyniker deformiert haben. Wenn man ihm in Berlin beim Spaziergehen im Treptower Park begegnete, er wäre ein Teil der Menschen dort. Jemand aus der Mitte dieser Stadt und der Gesellschaft.

Ein Profi

Vom Bilderrahmen schräg hinter ihm wacht der Bundespräsident mit einem wohlmeinenden Staatslächeln, als Z. um 13:42 Uhr in Stockwerk 11 des Berliner Treptowers die Aufnahmetaste seines Diktiergerätes drückt. Es ist die Ruhe und auch die Art und Weise, wie er

spricht, die erkennen lässt, dass hier ein Profi sitzt, der genau weiß, was er tut und – was er sagt. Jemand der keinesfalls überheblich ist und – wohl deswegen – weder auf einen eigenen Mitschnitt noch auf die pressefachliche Begleitung des Interviewtermins verzichtet. Z. sichert sein Handeln ab. Punkt 4 im Führungsvorgang – die Kontrolle, sagt man dazu in Bundeswehrkreisen.

Schon zu Schulzeiten wollte Z. Kriminalbeamter werden. Weil er das „Berufsfeld in seiner enormen Vielfalt mit Blick auf das Thema Ermittlung“ so spannend fand. 2002, gleich nach dem Grundwehrdienst, beginnt er eine duale Ausbildung, die ein Studium der Kriminalistik einschließt. In einer Lebensphase, da es viele seiner Altersgruppe vielleicht für ein Jahr Work&Travel nach Australien oder in ein Studium zog, beginnt für Z. in jungen Jahren ein Berufsleben, das „Jux und Dollerei nicht zulässt“, eines, das für ihn mehr werden wird als ein Job.

Der Ermittler gehört mit zu den Ersten, die im Verbund mit bewusst nicht genannten anderen Behörden gerufen werden, wenn es irgendwo auf der Welt knallt. 24/7-Bereitschaft für Deutschland mit dem Ziel von Terrorismusabwehr im Auftrag der Inneren Sicherheit.



↑ Die Treptowers am Spreeufer in Berlin. Neben Wiesbaden und Meckenheim liegt einer von drei Dienstorten des BKA im Zentrum der Hauptstadt.

Als Ermittler für islamistisch motivierten Terrorismus ist er Teil eines variabel zusammengesetzten Teams. Wenn deutsche Touristen, Entwicklungshelfer oder andere Staatsangehörige im Ausland entführt oder als Geisel genommen werden, „führen wir unterstützt von anderen Behörden des Bundes ein Ermittlungsverfahren durch und versuchen auf die Freisetzung der Person hinzuwirken.“ Eine mühselige, oft kleinteilige Arbeit, deren genaue Einzelheiten der Profi aber verschweigt.

Unterschiedliche Gedankenwelten und Religionen

Was er im Dienst - besonders in den vergangenen elf Jahren - erlebt habe,

„ist mit normaler Vorstellungskraft nicht zu bewältigen.“ Die Ermittlungen um Anis Amri, 2016. Vereitelte Anschlagplanungen, Vergewaltigungen, Enthauptungsvideos. Junge Mütter, die - ihr dreijähriges Kind auf dem Rücken - in den Islamischen Staat auswandern, um in den Djiha zu ziehen. Wo Z. arbeitet, prallen Kulturen aufeinander. Unterschiedliche Gedankenwelten und Religionen. „Das kann zu einer Vielzahl von Konflikten führen, gerade wenn die Situation des Aufeinandertreffens nicht friedlich, sondern im Zusammenhang mit einer strafprozessualen Maßnahme steht,“ erklärt Z. Ich nehme jemanden fest. Ich kontrolliere jemanden. Das findet ja niemand gut, aber er muss sich



↑ Der Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz im Dezember 2016

fügen. Die Leute müssen handlungssicher und stabil sein, dass da nichts anbrennt. Dass sie dafür auch gewappnet sind.“



Ein Lagebesprechungsraum des gemeinsamen Terrorabwehrzentrums, aufgenommen am 28. Oktober 2014 nach einer Feierstunde zum zehnjährigen Bestehen des Gemeinsamen Terrorabwehrzentrums in der Außenstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Berlin. Auf der Leinwand im Hintergrund ist der deutsche Islamist Abu Osama während seiner Videobotschaft zu sehen. Foto: Wolfgang Kumm/dpa



Für Z. ist jeder Tag Einsatz, jeden Tag kann etwas passieren. Er muss schnell hochfahren und bei 100 Prozent sein. Ob er seinen Kindern abends Gute Nacht sagen kann, weiß er oft nicht, weil er vielleicht die Nacht auf Stockwerk 11 oder an Orten verbringt, die wir nicht nennen dürfen. Und wenn er dort ist, weiß er oft nicht, wie lange er weg sein wird. „Es gibt viele Weihnachten, die die Kolleginnen und Kollegen hier im Tower verbracht haben, oder an einem anderen Einsatzort statt zuhause.“ Zeiteintensive Einsätze sind beim BKA keine Seltenheit. „Im Team schauen wir, dass wir die Mehrarbeit fair ausgleichen. Verheißt wird hier niemand, aber fest steht auch, man braucht eine gewisse Stressresistenz.“ Ist es das, was ihn wachhält? Vielleicht, weil das BKA schlichtweg die Regenerationsphasen nicht kennt, die Soldatinnen und Soldaten zwischen Einsatz, Einsatzvorbereitung und Amtshilfe ermöglichen, wieder zu Kräften zu kommen.

All das hat keine grauen Schläfen verursacht, kein Bauchansatz und keine



Propagandafoto einer Gruppe militanter Anhänger des Islamischen Staats, November 2015, Syrien.

¹ Bundeswehr und Bundesnachrichtendienst (s.o.)

Tränensäcke. Hier tritt jemand auf, der anscheinend gewappnet ist für das, was täglich auf ihn wartet. Jemand, der Stress, Schlafmangel und schlimme Bilder verarbeiten kann. Vor allem jemand, der Lösungen parat hat, wo und weil Herausforderungen jederzeit volle Einsatzbereitschaft erfordern.

Sie müssen mit den Tätern Schritt halten, erklärt er. Deswegen gehe es auch weniger hierarchisch zu. „Wenn es brennt, gibt es natürlich starke Strukturen. Aber das generelle Arbeiten ist sehr teamorientiert.“

Keine Show, kein Hollywood

Z. sitzt kerzengerade, die Unterarme liegen ruhig auf der Tischkante. Keine übertriebene Gestik, keine Show, kein Tatort, erst recht kein Hollywood. „Ich hab‘ im BKA noch nie diese One-Man-Show erlebt, es war alles immer mannschaftsgetragen. Wenn es immer nur einen Captain vorn geben würde, dann würden wir nicht weiterkommen.“ Der Eid

für die Bundesrepublik Deutschland und ein Stück Patriotismus schwingt in seinen Worten mit. Er steht mit Herz,

Hand und Verstand hinter seinem Beruf. Wenn dann die „Arbeit Früchte trägt, wenn eben kein Anschlag passiert“, das motiviert ihn immer wieder dahin zu gehen, wo es wehtut.

Und dann ist da – natürlich – die Familie. Das private Umfeld, das ihm Rückhalt gebe. Er sagt das nicht bloß daher, sondern nennt es als Erstes – trotz oder gerade wegen der vielen Weihnachtstage im Dienst. Während gegen 15 Uhr viele Menschen Feierabend machen,

„Selbstbewusste, mitdenkende, mutige Beamtinnen und Beamte, die sich ihrer individuellen Stärken bewusst sind und im Team Erfolg haben.“

Flipflopträger links aus dem Dunkel des S-Bahnschachts zum Eisessen in den Treptower Park ziehen, sitzt unter der Tageslichtlampe am Mahagonitisch ein Staatsdiener, der sich trotz der großen Belastungen mit Ende 30 nicht vorstellen kann, ein ruhigeres berufliches Fahrwasser zu suchen.

Z. fühlt sich gut aufgehoben bei seinem Arbeitgeber, das spürt man. Er sucht das Licht der Öffentlichkeit nicht, tritt nicht auf Karrieremessen auf, um für seinen Arbeitgeber zu werben oder junge Menschen zu überzeugen, obwohl er es gleichwohl nicht ausschließt.

Seine Energien fließen in seine Teams, in den Zusammenhalt, dass es hier harmoniert. Selbstbewusste, mitdenkende, mutige Beamtinnen und Beamte, die sich ihrer individuellen Stärken bewusst sind und im Team Erfolg haben: das

ist es, was Z. und die Führungskräfte im BKA wollen. Aktuell hat er einen jungen Kriminalkommissaranwärter unter seinen Fittichen, dem er vom kleinen Einmaleins bis zu den Fallstricken alles zeigt. Das Bärenführer-Prinzip. Z. will wissen, ob man das bei der Bundeswehr auch kenne. Man müsse sich das so vorstellen, dass ein erfahrener Kriminalbeamter einen jüngeren quasi als Mentor betreut und ihm direkt in der Praxis alles beibringt. „Das leben wir nicht nur in der Ausbildung, sondern in der gesamten Laufbahn.“ Die Auszubildenden sollen lernen, was zu tun ist, wenn es irgendwo brenzlich wird. „Ein Schubsen ins kalte Wasser, das gibt es bei uns nicht, dafür steht zu viel auf dem Spiel.“

Aber es geht auch darum, das Vornestehen zu trainieren. „Man stelle sich eine Entführung vor. Wenn man die selber leitet, ist das ganz anders. Da gibt es plötzlich zehntausend Sachen, die man zu bedenken und zu organisieren hat. Man hat sehr viel Verantwortung und muss schauen, dass das alles läuft.“ Erfahrungsvermittlung live.

Persönlichkeit und Zusammenhalt

Mit der Ausbildung investieren sie in ihre Zukunft, denn umgekehrt sind auch die Auszubildenden gefordert, ihre Erfahrungen und Eindrücke rückzuspiegeln: „Ausbilden ist keine Einbahnstraße.“ Eine gereifte Persönlichkeit und engen Zusammenhalt untereinander – das braucht man, um schnell und den Tätern bestenfalls voraus zu sein, aber auch, um selbst keinen Schaden zu nehmen. Die Gefahren sind vielfältig und lauern überall. Wenn ein grausames Video auftaucht zum Beispiel. Eines, von dem man vorher nicht weiß, ob die Geisel am Ende noch alle Finger hat oder – noch lebt. „Das mag nicht jeder, das schafft auch nicht jeder





↑ Eine Anti-Terror-Übung im Hauptbahnhof Stuttgart am 11. September 2018. Geübt wird für den Ernstfall eines Terroranschlags in einem einfahrenden Regionalexpress. Polizei, Feuerwehr, THW und Bahn AG sind mit über 1.000 Beteiligten dabei.

gleich gut.“ Sie helfen sich, nehmen einander Belastendes ab, wenn es einem oder einer zu viel wird. Eine übernimmt die Tonspur, ein anderer schaut sich das Bild an.

Den BKA-Angehörigen kommt zu Gute, was das BKA auf systemischer Ebene etabliert hat: Sie rotieren fähigkeitsbezogen in ihren Funktionen, matrixorientiert.² D.h. alle machen Terrorismus, die Teams werden anlassbezogen zusammengestellt, Mitarbeitende ihren Fähigkeiten entsprechend in unterschiedlichen Kompetenzen ausgebildet und eingesetzt. Das bringt einen interessanten Effekt mit sich: Z. hält es für „sehr unwahrscheinlich, dass extremistische Auswüchse nicht auffallen“, da auch die Teamleiterinnen und Teamleiter ständig wechseln. Nicht anders als bei der Bundeswehr, ist die Abwehr einer Unterwanderung durch extremes Denken auch für das BKA ein Thema, das die Verantwortlichen sehr ernst nehmen. Thomas Helf ist Wertebeauftragter im Wiesbadener Hauptquartier. Schon bei den Einstellungsverfahren achte man darauf, dass Bewerbende „mit einem bestimmten gesellschaft-

lichen Bewusstsein hierherkommen [...] Wie fest steht jemand auf dem Boden der Freiheitlich Demokratischen Grundordnung? Wie erkenne ich etwaige Extremismusneigungen von Bewerberinnen und Bewerbern?“

Werte vermitteln

Es geht hier um charakterliche Integrität, um Festigkeit, aber auch um die Frage, wie sich dieses Bewusstsein in Anbetracht von Belastung, Überforderung und den schlimmen Seiten des Verbrechens vital in den Köpfen halten lässt. Dass „es“ nicht einfach „runtergeschluckt“ wird, so Z., der die Angebote des BKA hinsichtlich psychologischer Betreuung genauso schätzt, wie den Austausch im Team. Mit Reden allein ist es nicht getan. Das BKA bietet an der hauseigenen Hochschule Lehrgänge zur Politischen Bildung an. Solche, die sich mit Demokratieverständnis beschäftigen oder auf die Resilienz gegen extremistische Bestrebungen eingehen. Für Beamte wie Z. gibt es Seminare für Interkulturalität, angeboten und organisiert von der Arbeitsgemeinschaft für Interkulturalität (AGiK). „Mit diesem Engagement wirkt das BKA darauf hin,

das Demokratieverständnis zu stärken, Diversität zu fördern und Werte, die uns wichtig sind, zu vermitteln“, erläutert Helf.

Das Personal, dessen Bewerbung, Auswahl, Entwicklung und Förderung: Es steht weit oben in der Agenda des Präsidenten. Sie wollen und forcieren den Austausch mit ihren Führungskräften. Kaminabende, Gesprächskreise und ein mit den Führungskräften entwickeltes Leitbild, das erste in 70 Jahren BKA. „Bottom-up-Denken“ nennt Helen Albrecht das. Sie ist Leiterin für Personal und Verwaltung im BKA-Hauptquartier

Sie wollen mehr über die Persönlichkeitsbildung und Personalentwicklung im BKA erfahren?

Lesen Sie auf www.innerefuehrung.de ab Anfang Oktober 2021 zwei ausführliche Interviews mit Michael Z. sowie Helen Albrecht (Leiterin Personal und Verwaltung) und Thomas Helf (Wertebeauftragter) vom BKA.

² Jede bzw. jeder Kriminalbeamte ist grundsätzlich in vielen verschiedenen Kompetenzen ausgebildet, sodass die bei Einsätzen erforderlichen Kompetenzen in jeweils wechselnden Teams wahrgenommen werden können.

Wiesbaden, kam vor zwei Jahren vom Deutsche-Bahn-Konzern in die Bundesbehörde.

BKA setzt auf Vielfalt

Dort, im Maschinenraum der Personalentwicklung, wo personalstrategische Begriffe wie Silo-Denken, 360-Feedback, Wertekonzepte und Sensibilisierungsseminare eben nicht nur in Powerpoint-Folien gegossen werden, hat sich seither einiges getan. Es geht darum, die Männer und Frauen, die dahin gehen, wo es brennt, zu entlasten. Personalentwicklung um Menschen aufzubauen und zu fördern. Seit 1. Juli 2021 gibt es ein Referat Führungskräfteentwicklung. Die Behörde wächst auf, 60 Prozent Neueinstellungen sind

bis 2026 geplant. Das BKA setzt auf Vielfalt und ein breiteres Kompetenzspektrum. Wo es bis 2019 fast ausschließlich Vollzugsbeamtinnen und -beamte sowie Juristinnen und Juristen gab, stellt das BKA seit 2020 auch Personal aus den Bereichen Wirtschaftswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaften ein. „Wir haben uns bewusst geöffnet“, weil es ermöglicht, dass Schlüsselkompetenzen dort zur Anwendung kommen, wo sie gebraucht werden. Auch die Home-Office-Quote habe man seit 2019 auf 65 bis 70 Prozent erhöht, erklärt Albrecht. Sie schaffen hier ein Fundament, halten den BKA-Angehörigen den Rücken frei, ermöglichen Raum für die Entwicklung der Mitarbeitenden.

„Gemeinsam das Richtige machen“ ist nicht nur das Motto des BKA, es ist das, was die Leiterin für Personal und Verwaltung antreibt. Im Dialog zu sein mit den Menschen ist ihr wichtig. Das „Operative schlägt immer Strategie“, sagt sie. Das heißt so viel wie, dass sie alles dafür unternehmen, damit Ermittler wie Z. Kräfte, Raum und Zeit bekommen, um den Auftrag zu erfüllen. Botschaft: Verantwortung und Entscheidung dorthin wo sie getroffen werden. Ein Satz, der auch in Bundeswehrkreisen Gehör finden dürfte.

Die Luft ist etwas stickiger geworden im TrepTower. 14.35 Uhr. In diesen Momenten meldet die Tagesschau, dass die EU das Taliban-Regime in Afghanistan wegen eines Verstoßes gegen die Menschenrechte rügt. Das Evakuierungsszenario von Kabul wirft seine Schatten voraus. Mit der Frage, ob Z. sich verändert habe in den letzten Jahren, geht das Interview zu Ende. „Wenn ich mich verändert habe, dann hoffentlich zum Guten“, er wolle das aber selber lieber nicht beurteilen, antwortet er. Ein Lächeln flackert auf, als ihm noch ein Zitat von Bertold Brecht aus den Geschichten von Herrn Kunold einfällt: „Ein Mann, der Herrn K. lange nicht gesehen hatte, begrüßte ihn mit den Worten: ›Sie haben sich gar nicht verändert.‹ ›Oh!‹ sagte Herr K. und erbleichte.“

↓ Schritt halten können: Das BKA fördert die 8.000 Angehörigen darin, sich beruflich individuell weiterzubilden und zu qualifizieren.



Informieren Sie sich über den Arbeitgeber Bundeskriminalamt, auf www.bka.de.



Wilke Rohde

ist ehemaliger Offizier, Bildungs- und Erziehungswissenschaftler und seit 2020 Redakteur im Team IF.

65 Jahre Zentrum Innere Führung



↑ Zum Konzept der Inneren Führung gehört immer auch das selbständige Studium.
Lehrgangsteilnehmer im Lesesaal der Bibliothek in den 1960er Jahren.

Von der Schule zum Kompetenzzentrum

Am 1. Oktober dieses Jahres feiert das Zentrum Innere Führung (ZInFü) seinen 65sten Geburtstag. Seit sechseinhalb Jahrzehnten steht die Dienststelle auf der Pfaffendorfer Höhe in Koblenz für die Vermittlung und Weiterentwicklung der Führungskultur der Bundeswehr und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur Einsatzbereitschaft – und zur Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft.

von Karl Georg Habel

Das ZInFü erreicht heute jährlich mit mehr als 250 unterschiedlichen Trainings, Seminaren und Informationsveranstaltungen etwa 12.000 Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bundeswehr. Das Angebot reicht von lehrgangsbundener Weiterbildung in Koblenz und am Standort Strausberg bei Berlin über Ausbildungsunterstützung durch moderne Aktionsprogramme und mobile Teams bei der Truppe vor Ort, einsatzvorbereitende Ausbildung sowie Füh-

rungskräftecoachings bis hin zu Maßnahmen der Aus- und Weiterbildung des Rechtspflegepersonals der Bundeswehr. Ergänzt wird dieser Fähigkeitsmix durch vielfältige Produkte, digital und analog aufbereitet, die den Vorgesetzten helfen, eigene Aus- und Weiterbildung in den Themenfeldern der Inneren Führung zu gestalten. Für die Erfüllung dieser Aufgaben engagieren sich rund 220 Soldatinnen und Soldaten sowie zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in acht unterschiedlichen Abteilungen



↑ Vorlesung während eines Lehrgangs für junge Offiziere in den 1960er Jahren.

und Bereichen – mit dem Anspruch, die eigenen Angebote stets am praktischen Nutzen sowie am Einsatzbedarf der Streitkräfte auszurichten.

Der Gedanke zur Aufstellung einer eigenen Schule für die Vermittlung der Inneren Führung mit ihrem Leitbild vom „Staatsbürger in Uniform“ geht auf Planungen und Vorarbeiten des damaligen Obersten i.G. Wolf Graf von Baudissin und seiner Unterabteilung im „Amt Blank“ zurück. Die Anfänge waren vor 65 Jahren jedoch ausgesprochen bescheiden. Der Aufstellungsbefehl vom 30. September 1956¹ weist für die „Schule der Bundeswehr für Innere Führung“ zwar einen Umfang von 20 militärischen und 46 zivilen Dienstposten aus, von denen zunächst jedoch nur fünf besetzt waren: Neben dem ersten Kommandeur, dem späteren Brigadegeneral Arthur Weber, waren dies zwei Stabsoffiziere und zwei zivile Dozenten. Als erster Dienstsitz mussten einige Zimmer in einem Gebäude des



↑ Es fehlte anfangs an Personal und Infrastruktur, dennoch wurde der Lehrbetrieb sofort aufgenommen. Sogenannte Außenlehrgänge fanden in angemieteten Gasthöfen und Hotels statt – wie hier erstmals im Oktober 1956 im „Waldhotel“ in Rheinbach.

Bundesministeriums für Verteidigung am Saliering in Köln genügen. An die Aufnahme eines geordneten Lehrbetriebs war dort nicht zu denken. Langes Zuwarten auf bessere Umstände kam für den Kommandeur allerdings auch nicht in Frage. Denn „die Innere Führung [...] stand damals im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. So mussten in mühseliger Kleinarbeit Vorurteile

abgebaut werden: Dass Innere Führung mit ‚weicher Welle‘ nichts zu tun hat, dass der geschichtliche Umbruch unserer Zeit neue Einsichten verlangt [...]“. ² Und die Vermittlung dieser „neuen Einsichten“ musste mit dem raschen Aufbau der Bundeswehr Schritt halten und parallel zur „handwerklich-militärischen“ Ausbildung, die in der Truppe und an den Truppschulen begann, Gestalt annehmen. Der Wertekompass Innere Führung sollte sofort Richtung und Orientierung geben und nicht erst Jahre später „zu etwas willkürlich Angehängtem werden“. ³ Als Möglichkeit gab es daher zunächst nur die sogenannten „Außenlehrgänge“, die bei der Truppe vor Ort stattfanden oder in angemieteten Gasthöfen und Hotels durchgeführt wurden – der erste übrigens bereits vom 8. bis 20. Oktober 1956 in Rheinbach. Schon damals waren die Bataillonskommandeure, Einheitsführer und Kompaniefeldwebel sowie Offiziere und Unteroffiziere in vergleichbarer Dienststellung die wesentlichen Adressaten der Lehrgänge. Und sie sind



„Mann, was haben Sie denn da für einen alten Hut?“
(J. Wolter am 6. 7. 1969 in „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt“)



Von Anfang an ist das Konzept der Inneren Führung sowohl unter selbsterklärten Traditionalisten als auch unter Gegnern der Bundeswehr umstritten.

¹ BMVg IV – IV B, Tgb.Nr. 1391/56 vom 30.09.1956

² Aus einer Informationsschrift der Schule der Bundeswehr für Innere Führung vom August 1964, S. 16

³ ebenda S. 15



↑ Mit dem Umzug nach Koblenz war eine längerfristige Lehrgangsplanung möglich, und die Schule konnte personell, aber auch räumlich aufwachsen.

auch heute noch die wesentlichen Multiplikatoren der Grundsätze der Inneren Führung in der Truppe. Ende November 1956 besuchte Bundeskanzler Konrad Adenauer einen solchen Außenlehrgang in einem Hotel in seinem Wohnort Rhöndorf bei Bonn. Als ihm die organisatorischen Unzulänglichkeiten vorgetragen wurden, unter denen der Lehrbetrieb litt, soll er gesagt haben: „Also, Sie treiben gewissermaßen ambulantes Jewerbe?“ Der Kanzler versprach Hilfe, und bereits im Februar 1957 konnte ein ehemaliges Offizier-Hotel der französischen Streitkräfte auf der Pfaffendorfer Höhe in Koblenz bezogen werden. Dort ist das ZInFü nach mehreren An- und Erweiterungsbauten bis heute beheimatet.

Wissenschaftliches Institut für Erziehung und Bildung

Mit dem Umzug nach Koblenz war nun auch eine längerfristige Lehrgangsplanung möglich. Die Schule konnte personell aufwachsen sowie unter ihrem zweiten Kommandeur, dem späteren Generalinspekteur General Ulrich de Maizière, systematisch weiterentwickelt werden. Damit einher ging auch

die Aufstellung des „Wissenschaftlichen Forschungs- und Lehrstabs bei der Schule der Bundeswehr für Innere Führung“, der der Schule nicht unterstellt, sondern lediglich auf Zusammenarbeit angewiesen war. Dieses „Experiment“ wurde von den Angehörigen der Schule offenbar kritisch begleitet. In älteren Chroniken der Schule werden die Probleme in der Zusammenarbeit zwischen militärischem und zivilem Lehrstab denn auch nicht verschwiegen. Gleichwohl trug es Früchte, denn die wissenschaftliche Grundlagenarbeit war maßgeblich für die Weiterentwicklung der Inneren Führung sowie für die Erstellung von Unterrichts- und Lehrmaterialien. Eine Vorschrift zur Inneren Führung, die verbindliche Vorgaben hätte liefern können, gab es zunächst nicht.⁴ Das Handbuch Innere Führung erschien 1957 und beinhaltete Texte, viele davon von Baudissin verfasst, die Ziele und Inhalte erklären halfen und dem Lehrpersonal der Schule selbst, aber auch der Truppe als Richtschnur dienen sollten.⁵ Der Wissenschaftliche Forschungs- und Lehrstab wurde 1968 in das „Wissenschaftliche Institut für Erziehung und Bildung in den



„Also, Sie treiben
gewissermaßen
ambulantes Jewerbe?“

↑ Bundeskanzler Konrad Adenauer besucht einen sogenannten Außenlehrgang in Rhöndorf – und verspricht ein neues Schulgebäude.

↓ Zeitungsleseraum im Lichthof, 2. Stock, ZInFü, Koblenz 1966.



Streitkräften“ umgewandelt, aus dem später das „Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr“ hervorging, das wiederum 2013 mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt zum Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) zusammengeführt wurde.

Mit dem wachsenden Umfang der Bundeswehr wurde es unumgänglich, einen Teil des Lehrdeputats der Schule auf Ausbildungseinrichtungen der Teilstreitkräfte zu verlagern. Nur so konnten die Grundsätze der Inneren Führung in Erziehung, Ausbildung und Führung breiter verankert werden. Damit ging jedoch auch ein Verlust an Standardisierung der Inhalte einher.

konnten diesen neuen Aufgaben auf Dauer nicht gerecht werden. So wurde sie am 1. Januar 1981 umgegliedert und erhielt erneut ein Element „Grundlagen und Weiterentwicklung“. Zeitgleich erfolgte die Umbenennung in „Zentrum Innere Führung“.

Harmonisierung und Standardisierung von Trainingsinhalten

Strukturell bildeten nun drei Lehrbereiche den Kern des neuen Zentrums, deren Lehrgangsangebote sich nach den wesentlichen „Wirkungsfeldern“ (später „Gestaltungsfelder“) der Inneren Führung unterschieden. Es waren dies die Bereiche „Menschenführung“, „Politische Bildung“ sowie „Soldatische Ordnung, Wehrrecht, Kriegsvölkerrecht“.

Armee der Einheit, Armee im Einsatz oder auch die Öffnung aller Laufbahnen der Streitkräfte für Frauen.

Mit Umgliederung und Umbenennung 1981 übernahm das ZInFü ebenfalls die Leitfunktion im neu gegründeten „Aufgabenverbund Innere Führung“, dem die Ämter der Teilstreitkräfte, die Führungsakademie und die Universitäten der Bundeswehr angehörten, um die Fragen von Weiterentwicklung und Lehre der Inneren Führung gemeinsam enger abzustimmen. Der „Aufgabenverbund Innere Führung“ existiert nach wie vor und wurde unter Leitung des ZInFü gerade in den vergangenen zwei Jahren durch die Projektarbeit zur Harmonisierung und Standardisierung von Trainingsinhalten in der Ausbildungslandschaft der Bundeswehr mit neuem Leben erfüllt.



↑ Eine Balancier-Übung lässt Einheitsführer im Lehrgang erfahren, dass schwierige Aufgaben nur gemeinsam zu lösen sind. Teamgeist und Kameradschaft sind und bleiben Grundlagen der Menschenführung.

Zudem waren die vielfältigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen der 1970er Jahre hinsichtlich ihrer Folgen für die Bundeswehr und ihre Führungskultur zu bewerten und die Konzeption der Inneren Führung entsprechend weiterzuentwickeln. Struktur und Kompetenzen der Schule

Diese Bereichsgliederung behielt das ZInFü dann im Grundsatz bis zur Einnahme der aktuellen Struktur im Frühjahr 2020 bei. In dieser Grundaufstellung von 1981 leistete das ZInFü dann in den folgenden vier Jahrzehnten auch seine Beiträge zum Erfolg bedeutender Entwicklungsschritte der Bundeswehr:

Nur ein Beispiel dafür, wie das ZInFü auch in Zukunft als richtungsweisendes Kompetenzzentrum in allen Fragen der Inneren Führung seinen Beitrag leisten wird, die Führungskultur der Bundeswehr und der Streitkräfte „fit zu machen“ für das 21. Jahrhundert, wie es der Generalinspekteur der Dienststelle auf der Pfaffendorfer Höhe ins Lastenheft geschrieben hat.



Diesen Artikel können Sie auch als Podcast hören.



**Oberst i.G.
Karl Georg Habel**

ist seit 2019 Chef des Stabes am Zentrum Innere Führung.

⁴ Die erste Zentrale Dienstvorschrift 10/1 Innere Führung erschien 1972.

⁵ Zum Handbuch Innere Führung u.a.: Klaus Naumann, „Leitfaden oder Leerformel? Eine Relektüre des Handbuchs Innere Führung von 1957“, in IF 2/21 S. 60–65



↑ Rekrutinnen und Rekruten vom Wachbataillon sind zum Feierlichen Gelöbnis im Rahmen der Feierlichkeiten zum 64. Gründungstag der Bundeswehr im November 2019 vor dem Reichstag in Berlin angetreten.

Kein Beruf wie jeder andere

Rede des Präsidenten des Deutschen Bundestages anlässlich der Vorstellung des Buches „Deutsche Krieger“ von Sönke Neitzel

von Wolfgang Schäuble

Das Buch „Deutsche Krieger“ hat seit seinem Erscheinen kontroverse Reaktionen und teils heftige Gegenwehr hervorgerufen. Das überrascht mich nicht – und den Autoren, Professor Sönke Neitzel, überrascht das vermutlich auch nicht. Schon der Titel provoziert.

Es ist eben nicht nur militärgeschichtlich interessant, sondern es befasst sich mit politischen Fragen, die für uns heute relevant sind – und die angesichts der prekären Weltordnung absehbar noch relevanter werden.

Ich will gleich vorweg sagen, dass ich das Buch gerade auch deshalb für wichtig halte, weil es auf dem sicherheitspolitischen Themenfeld, das per se unbequeme gesellschaftliche Debatten und politisch unpopuläre Entscheidungen fordert, die Kontroverse nicht scheut. Weil es mit diesem Wagnis Öffentlichkeit schafft für die Frage, wie wir Deutschen unsere Verantwortung in der Welt gerecht werden wollen. Eine Verantwortung, von der unsere Verbündeten und Partner seit langem fordern, dass wir sie entschiedener wahrnehmen sollten – und die uns

zwangsläufig in ein Spannungsverhältnis führt: zwischen unseren Werten und Idealen, die wir nicht aufgeben wollen, und der realistischen Einschätzung, dass diesen Idealen und Werten gerecht zu werden, den Einsatz von militärischer Gewalt gerade nicht ausschließt.

Die Welt ist leider nicht so, wie wir sie uns wünschen. Deshalb beginnt jede verantwortungsvolle Politik damit, die Welt so zu sehen, wie sie ist – und nicht, wie wir sie gerne hätten. Dieser realistische Blick bedeutet nicht, unsere Werte und Ideale aufzugeben. In den



Am 1. Oktober 1946 fiel das Urteil im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg. Angeklagt waren auch 130 hochrangige Offiziere, stellvertretend für die militärische Führungselite der Wehrmacht.

↑ *Verhandlung im Justizpalast 1946: Die Anklagebank mit den Angeklagten: 1. Reihe v.l.: Hermann Göring, Rudolf Hess, Joachim v. Ribbentrop, Wilhelm Keitel, Ernst Kaltenbrunner, Alfred Rosenberg, Hans Frank, Wilhelm Frick, Walter Funk, Hjalmar Schacht; 2. Reihe v.l.: Karl Dönitz, Erich Raeder, Baldur v. Schirach, Fritz Sauckel, Alfred Jodl, Franz v. Papen, Arthur Seyss-Inquart, Albert Speer, Konstantin Frhr.v. Neurath, Hans Fritzsche.*

Worten des Historikers Heinrich August Winkler geht es vielmehr um einen „normativ aufgeklärten Realismus“, der Handlungsspielräume und Alternativen in konkreten Situationen abwägt. Mit anderen Worten: um eine Politik, die aus Notwendigkeit pragmatisch ist und aus Überzeugung an ihren normativen Zielen festhält. Das heißt auch, das unauflösliche Spannungsverhältnis zwischen dem Wünschenswerten und der Wirklichkeit auszuhalten – auch wenn das in militärischen Fragen gerade für uns Deutsche heute eine Zumutung ist.

Das hat nachvollziehbare historische Gründe. Vor 75 Jahren fanden sich einige „deutsche Krieger“ vor Gericht wieder. Am 1. Oktober 1946 fiel das Urteil im Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg. Angeklagt waren auch 130 hochrangige Offiziere, stellvertretend für die militärische Führungselite der Wehrmacht. Die

Richter ließen keinen Zweifel an der Mitschuld führender Wehrmachtangehöriger an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Urteil sprach den Angeklagten überdies jede soldatische Ehre ab und nannte sie einen „Schandfleck für das ehrenhafte Waffenhandwerk“.

Das Gericht lehnte es allerdings ab, Generalstab und Oberkommando der Wehrmacht insgesamt als verbrecherische Organisation einzustufen. Einige Generale wurden zwar in einem späteren Nachfolgeprozess verurteilt. Die Entscheidung der Nürnberger Richter trug dennoch – unbeabsichtigt – dazu bei, dass sich in der jungen Bundesrepublik die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ festsetzen konnte. Nicht nur Historiker wissen längst, dass die Wehrmacht tief in die nationalsozialistischen Verbrechen verstrickt war, dass sie ein „unauflösliches Amalgam“ mit dem NS-Staat bildete, wie

Sönke Neitzel schreibt. Einer breiteren Öffentlichkeit ist das spätestens seit der Wehrmachtsausstellung bekannt – dem Auslöser heftiger Debatten – in der Gesellschaft und in Familien. Denn natürlich braucht es auch hier Differenzierung, geht es nicht allein um die offensichtliche Verantwortung der Wehrmacht insgesamt, sondern um individuelle Schuld, um das Handeln und die Zwänge des einzelnen Soldaten, der Sohn, Bruder, Vater, Großvater war. Hoch emotionale Fragen.

Kann es etwas geben, das ein Bundeswehrsoldat im Afghanistan-Einsatz mit einem Wehrmachtssoldaten an der Ostfront gemeinsam haben könnte? Das ist eine befremdliche Vorstellung, die man intuitiv zurückweisen möchte – und doch ist es ein zentrales Thema von „Deutsche Krieger“. Sönke Neitzel hat eine Militärgeschichte vom Kaiserreich bis heute vorgelegt. Er geht den sich wandelnden Rahmenbedingungen des



↑ Der Historiker Sönke Neitzel (53) ist seit 2015 Professor für Militärgeschichte/Kulturgeschichte der Gewalt am Historischen Institut der Universität Potsdam.



„Deutsche Krieger“ ist ein Plädoyer dafür, der Realität ins Auge zu sehen. Zu verstehen, was die Erfahrung von Kampf und Gewalt für die Soldaten bedeutet und wieso auch Bundeswehrsoldaten im Krieg Dinge tun, die sie sonst nicht täten. Es geht darum, sich nicht nur zu empören, sondern auch zu begreifen, weshalb sich einige Soldaten – trotz des Wissens um die deutsche Geschichte – noch immer auf die Wehrmacht beziehen.

Militärs nach, seinem Stellenwert in der Gesellschaft, dem Selbstverständnis der Soldaten. Er nimmt die großen politischen Umbrüche in den Blick und beschreibt Kontinuitäten, die sich über alle Systemwechsel hinweg gehalten haben. Ein Mammutprojekt – zumal es auch richtigerweise ein aufschlussreiches Kapitel zur NVA gibt.

Das Besondere – auch das besonders Lesenswerte – dieses Buches ist, dass es sich in die Lebenswelt der Streitkräfte begibt. Es versucht zu zeigen, wie es für Soldaten im Kampf damals war und wie es heute ist.

Dabei verlangt es dem Leser einiges ab – und das nicht nur wegen des schieren Umfangs. Es setzt voraus, dass man sich auf die „Logik des Krieges“ einlässt. Dass man bereit ist, sich der Binnenwelt des Militärs zu nähern und dabei die Frage nach Recht oder Unrecht des Krieges außen vor zu lassen. Zwischen Kriegszweck und Kriegshandwerk zu unterscheiden, auch bei der Wehrmacht – das ist im Wissen um die deutsche

Geschichte durchaus eine moralische Zumutung. Wahrscheinlich können sich die meisten ohnehin kaum vorstellen, was ein „ehrenhaftes Waffenhandwerk“ sein soll und dass es sowas überhaupt geben kann.

Bundespräsident Horst Köhler hat den Deutschen einmal „freundliches Desinteresse“ an ihrer Armee vorgehalten. Das war vor mehr als 15 Jahren. Ist daraus inzwischen eine Kluft geworden? Verfestigen sich mangelndes Verständnis und Ignoranz gegenüber der Truppe in breiten Teilen von Gesellschaft und Politik – und auch in der militärischen Führung?

Sönke Neitzel schreibt jedenfalls erkennbar dagegen an.

Das zentrale Ergebnis des historischen Vergleichs, den Sönke Neitzel zieht, lautet: Keinem der so unterschiedlichen Systeme sei es gelungen, seinen jeweiligen politisch-gesellschaftlich Rahmen vollständig auf die Armee zu übertragen. Auch der Bundesrepublik nicht. Das Militär ist immer auch eine Welt für sich geblieben, die über die politischen Brüche hinweg erstaunlich beständig ist. Das gilt selbst für den Neuanfang nach 1945. In der Bundeswehr steckte anfangs eine gehörige Portion Wehrmacht – notgedrungen. Auch die breite, gesellschaftliche Akzeptanz des Militärs bestand über alle Systembrüche hinweg und erodierte erst mit dem Kultur- und Wertewandel seit Mitte der 1960er Jahre.

Im Fokus stehen die Landstreitkräfte mit ihrer spezifischen „Kriegerkultur“: von der kaiserlichen Armee über die Wehrmacht bis zur Bundeswehr als Einsatzarmee. Es ist eine Kultur der „Kampfgemeinschaft“, die aus der geteilten Erfahrung des Krieges und aus dem engen Zusammenhalt in Gruppen und Kompanien entsteht. Diese „Kriegerkultur“ – so das Resümee von Sönke Neitzels Forschungen – prägt das Verhalten von Soldaten im Kampf stärker als Kaisertum, NS-Ideologie oder Grundgesetz.

Wenn diese Erkenntnis zutrifft, hat das Folgen. Dann können wir uns nicht einfach darauf verlassen, dass die Leitwerte unserer Verfassung ein tragfähiges



↑ Erste Wehrmachtsausstellung: „Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“, München 1997.



„Es gehört für mich dabei zur faszinierendsten Leseerfahrung dieses Buches, dass es offenkundig sehr viel schwieriger ist, von der Waffe Gebrauch zu machen, also selbst auf andere zu schießen, als die Bereitschaft zu haben, im Einsatz sein Leben zu riskieren.“

normatives Grundgerüst bilden, das die Selbstbindung an Recht und Gesetz auch unter den Bedingungen des bewaffneten Einsatzes sichert. Dann bleibt die Frage: Wie lassen sich Grenzüberschreitungen und Enthemmung verhindern, mit denen kriegerische Gewalt oft einhergehen? Was braucht es, damit der „Staatsbürger in Uniform“ nicht in unauflöslichen Gegensatz zum „Soldaten als Kämpfer“ gerät?

„Auf dem Schlachtfeld gibt es keinen Ersatz für die Ehre als Mittel zur Durchsetzung des menschlichen Anstandes“, soll der britische Militärhistoriker John Keegan formuliert haben. Aber woraus speisen sich solche Werte? Verfassungspatriotismus und historisch-politische Bildung allein scheinen keine ausreichende Antwort zu geben.

Deswegen ist die Frage nach Vorbildern und Traditionen, auf die sich die Bundeswehr bezieht, wichtig. Es ist kein Geheimnis, dass Sönke Neitzel kein Freund der bisherigen Traditionsbildung ist. Auch dem überarbeiteten Traditionserlass fehle ein lebendiger „Traditionsvorrat“ für die militärische Kompetenz des Gefechts. Die Bundeswehr hat, anders als die Armeen unserer Partner und Verbündeten, kein ungebrochenes

Traditionsbild. Und das kann sie auch nicht haben. Aber woher mangels eigener Kampferfahrungen Orientierung, Vorbilder für „Ehre“ und „Anstand“ auf dem Schlachtfeld nehmen?

Hier scheint es in unserer post-heroischen Gesellschaft einen blinden Fleck zu geben: Wir neigen dazu, uns Bundeswehrsoldaten als „Streetworker in Uniform“ vorzustellen. Dass Kämpfen und notfalls auch Töten zu den Signaturen des Soldatseins zählt, blenden viele Deutsche gerne aus. Wir konnten das auch lange verdrängen, weil wir das große Glück haben, seit mehr als sieben Jahrzehnten in Frieden zu leben. Im Schutz des westlichen Bündnisses, namentlich der USA. Erst die Erfahrung kriegerischer Gewalt in den Auslandseinsätzen – und die ersten Verwundeten und Gefallenen – brachten diese Grundkonstante des Soldatenberufs zurück in die öffentliche Wahrnehmung.

Soldat sein ist kein Beruf wie jeder andere. Soldaten sollen bereit sein, ihr Leben zu riskieren, um uns zu verteidigen, um Freiheit und Demokratie zu schützen. Wer sich für den Beruf des Soldaten entscheidet, hat zuvor für sich die Frage gestellt: Was hat die Sicherung des Friedens, den wir alle genießen,



↑ Kranzniederlegung am 19. Juli 2021 am Ehrenmal der Bundeswehr im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin.

eigentlich mit mir zu tun? Die meisten von uns weichen dieser Frage wohl eher aus. Mit dem Entschluss, Soldat zu werden, verbindet sich dagegen ein mutiges Versprechen: Die Selbstverpflichtung, notfalls auch zu kämpfen, sich im Ernstfall Gefahren auszusetzen. Es gehört für mich dabei zur faszinierendsten Leseerfahrung dieses Buches, dass es offenkundig sehr viel schwieriger ist, von der Waffe Gebrauch zu machen, also selbst auf andere zu schießen, als die Bereitschaft zu haben, im Einsatz sein Leben zu riskieren.

Wie lassen sich Menschen zum Kämpfen befähigen und motivieren, ohne den Kampf als solchen und letztlich sogar den Soldatentod zu heroisieren? Wie lassen sich junge Männer und Frauen für diesen besonderen Beruf gewinnen, wenn militärische Pflichterfüllung und Leistungsbereitschaft nur wenig gesellschaftliche Anerkennung erfahren?

Mit der Abkehr von der Wehrpflicht und dem Umbau zur Einsatzarmee hat sich die Bundeswehr professionalisiert. Das Militärische ist zu einer Sache der Willigen und der Wenigen geworden. Die Distanz der Gesellschaft zu ihrer Armee hat sich dadurch noch vergrößert. Umso wichtiger ist es, dass wir uns mit diesen Fragen ernsthaft auseinandersetzen. Auch mit Blick auf die Deutungsangebote jener, die diese Lücke bereitwillig füllen und die die Vergangenheit verklären, um sie für ihre politischen Zwecke zu nutzen. Tatsächlich liegt die Frage nahe, inwieweit hier möglicherweise ein Zusammenhang besteht zu rechtsextremistischen Verdachtsfällen und so verstörenden Vorkommnissen wie zuletzt beim KSK.

Auf der Geltung von Werten und Regeln müssen wir bestehen, auch unter den besonderen Bedingungen des bewaffneten Einsatzes in Krisengebieten. Aber zugleich braucht es in der Gesellschaft mehr Verständnis für die besondere Lebens- und Berufswelt des Militärs und für die Bedürfnisse der Soldatinnen und Soldaten. Eine wirklich ernsthafte öffentliche Debatte über die sicherheitspolitische Rolle Deutschlands in der Welt, wie der Bundestag sie im Zuge eines Bürgerrates unlängst zumindest angeregt hat, würde dazu sicher beitragen.

Ich kann den Eindruck der Soldaten, die Neitzel zitiert, nicht in Abrede stellen. Er macht nachdenklich. Sicher war es wenig hilfreich, dass politisch Verantwortliche lange vermieden, von Krieg zu sprechen, wo faktisch Krieg herrschte. Allerdings gibt es eben auch eine politisch-rechtliche Binnenlogik. Ein Teil der Kritik wurzelt möglicherweise aber in Erwartungen, die Abgeordnete nicht erfüllen können.

Der Bundestag ist trotz des konstitutiven Parlamentsvorbehaltes weder „Neben-Oberbefehlshaber“ noch eine Stabsstelle



Deutsche Fallschirmjäger aus Seedorf sichern im Mai 2018 im Rahmen der UN-Mission MINUSMA in Mali das westliche Flussufer des Niger, um den Einsatzraum und die Aufnahme der Luftlandkräfte zu überwachen.



Wenn es nach Sönke Neitzel geht, fehlt es dennoch auch und vor allem in der Politik am notwendigen Verständnis für militärische Belange. Das Parlament ist zwar nicht der Hauptadressat seiner Kritik. Aber auch der besonderen Beziehung des Bundestages zur Bundeswehr – die ja ein deutsches Spezifikum ist – stellt er kein allzu gutes Zeugnis aus. Den Abgeordneten wirft er mit Blick auf Afghanistan vor, nicht Bescheid zu wissen über die Einsatzwirklichkeit vor Ort, den Sinn und Zweck des Auftrags, das strategisch und militärisch Nötige.

des Generalinspektors der Bundeswehr. Das Parlament kann einem Antrag der Bundesregierung zur Entsendung von Streitkräften ins Ausland zustimmen oder es kann den Antrag ablehnen. Abändern kann es ihn nicht. Zudem muss die Einbindung der Bundeswehr in internationale Bündnisstrukturen immer mit bedacht werden. Tatsächlich stellt sich mit Blick auf die Detailfülle mancher Anträge eher die Frage, ob der Bundestag wirklich jeden Feldspaten eines Einsatzes billigen müsse, wie es mein Kollege Karl Lamers mal salopp

ausgedrückt hat, und ob die vom Parlament bewilligten Mandate eigentlich genug Spielraum lassen, um mit veränderten Situationen flexibel umzugehen. Auch in Mali erleben wir aktuell wieder, dass sich die Lage ganz anders entwickelt, als zu Mandatsbeginn erwartet.

Die vordringliche Aufgabe der Abgeordneten liegt in der parlamentarischen Kontrolle. Deswegen steht die Lage in den Einsatzgebieten in jeder Sitzung auf der Tagesordnung des Verteidigungsausschusses. Deswegen lassen sich die Abgeordneten dazu von Vertretern des Ministeriums und der Bundeswehr berichten, gelegentlich auch von Vertretern der internationalen Einsatzführung. Und deswegen werden Auslandseinsätze der Bundeswehr vom Parlament fast immer kritisch hinterfragt und kontrovers debattiert.

Der Einsatz in Afghanistan war und ist Gegenstand einer Fülle parlamentarischer Anfragen, Anträge und Debatten. Es gab eine Reihe von Sachverständigenanhörungen in den Ausschüssen und nicht zuletzt eine Plenardebatte nach Ende des ISAF-Einsatzes – mit einer sehr gemischten, auch selbstkritischen Bilanz. Übrigens waren es Parlamentarier, die von der Bundesregierung eingefordert haben, regelmäßig einen Evaluationsbericht zum Einsatz in Afghanistan vorzulegen.

Mangelndes Interesse lässt sich den Parlamentariern jedenfalls mit Blick auf Afghanistan schlecht vorwerfen. Ich habe die vielen Reisen nicht gezählt, mit denen sich Mitglieder des Verteidigungsausschusses wie auch zahlreiche Abgeordnete anderer Ausschüsse immer wieder selbst ein Bild vor Ort gemacht haben. Vergnügungssteuerpflichtig war sicher keine davon.

Nach 20 Jahren ist unser militärisches Engagement in Afghanistan beendet. Die am Einsatz Beteiligten und die jetzt



↑ Bundesministerin der Verteidigung, Annegret Kramp-Karrenbauer, spricht am 3. März 2021 nach der 78. Sitzung des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag in Berlin zu Pressevertretern.



↑ Namentliche Abstimmung über den Einsatz der Bundeswehr in Mali im Deutschen Bundestag in Berlin Ende Mai 2020.

Skulptur „Non Violence“ des
schwedischen Künstlers Carl
Fredrik Reuterswärd vor dem
Hauptgebäude der Vereinten
Nationen in New York. →



Niemand will zwar zur Waffe greifen, und
die Bundeswehr ist ja auch streng dem
Verteidigungsauftrag verpflichtet – und
doch wissen wir: Es gibt Situationen, in
denen es nicht anders geht.

zurückkehrenden Soldaten habe ich in der letzten Sitzungswoche im Plenum des Deutschen Bundestages gewürdigt, und wir haben anschließend über diese bislang herausforderndste, auch verlustreichste Bundeswehrmission debattiert. Das kann nur der Anfang einer ehrlichen und umfassenden Gesamtbilanz sein. Die sind wir auch den Soldatinnen und Soldaten schuldig, den Gefallenen, den Verehrten und ihren Familien. Die Erfahrungen am Hindukusch sollten uns Demut lehren. Zurückhaltender in unseren Erwartungen und in der **Einschätzung** unserer Möglichkeiten zu sein. Klare politische Strategien zu entwickeln und realistischere Ziele für Militärinterventionen zu setzen. Ziviles und militärisches Engagement besser zu verzahnen. Auch Dauer und Kosten eines solchen Einsatzes gehören in die Bilanz.

Der Afghanistan-Einsatz war und ist insofern für uns alle ein Lernprozess. Nicht nur für die Bundeswehr, auch für die Politik und für das Parlament.

Das betrifft auch die Frage, wie wir mit dem Tod unserer Soldaten umgehen.

Seit Herbst erinnert der Bundestag mit einem elektronischen Gedenkbuch an jene Bundeswehrangehörige, die bei Auslandseinsätzen ihr Leben verloren haben. Um die richtige Form und vor allem um die Frage, wessen genau in diesem Rahmen gedacht werden soll, ist im Parlament lange gerungen worden, sehr lange. Auch die gefundene Lösung stellt nicht alle zufrieden. Die einen, weil das Gedenken neben den Gefallenen auch die auf andere Weise zu Tode gekommenen Bundeswehrangehörigen einschließt. Die anderen, weil nicht auch der Opfer unter Entwicklungshelfern, Polizisten, Diplomaten gedacht wird oder der Toten unter der afghanischen Zivilbevölkerung. Aber das ist Demokratie: aus einander widersprechenden, jeweils begründeten Meinungen per Mehrheitsentscheidung zu Kompromissen kommen.

Das beschriebene persönliche Dilemma des Soldaten im bewaffneten Einsatz verweist noch einmal auf das eingangs erwähnte politische Spannungsverhältnis: Niemand will zwar zur Waffe greifen, und die Bundeswehr ist ja auch streng dem Verteidigungsauftrag verpflichtet – und doch wissen wir: Es gibt Situationen, in denen es nicht anders geht. In denen robuste, bewaffnete Einsätze der Bundeswehr erforderlich sind. In denen Gewalt mit Gewalt beendet werden muss.

Wir Deutschen haben nach der Katastrophe von 1945 eine Kultur der militärischen Zurückhaltung verinnerlicht. Die Zeiten, in denen Deutsche weniger Skrupel beim Einsatz militärischer Gewalt hatten, zählen zu den dunkelsten Kapiteln der Menschheitsgeschichte. Aber unsere Geschichte kann und darf kein Feigenblatt sein. Sie kann nicht als Aus-

rede dafür dienen, sich auf Kosten von Partnern und Verbündeten herauszuhalten. In einer unsicher werdenden Welt, aus der alte Gewissheiten verschwinden und in der das, was in anderen Regionen stattfindet, uns immer stärker selbst unmittelbar betrifft, können wir nicht kneifen und anderen unseren Schutz und unsere Verteidigung überlassen.

Deutschland hat eine globale Mitverantwortung. Freiheit, Demokratie, universelle Menschenrechte und eine stabile globale Ordnung mit sicheren Infrastrukturen und freiem Austausch: all das bedingt sich gegenseitig. Da sollten wir uns mit Blick auf unsere eignen Interessen moralisch auch nichts vormachen: Ohne ein grundlegendes Maß an Sicherheit gibt es keine stabile Demokratie, keinen Wohlstand. Und ohne Befriedung im Übrigen auch keine Möglichkeit zur Entwicklung. Militärische Präsenz macht einen Unterschied. Der britische Ökonom Paul Collier, beileibe kein rechter Falke, hat bereits vor Jahren mit Blick auf die politische Instabilität in vielen afrikanischen Staaten angemahnt, dass wir uns bei der Frage,

wie wir die Entwicklung des afrikanischen Kontinents nachhaltig befördern können, nicht darum drücken können, auch über die Notwendigkeit zur militärischen Intervention zu diskutieren. Um erst die Grundlage zu schaffen, helfen und zusammenarbeiten zu können.

Der Problemdruck wächst – auch weil wir um die Herausforderung der weltweiten Migration wissen, nicht zuletzt für die innere Stabilität unserer eigenen Gesellschaften. Die gravierenden Folgen der Pandemie für die Armut in der Welt zeichnen sich doch längst ab – UN wie Welthungerhilfe warnen davor, dass Millionen Menschen zusätzlich von Unterernährung und Hungertod bedroht sind. Ganz abgesehen von den Auswirkungen des Klimawandels, dem Kampf ums Wasser. Hinzu kommt die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus.

Mit „schrecklicher Realität verantwortungsbewusst“ umgehen: Das hat im Juni Jürgen Trittin gefordert – als ausgerechnet er sich beim Grünen-Parteitag gegen die konsequente Ablehnung

bewaffneter Drohnen aussprach. Und der Wissenschaftler Oliver Thränert hat unlängst in der FAZ überzeugend dargelegt, dass sich Fragen der nuklearen Abschreckung weniger um die „Beseitigung von Relikten des Kalten Krieges“ drehen, sondern um komplexe Zukunftsfragen. Den Frieden zu wahren oder ihn zu schaffen, ist eben nicht kostenlos – es hat auch einen moralischen Preis, wie der Historiker Robert Kagan sagt.

Die Bürde auch dieser moralischen Kosten haben wir zu tragen, wenn wir unsere Mitverantwortung für die Sicherheit in der Welt wahrnehmen wollen. Und die kann sich nicht darin erfüllen, den Konfliktparteien Mahnungen von der Seitenlinie aus zuzurufen. Militärisches Engagement ist und bleibt die ultima ratio. Aber wenn wir uns mit der Bundeswehr an einem internationalen Einsatz beteiligen, können wir uns nicht von vornherein auf Aufklärungs-, Überwachungs- und Transportflüge

Seite 42, Foto: imago images/photothek/Thomas Trutschel
Seite 43, Foto: Bundeswehr/Marc Tessensohn

„Das betrifft auch die Frage, wie wir mit dem Tod unserer Soldaten umgehen.“



Nahaufnahme einer der Stelen in der Gedenkstätte Wald der Erinnerung auf dem Gelände der Henning-von-Tresckow-Kaserne in Potsdam.



↑ Der Planer des Ausbildungszentrums der EUTM arbeitet im Januar 2021 zusammen mit einem Soldaten vom österreichischen Bundesheer in Mopti/Mali.

„Unterstützungsbekundungen für eine internationale Mission gefolgt von Wegducken bei der Frage nach aktiver deutscher Hilfe“ – dieses Muster deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hat Sönke Neitzel gerade erst am Beispiel des Syrien-Konflikts nachgezeichnet.

beschränken, wo andere kämpfen. Wir müssen stärker und öfter bereit sein, selbst einen Beitrag zu leisten und Risiken auf uns zu nehmen.

„Unterstützungsbekundungen für eine internationale Mission gefolgt von Wegducken bei der Frage nach aktiver deutscher Hilfe“ – dieses Muster deutscher Außen- und Sicherheitspolitik hat Sönke Neitzel gerade erst am Beispiel des Syrien-Konflikts nachgezeichnet. Nicht nur das, was wir tun, hat Folgen, sondern auch das, was wir nicht tun. Auch militärpolitische Zurückhaltung kann einen moralischen Preis haben – und zudem Fragen nach der deutschen Verlässlichkeit bei unseren Verbündeten aufwerfen.

Sollte sich die Bundesrepublik vielleicht besser mit aller Konsequenz zu ihrer Rolle als Zivilmacht bekennen und die Bundeswehr auf Sanitätsdienst, Logistik und Cybersicherheit ausrichten? In diesen Vorschlag mündet Sönke Neitzels pessimistische Bestandsaufnahme. Das ist vermutlich nicht ganz ernst gemeint, jedenfalls kann das keine ernsthafte Alternative sein. Nicht für unsere Bündnispartner, vor allem aber nicht für uns selbst. Dafür ist unser politisches und ökonomisches Gewicht zu hoch – und dafür ist unsere Abhängigkeit von der vernetzten Welt, von einer regelgebunden internationalen Ordnung zu groß. Die Bundeswehr wird gebraucht – nicht nur für Hilfseinsätze in pandemischen Notlagen.

Richtig ist, dass wir darüber diskutieren müssen, wie wir unsere politischen Ziele mit unseren militärischen Möglichkeiten zur Deckung bringen. Dazu gehört, einer breiteren Öffentlichkeit bewusst zu machen, dass unsere Fähigkeit zu einer aktiven Sicherheits- und Verteidigungspolitik eng mit der Frage zusammenhängt, ob und wie wir unsere Art zu leben künftig behaupten können. Das ist eine Kommunikations- und Führungsaufgabe, die der Politik niemand abnehmen kann und bei der sie mehr leisten kann und leisten muss.

Richtig ist auch, dass manches nicht so schnell vorangeht, wie es nötig wäre. Wir sollten mit einer gemeinsamen europäischen Verteidigung natürlich längst viel weiter sein, als wir sind. Zumal die Vorteile einer europäischen Armee auch für die Mehrheit der Deutschen auf der Hand liegen. Es wird uns allerdings noch einiges abverlangen, hier Fortschritte zu erzielen. Denn wer eine gemeinsame europäische Verteidigung will, muss bereit sein, von den eigenen, althergebrachten Positionen ein Stück weit abzurücken, etwa beim Thema Rüstungsexporte oder beim Parlamentsvorbehalt. Immerhin: Nach Jahrzehnten des Stillstands geht es vorwärts in Europa, wenn auch langsam, zäh und nicht ohne Hindernisse. Beharrlicher Optimismus bleibt für einen Politiker aber, was die unbestechliche, sachliche Analyse für den Wissenschaftler vom Schlage Sönke Neitzels ist: unverzichtbar.



Dr. Wolfgang Schäuble
ist Präsident des Deutschen Bundestages in Berlin.

Bruce Willis & die sprechenden Kühlschränke

Schutz durch die Europäische Union vor Cyberangriffen

von Manuel Kellerbauer, Luigi Malferrari und Moritz Thörner

In dem Actionklassiker „Stirb Langsam 4.0“ aus dem Jahr 2007 klang alles noch wie düstere Zukunftsmusik: Eine Gruppe von Hackern attackiert die zentralen digitalen Netzwerke der USA und stürzt die gesamte Infrastruktur des Landes ins Chaos. Nur Bruce Willis kann den Bösewichten in letzter Sekunde das Handwerk legen. Heute sind solche Szenarien nicht länger Science-Fiction. Anderthalb Jahrzehnte später ist die digitale Vernetzung so weit vorangeschritten, dass ganze Wirtschaftssektoren von moderner Kommunikations- und Informationstechnik abhängen. Dies gilt nicht nur für die Bereiche der Energie, der Finanzwelt, für Verkehrsmittel, die öffentliche Verwaltung und Krankenhäuser. Im Zeitalter von Big Data, Cloud-Computing und dem ‚Internet der Dinge‘ steht selbst ein Kühlschrank über Verhalten und Vorlieben seines Nutzers im Netz Rede und Antwort.

Natürlich bedeuten diese Entwicklungen in erster Linie Fortschritte und Vorteile. Sie führen aber auch zu einer besonderen Verletzlichkeit für neu-

artige Gefahren. Die Verbreitung von Malware zum Ausspähen persönlicher Daten, Foren im Darknet zum Waffen- und Drogenhandel, der koordinierte Einsatz von Gruppen automatisierter Schadprogramme (Bot-Netze), um IT-Systeme in die Knie zu zwingen, das computergesteuerte Streuen von Desinformation und Hate-Speech in den sozialen Medien, um gesellschaftliche Gruppen zu polarisieren – all das sind die Schattenseiten der neuen digitalen Welt. Dabei verschwimmen die Grenzen zwischen on- und offline ebenso wie die zwischen einzelnen Staaten. Cyberbedrohungen nehmen auf Landesgrenzen keine Rücksicht und stellen damit die klassische Trennung von innerer und äußerer Sicherheit infrage. Ein Blick in die Nachrichten verdeutlicht die Gefahr, die heutzutage von virtuellen Attacken ausgeht. Kaum einem werden die Berichte über das Hacking von Rechnern im Deutschen Bundestag, den Diebstahl persönlicher Daten bei Facebook und die Cyberattacke auf die EU-Arzneimittelbehörde Ema entgangen sein, die darauf abzielte, in den Besitz vertraulicher

Impfstoffdaten zu gelangen. Zuletzt trafen Hacker eine der größten Pipelines der USA, mit der Folge, dass Teile des Landes von der Treibstoffzufuhr



↑ Bruce Willis in dem Film „Stirb Langsam 4.0“ als New Yorker Polizist John McClane.

abgeschnitten wurden. Andere und von chinesischem Gebiet ausgehende Cyberangriffe konnten das System vom Microsoft Exchange Server stören und so die Sicherheit tausender Computer und Netze weltweit beeinträchtigen. Diese Entwicklungen stellen die Europäische Union vor gewaltige Herausforderungen, schließlich sind ihre Mitgliedstaaten durch einen zunehmend digitalisierten Binnenmarkt besonders



eng miteinander vernetzt. Störungen in einem Teil der EU können beträchtliche Folgen in anderen Mitgliedstaaten zeitigen. Eine Cyberschwachstelle – sei es bei einer Regulierungsbehörde in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Unternehmen, das in mehreren Mitgliedstaaten tätig ist – bedeutet ein potenzielles Risiko für die Wirtschaft, die Bürger und die öffentliche Verwaltung in allen EU-Staaten. Was also tut die EU, um sich und ihre Mitgliedstaaten vor den Gefahren des Cyberspace zu schützen?

Stärkung der Cybersicherheit durch die EU

Die enge Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in der Europäischen Union ermöglicht es, Kräfte zu bündeln, gemeinsame Strategien zu entwickeln und bewährte Ansätze grenzüberschreitend nutzbar zu machen. Früh hat die EU diese Chancen genutzt, um Cybersicherheit zu gewährleisten. Das bislang Erreichte lässt sich in vier Felder unterteilen: Stärkung der Abwehrfähigkeit, Kampf gegen die Cyberkriminalität, sowie Cyberver-

teidigung gegenüber Drittländern und Cyberdiplomatie.

Maßnahmen zur Stärkung der Abwehrfähigkeit gegen Cyberattacken zielen vor allem darauf, die Widerstandskraft von IT-Systemen zu erhöhen und das Funktionieren des europäischen Binnenmarktes zu garantieren. Die 2016 verabschiedete Netz- und Informationssysteme-(NIS)-Richtlinie¹ und die Verordnung über die Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit² (ENISA) treffen Vorkehrungen, um ein hohes gemeinsames Sicherheitsniveau von IT-Systemen in der gesamten EU zu gewährleisten und Betreiber kritischer Infrastruktur und digitaler Dienste dazu anzuhalten, Mindestsicherheitsstandards zu beachten. Im Dezember 2020 hat die EU-Kommission einen Vorschlag zur Modernisierung und zum Ausbau der NIS-Richtlinie eingereicht. Ein Netzwerk von Computer-Notfallteams (CSIRTs-Netzwerk – Computer Security Incident Response Teams Network) steht schon heute bereit, wenn Sicherheitsvorfälle nationaler Bedeutung eintreten. Mit dieser Vernetzung

und Koordinierung soll verhindert werden, dass Cyber-Angriffe wie die auf die US-amerikanische Treibstoffversorgung zu gesamteuropäischen Konsequenzen führen. Denn für das Ausmaß der Störung in den USA wurde auch ein Problem beim Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden verantwortlich gemacht. Eine Schlüsselrolle für die Abwehrbereitschaft gegen Cyberattacken spielt die 2004 gegründete und erst jüngst wesentlich gestärkte Agentur der Europäischen Union für Cybersicherheit (ENISA). Sie hat ihren Hauptsitz in Griechenland und unterstützt die Mitgliedstaaten und EU-Organe bei der Verbesserung der Cybersicherheit. Dazu organisiert sie u. a. alle zwei Jahre großangelegte europaweite Übungen für den Ernstfall. 2018 wurde beispielsweise mittels 600 Einzelangriffen und Störfällen ein Szenario des Angriffs extremistischer Gruppen simuliert, um besser vorbereitet zu sein, wenn radikale Organisationen soziale Medien nutzen mit dem Ziel, die Gesellschaft zu polarisieren und Anhänger zu rekrutieren.

¹ Richtlinie (EU) 2016/1148.

² Verordnung (EU) 2019/881.

Dazu waren zahlreiche Daten und Informationen in fiktiven Blogs, Foren, Online-Magazinen und Servern abgelegt, wurden Tausende Social-Media-Profile generiert und ein News-Channel mit Hunderten Nachrichtenmeldungen simuliert. Journalisten von Live-Medien erzeugten zusätzlichen Druck, indem sie die Teilnehmenden mit Anfragen überhäuften. Insgesamt haben rund 900 Wissenschaftler, Militärangehörige, Regierungs- und Verwaltungsbeamte, IT- und Kommunikationsunternehmen sowie Mitarbeitende des Luftfahrtsektors aus ganz Europa an der Übung teilgenommen. Neben diesen Maßnahmen gelten zudem besondere Sicherheitsvorkehrungen im europäischen Finanzsektor. Das EU-Programm „Digitales Europa“ unterstützt die Finanzierung der Cybersicherheit im digitalen Wandel.³

Zur Bekämpfung der Cyberkriminalität hat die EU im Jahr 2013 die Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme⁴ erlassen. Sie sorgt unter anderem dafür, dass bei Angriffen auf Informations-

Zur Bekämpfung der Cyberkriminalität hat die EU im Jahr 2013 die Richtlinie über Angriffe auf Informationssysteme erlassen.

systeme in allen Mitgliedstaaten hinreichend wirksame Strafen drohen. Eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität kommt auch der europäischen Polizeibehörde Europol zu. Erst kürzlich ist es dank ihrer Mithilfe gelungen, eines der größten Botnets der Welt unschädlich zu machen, das unter dem Namen EMOTET bekannt wurde. Nachdem EMOTET im Jahr 2014 erstmals als eingeschleustes Schadprogramm beim Online-Banking von sich hören ließ, entwickelte es sich zügig zu einem professionellen Werkzeug für Cyber-



↑ Das von der ENISA der EU geförderte CSIRTs (Computersicherheits-Ereignis- und Reaktions-teams)-Netzwerk ist eine Gruppe von EDV-Sicherheitsfachleuten, die bei der Lösung von konkreten grenzüberschreitenden IT-Sicherheitsvorfällen als Koordinator mitwirkt bzw. sich ganz allgemein mit Computersicherheit befasst. Quelle: csirtsnetwork.eu

kriminelle. Automatisiert versendete E-Mails, oftmals vermeintliche Rechnungen oder dringliche Auskunftersuchen, verleiteten den Empfänger dazu, EMOTET-Malware auf seinem Computer installieren zu lassen. Bestand erst einmal die verdeckte Verbindung zu einem Rechner, wurde der Zugang an andere kriminelle Gruppen verkauft, die mit Datenraub und Erpressung ihr weiteres Unwesen trieben. Bei jedem Zugriff änderte die Malware von selbst ihren Code und entging dadurch vielen

darstellen. Der Beschluss ermöglicht es erstmals, die Urheber von Cyberattacken mit Sanktionen zu belegen. So können Einreiseverbote ausgesprochen und Vermögen eingefroren werden. Solche Sanktionen⁶ hat die EU im letzten Jahr etwa gegen chinesische Staatsbürger verhängt, die an der „Operation Cloud Hopper“ beteiligt waren. Die von ihnen eingesetzte Malware hat IT-Netze von internationalen Unternehmen auf mehreren Kontinenten, u. a. Europa, angegriffen und dabei erhebliche wirtschaftliche Schäden angerichtet. Weitere EU-Sanktionen⁷ trafen Personen, die das Netzwerk der Internationalen Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) in den Niederlanden attackiert haben – anscheinend im Auftrag der russischen Regierung.

Abgestimmtes Vorgehen

Um die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Drittstaaten im Bereich Cybersicherheit zu verbessern (Cyberdiplomatie), hat die EU im Jahr 2017 eine „Cyber Diplomacy Toolbox“⁸ vorgestellt, die als Werkzeuge Prävention, Kooperation, Stabilität, restriktive Maßnahmen und Unterstützung der Mitgliedstaaten in Krisensituationen bereithält. Damit soll unter anderem ein transparentes und im Vorfeld abgestimmtes Vorgehen dazu dienen, das gegenseitige Vertrauen im Dialog mit anderen Staaten zu

Virenschnern. Erst im Zuge einer Zusammenarbeit zwischen Europol und Polizeibehörden vieler Länder gelang es, die hochkomplexe Infrastruktur von EMOTET zu knacken und von innen lahm zu legen.

Zum Zweck der Cyberverteidigung gegenüber Aktivitäten aus Drittländern hat die EU jüngst einen Beschluss über restriktive Maßnahmen gegen Cyberangriffe⁵ verabschiedet. Dabei geht es um Cyberangriffe mit erheblichen Auswirkungen, die eine äußere Bedrohung für die EU und ihre Mitgliedstaaten

³ Verordnung (EU) 2021/694. Vgl. auch die Verordnung (EU) 2021/697 zur Zusammenarbeit mit Drittstaaten.

⁴ Richtlinie 2013/40/EU.

⁵ Ratsbeschluss (GASP) 2019/797.

⁶ Durchführungsverordnung (EU) 2020/1125, Anhang, A.1–2.

⁷ Ebd., Anhang A.3–6.

⁸ Ratsdokumente 9916/17 und 13007/17.

stärken, Verständnis für die Maßnahmen der EU zu schaffen und Drittstaaten in die Lage zu versetzen, ihre eigene effektive Cyberabwehr aufzubauen. EU-Mitgliedstaaten können bei Angriffen auf ihren Cyberraum auch auf einen Solidaritäts- und Beistandsmechanismus zurückgreifen, der in den EU-Verträgen verankert ist. Im Falle eines bewaffneten Angriffs auf das Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaates schulden die anderen Mitgliedstaaten ihm dann alle in ihrer Macht stehende Hilfe. Diese Verpflichtung zur Hilfe in der Not kann auch bei schweren digitalen Terroranschlägen geboten sein, die in ihrer Wirkung bewaffneten Angriffen entsprechen.

Mit dem Schutz der Sicherheit im Cyberraum sind mittlerweile zahlreiche Stellen der EU befasst. Neben Europol, der ENISA und dem CSIRTs-Netzwerk ist die Einrichtung des Kompetenzzentrums und des Netzes für Cybersicherheit beabsichtigt. Die EU-Organe und -Agenturen haben ein Computer-Notfallreaktionsteam (Computer Emergency Response Team – CERT-EU) eingesetzt, um auf Cybervorfälle bei EU-Behörden zu reagieren. Im Bereich von äußeren Bedrohungen und der Verteidigung sind der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und die Europäische Verteidigungsagentur (EDA), die auch die Bundeswehr bei der Entwicklung ihrer militärischen Ressourcen unterstützt, zuständig. Geplant ist gegenwärtig im Rahmen einer „ständigen strukturier-

ten Zusammenarbeit“ zwischen einigen Mitgliedstaaten zudem der Einsatz von Cyber-Schnellreaktionsteams (Cyber Rapid Response Teams).

Wie geht es weiter?

Die vermehrten Cyberattacken während der Corona-Krise haben eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig es für die EU ist, sich und ihre Mitgliedstaaten wirksam zu schützen. Ziel der jüngsten EU-Cyberstrategie ist ein hohes Schutzniveau in einem globalen und offenen Internet, das die Grundrechte aller Menschen und zugleich die europäischen Wertevorstellungen und Wirtschaftsinteressen schützt. Um die Widerstandsfähigkeit europäischer IT-Systeme weiter zu stärken, soll ein Netz von Sicherheitszentren mithilfe von künstlicher Intelligenz aufgebaut werden, das die gesamte EU umspannt. Dies soll als starkes Cybersicherheitschutzschild dienen, das Cyberangriffe frühzeitig erkennt und abwehrt, bevor es zu Schäden kommt. Zugleich ist geplant, dass eine gemeinsame „Cyber Unit“ die Zusammenarbeit zwischen EU-Institutionen, Agenturen und den Behörden der Mitgliedstaaten weiter stärkt.

Die rasende Entwicklung im Cyberraum erlaubt der EU keine Verschnaufpause. Jährlich erweitert der technische Fortschritt die Leistungsfähigkeit und Struktur des globalen Netzes. Die 5G-Technologie verspricht noch umfassendere Netzabdeckung mit einer nie dagewesenen Bandbreite – und schafft zugleich neue Angriffsflächen. Soziale Medien und die Echokammern ihrer Algorithmen lassen sich immer effektiver für Desinformationskampagnen nutzen, die Hass sähen, Gesellschaften spalten und den Ausgang politischer Wahlen mitbestimmen können. Kriminelle, Extremisten und der westlichen Welt wenig wohlgesonnene Länder werden versuchen, die im technischen Fortschritt entstehenden „Schlupflöcher“ auch in Zukunft für ihre Zwecke zu nutzen. Es

ist daher unumgänglich, mit der technischen Entwicklung Schritt zu halten, ohne durch einen regulatorischen „Overkill“ den Nutzen der neuen Technologien übermäßig zu beschneiden. Wird die EU dabei zugleich ihrem Anspruch gerecht, in punkto Rechtsstaatlichkeit, Grundrechts- und Datenschutz keinerlei Abstriche zu machen, so kann sie ihre derzeitige Rolle als Vorreiterin bei der Bestimmung der internationalen Regeln für den Cyberraum weiter festigen. Bruce Willis ist dann hoffentlich bis auf Weiteres beim Kampf gegen Cyberattacken entbehrlich, zumindest auf dem europäischen Kontinent. Entscheidend bleibt dazu das Zusammenwirken von EU und Mitgliedstaaten.



Dr. Manuel Kellerbauer

ist Rechtsberater im juristischen Dienst der Europäischen Kommission und lehrt das Recht der Europäischen Union an Universitäten in Würzburg, Saarbrücken und Lyon.



Dr. Luigi Malferrari

ist Mitglied des juristischen Dienstes der Europäischen Kommission und Lehrbeauftragter an den Universitäten des Saarlands in Saarbrücken und Robert Schuman in Straßburg.



Moritz Thörner

war Referendar im Juristischen Dienst der Europäischen Kommission und hat zum europäischen Schutz vor modernen Sicherheitsbedrohungen promoviert.

In diesem Artikel geben die Autoren ihre persönliche Auffassung wieder.



↑ Eine Cyber-Expertin im Zentrum für Cybersicherheit der Bundeswehr. (tinyurl.com/ZCSBW)



Barkhane

Frankreichs gefährliche
Mission in Mali

Einst galt das westafrikanische Binnenland Mali als liberale Vorzeigedemokratie in einem Umfeld von Krisenstaaten. Der Arabische Frühling, vor allem der Sturz des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi vor zehn Jahren, hat Mali allerdings zu einem beinahe gescheiterten Staat werden lassen. Seit 2013 engagiert sich die Bundeswehr an der Seite Frankreichs in Mali – die Bilanz bis heute fällt bescheiden aus.

von Harald Stutte

Es war der bis dahin schwerste Anschlag auf die Bundeswehr seit Beginn des militärischen Engagements in Mali im Jahr 2013: Am 25. Juni 2021 um 6 Uhr 28 Ortszeit sprengte sich ein Selbstmordattentäter in seinem Fahrzeug in die Luft. Sein Ziel: Rund hundert deutsche, belgische und irische Soldatinnen und Soldaten einer Patrouille, die rund 160 Kilometer nördlich von Gao neben der Main Supply Route ZEBRA ihr gesichertes Nachtlager aufgeschlagen hatten. Dabei hatten sie die rund zwei Dutzend Fahrzeuge in zwei Sicherungsringen aufgestellt. Der Attentäter war zunächst auf der nahen Piste parallel zum Lager gefahren, ist dann plötzlich abgebogen, auf das Nachtlager zugerast und setzte zwischen dem ersten und dem zweiten Ring seinen Plan um. Mit verheerender Auswirkung: Zwölf deutsche und ein belgischer Soldat wurden verwundet, drei von ihnen schwer. Wenige Tage später bekannte sich die islamistische Terrorgruppe „Jamaat at Nusrat al Islam wa-l-Muslimin“ (JNIM) zu dem Selbstmordanschlag.

In Mali gibt es derzeit drei militärische Operationen: Die VN-Mission MINUSMA (Mission multidimensionnelle intégrée des Nations Unies pour la stabilisation au Mali), die Trainings-

mission EUTM der Europäischen Union und die französisch geführte Operation „Barkhane“. Deutschland beteiligt sich mit bis zu 600 Soldatinnen und Soldaten an EUTM, das deutsche Kontingent MINUSMA umfasst bis zu 1.100 Soldaten. Ihnen galt der jüngste Anschlag. An „Barkhane“ ist Deutschland nicht beteiligt. Der Bundesregierung geht es in Mali im Kern darum, an der Seite Frankreichs den Vormarsch von Islamisten in der Sahelzone zu stoppen.

JMIN ist im Norden Malis seit Jahren aktiv. Die Terrorgruppe ist ein 2017 gegründeter Zusammenschluss aus regionalen Dschihadisten und Kämpfern des nordafrikanischen al-Qaida-Ablegers AQIM (Al Qarda im Islamischen Maghreb). Die Gruppe unterhält Kontakte zur somalischen Terrormiliz al-Shabaab. Im Norden des Krisenstaates sowie den Nachbarländern im Sahel sind etliche bewaffnete Gruppen aktiv. Erst jüngst belegten die USA den Anführer der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) in Mali, Ousmane Illiassou Djibo, genannt Petit Chapori, mit Sanktionen. Djibo sei eine

Schlüsselfigur der örtlichen IS-Führungsriege, erklärte das US-Außenministerium in Washington.

Vielfältige Ursachen

Wie kam es dazu, dass Teile Malis sowie der Nachbarstaaten Niger, Tschad sowie Algeriens und Libyens, ein Gebiet von der Größe Mitteleuropas, zum Aufmarschgebiet von Islamisten werden konnten?

In den 1980er-Jahren war Mali bekannt als ein

Land der Lebensfreude und

ein beliebtes Ziel für Westeuropäer, die die Sahara durchquert hatten. Wer die letzte algerische Stadt Reggane hinter sich lassend die Zentralsahara auf der berühmten Tanezrouftpiste durchquert hatte, der konnte sich nach 600 Kilometern Sandpiste im malischen Tessalit über das erste eiskalte „Bambi Bière“ freuen, das in einem der zahllosen Shops verkauft wurde. Dazu dudelten aus Kofferradios die Hits der malischen Superstars Ali Farka Touré oder Salif Keita. Mali hatte den Ruf eines zwar islamisch geprägten, aber ausgesprochen weltoffenen Landes.



Allerdings konnte dies nie über die große politische und kulturelle Kluft zwischen den im Süden des Landes lebenden Menschen, die vor allem den Völkern der Mande und Bambara angehören, und der im Norden lebenden Tuareg- und Berber-Minderheit hinwegtäuschen.

Bestrebungen, den nur dünn und mehrheitlich von einst nomadisierenden Tuareg besiedelten Nordosten des Landes, mehr als doppelt so groß wie Deutschland, abzuspalten, gab es schon früher. Doch autoritäre Herrscher wie Langzeitpräsident Moussa Traoré haben das stets brutal zu unterdrücken vermocht. Tatsächlich war die arabischsprachige Bevölkerung des Nordens in Politik und Wirtschaft des Landes nie wirklich präsent und fühlte sich von den politischen Eliten in der Hauptstadt Bamako ausgegrenzt.

Der Funke, der dann auf das malische System übersprang und es einstürzen ließ, wurde von außen ins Land getragen. Libyens Herrscher Muammar al-Gaddafi, Führer eines Flächenstaates, der von lediglich 6,5 Millionen Menschen bewohnt ist, dachte stets grenzübergreifend. Er hegte panafrikanische Visionen, die er auch militärisch umsetzte, indem er zum Beispiel Rebellengruppen im Tschad

mit Petro-Dollar unterstützte oder Einwanderer für seine „Islamische Legion“ rekrutierte – gedacht als panafrikanische Elite-Armee. Der Sturz Gaddafis im September 2011 und die Auflösung seines mit dem Ölreichtum finanzierten hochgerüsteten Waffenarsenals lösten dann Eruptionen aus, die für die Nachbarstaaten nicht folgenlos blieben.

Ideologisch munitioniert und personell durch Dschihadisten der Region unterstützt, wagten Tuareg-Rebellen 2012 im Norden Malis den Aufstand. Er begann am 17. Januar 2012 mit dem Angriff auf den Ort Menaka im äußersten Osten des Landes nahe der Grenze zum Niger. Allerdings handelte es sich dabei nur vordergründig um den alten Konflikt zwischen der Zentralregierung in Bamako und den Tuareg, beziehungsweise ihrer Nationalen Bewegung für die Befreiung Azwads (MNLA). In Wahrheit bildeten jedoch kampferprobte und mit schweren Waffen aufgerüstete libysche Söldner die Hauptstreitmacht der Separatisten, die Unterstützung von dschihadistischen Terrorgruppen wie Ansar Dine, Bewegung für Einheit und Dschihad in Westafrika (MUJAO), sowie von „al-Qaida im Islamischen Maghreb“ (AQIM) erhielten. Malis Armee, bei der arabischsprachigen Bevölkerung im Norden verhasst und zudem militärisch schwach, gab schnell riesige Landstriche preis.

Der alte Traum von der Gründung Azawads, eines von Tuareg und Berbern besiedelten Saharastaates, schien nun zum Greifen nahe. Das Chaos in Mali erreichte seinen Höhepunkt, als am 21. März 2012 die malischen Streitkräfte unter Führung des Hauptmanns Amadou Sanogo die Macht übernahmen, weil sie Präsident Amadou Toumani

Touré der Unfähigkeit im Kampf gegen die Aufständigen bezichtigten. Die Leichtigkeit, mit der Putschisten Präsident Touré absetzten, verdeutlichte einmal mehr, wie wenig gesellschaftlichen Rückhalt die malischen Institutionen besaßen. Malis internationale Partner, allen voran die Europäer, hatten zu diesem Zustand beigetragen. Sie hatten in der Vergangenheit am Mythos von Mali als Vorzeigedemokratie der Region festgehalten und bereitwillig über Korruption, kriminelle Verstrickungen und die Mobilisierung von Milizen durch Touré hinweggesehen.

Eroberung Timbuktus

Das Land zerfiel binnen Wochen. Doch erst die Bilder islamistischer Eiferer, die im April 2012 mit Spitzhacken und auf Bulldozern historische Gebäude und Grabmäler in der legendären Oasenstadt Timbuktu zerstörten, sorgten dafür, dass die desolate Situation in den westlichen Medien eine größere Beachtung fand. Mit der Eroberung



→
Soldaten der französischen Militäroperation „Barkhane“ auf Patrouille auf dem Markt von Gao in Nordmali.



↑ Belgische und niederländische Soldaten der UN-Mission MINUSMA führen 2018 eine multinationale Rettungsübung im Raum Gao/Mali durch.

Timbuktu war Azawad endgültig unter Kontrolle der Tuareg, am 6. April rief die MNLA einseitig die Unabhängigkeit aus.

Die erhoffte Anerkennung durch andere Staaten blieb jedoch aus. Die Nachbarstaaten kündigten an, die Eigenständigkeit des Azawad auch künftig nicht anzuerkennen. Letztendlich zerbrach die Allianz von MNLA und islamistischer Ansar Dine am 8. Juni an der Weigerung der säkularen MNLA, die Scharia anzuerkennen. Daraufhin vertrieben die Islamisten die MNLA aus den Städten, um dort die Scharia durchzusetzen. Anfang 2013 rückten die islamistischen Rebellen auf die im Süden gelegene Hauptstadt Bamako vor. Nachdem die malische Regierung um Hilfe gebeten hatte, war nun auch die ehemalige Kolonialmacht Frankreich unter dem seinerzeit neuen Präsidenten François Hollande bereit, zu intervenieren.

Die am 11. Januar 2013 entsandten französischen Streitkräfte drängten die Dschihadisten mit der Operation „Serval“, benannt nach einer kleinen, in der Wüste lebenden Raubkatze, in den Untergrund. Es war der Auftakt eines gewaltigen internationalen Engagements. Die Vereinten Nationen schufen mit 12.000 Blauhelmen die Stabilisie-

rungsmission MINUSMA. Die EU fing an, im Rahmen ihrer Operation EUTM die malischen Streitkräfte auszubilden. Ende 2013 kam mit der Operation Sangaris in der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) eine weitere Intervention in einer ehemaligen französischen Kolonie hinzu.

Frankreichs Intervention im Januar 2013 geschah zunächst widerwillig

Französischer Mut zum Risiko kollidierte mit deutscher Zurückhaltung.

und nach langem Zögern. Paris ließ viel Zeit verstreichen, erhoffte man sich doch zunächst eine militärische Führungsrolle westafrikanischer Staaten. Doch die Vorbereitungen für eine afrikanisch angeführte Intervention verliefen eher schleppend, so dass sich Paris angesichts des Vorrückens dschihadistischer Gruppen genötigt sah, auf Bitten des malischen Präsidenten zu handeln.

Solidarität mit Frankreich

Paris warb sowohl in den Vereinten Nationen als auch in Europa für eine

„Lastenteilung“ in der Afrikapolitik, besonders unter Präsident Hollandes Nachfolger Emmanuel Macron. „Damit möchte Macron auch beweisen, dass die Françafrique, das heißt die Interessenverquickung zwischen französischen Politikern und Großunternehmen sowie afrikanischen Autokraten, der Vergangenheit angehört“, schreibt Dr. Wolfram Lacher, Afrika-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP). „Für die Bundesregierung kam die Einrichtung der EUTM Mali wie gerufen, denn sie suchte zu diesem Zeitpunkt schon nach Möglichkeiten, ihr Konzept der ‚Ertüchtigung‘, im Sinne des Aufbaus von Fähigkeiten in den lokalen Streitkräften, umzusetzen. Deutschland stellte eines der größten Kontingente in der EUTM Mali. Das lag daran, dass es im europäischen Rahmen Solidarität mit Frankreich zeigen musste“, so Lacher weiter. Der Afrika-Experte kritisiert jedoch, dass Berlin keine eigenen strategischen Interessen definiert habe, vielmehr „dominieren eine äußerste Risikoaversion und eine

Verhaftung in multilateralen Formaten, um gleichzeitig die Bündnispartner und den Bundestag zufriedenzustellen“.

Am 1. August 2014 löste die Operation „Barkhane“, benannt nach den in der Sahara typischen Sicheldünen, die Operation „Serval“ ab. Frankreichs Engagement beschränkte sich nicht mehr nur auf Mali, sondern jetzt auf den ganzen Sahel. Für die grenzüberschreitende Offensive wurden zunächst 4.500 Soldaten auf Standorte in Mali, in der Region des Tschad-Sees, im Niger, der Elfenbeinküste und



↑ Französische Soldaten der Operation „Barkhane“, die am 1. August 2014 im Sahel aus der Operation „Serval“ hervorgegangen ist.

Für die grenzüberschreitende Offensive wurden zunächst 4.500 Soldaten auf Standorte in Mali, in der Region des Tschad-Sees, im Niger, der Elfenbeinküste und Burkina Faso verteilt.

Burkina Faso verteilt. Die französische Strategie bestand darin, die Dschihadisten zu schwächen, vor allem aber einheimische Truppen auszubilden, damit diese dann selbst für die Sicherheit ihrer Länder sorgen können. 2015 einigten sich die Tuareg in Mali mit der Regierung auf einen Friedensplan.

Der deutsche Beitrag für die VN-Mission MINUSMA blieb zunächst begrenzt. Erst Ende 2015 beschloss die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, dieses Engagement auf bis zu 1.100 Soldaten beträchtlich auszuweiten. Ausschlaggebend dafür war die Ambition, politisch sichtbar zusätzliche Verantwortung in einer VN-Mission zu übernehmen, um die deutsche Bewerbung für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat zu untermauern, mutmaßt Wolfram Lacher.

Als ehemalige Kolonialmacht blieb Frankreich zwar maßgeblich die treibende Kraft beim Schutz der von Islamisten bedrohten Staaten. Seinen deutlichsten Ausdruck fand das in der am 16. Februar 2014 gegründeten „G5 Sahel“, einer regionalen Allianz, die sich der Armutsbekämpfung, dem Infrastrukturausbau, der wirtschaftliche Entwicklung aber auch der Sicherheit widmet, Sitz ist seit 19. Dezember

2014 Mauretaniens Hauptstadt Nouakchott. Dem Bündnis gelingt eine Serie von taktischen Siegen über die Dschihadisten. Doch der Preis, den Paris mit der aktuell auf 5.100 französische Soldaten angewachsenen Operation „Barkhane“ zahlt, ist hoch.

Prekäre Lage

Allein 2020 kostete die Operation „Barkhane“ Frankreich eine Milliarde Euro. Seit ihrer Ankunft haben die Franzosen nach Angaben eines „Barkhane“-Sprechers rund 18.000 Soldaten ausgebildet, die meisten von ihnen Malier. Anfang 2021 überschritt die Zahl getöteter französischer Soldaten die symbolische Marke von 50. Wenig später sprachen sich die Franzosen erstmals in einer Umfrage mehrheitlich gegen die Mission aus. Auch, weil die Lage in Mali trotz des internationalen Engagements von Jahr zu Jahr prekärer wird: Die Dschihadisten finanzieren sich durch Schmuggel, Entführungen und Raubzüge. Zugleich schüren sie ethnische

Konflikte, um immer größeres Chaos zu stiften. Ein Leichtes in einem Land, das angesichts des Klimawandels, rapiden Bevölkerungswachstums und fehlender Perspektiven für die Jugend auch ohne Terror in einer komplexen Krise steckt. Der Erfolg der Dschihadisten in Mali inspiriert zudem Gleichgesinnte vor allem in den Nachbarländern Burkina Faso und Niger. 2020 war das bisher tödlichste Jahr für Zivilisten im Sahel – trotz der taktischen Erfolge der Franzosen. Anfang Juni 2021 setzte Paris



↑ Eine gemeinsame Patrouille französischer Soldaten der Operation Barkhane und der Streitkräfte Malis (Forces Armées Maliennes, FAMa) der G5 Sahel im Januar 2021.

seine gemeinsamen militärischen Einsätze mit Mali nach einem Putsch zeitweise aus und forderte Garantien für den politischen Übergang. Am 10. Juni



↑ Der französische Präsident Emmanuel Macron am 2. Dezember 2019 bei der nationalen Andacht im Hof des Hôtel des Invalides für dreizehn Soldaten, die in Mali für Frankreich starben.

zog Frankreichs Präsident Macron endgültig die Reißleine – und kündigte das Ende des „Barkhane“-Einsatzes an – allerdings ohne einen konkreten Zeitplan zu nennen. Künftig müsse es eine „tiefgreifende Umgestaltung“ geben, forderte er. Es werde künftig zwei Pfeiler geben: Der Kampf gegen den Terror auch mit Partnern aus Europa und eine Kooperation mit anderen Streitkräften.

Fazit

Das französische Vorgehen in Mali sowie in der Sahel-Zone beruhte ursprünglich auf der Erwartung, man könne nach einer kurzen Offensive gegen die Dschihadisten die Aufgaben Friedenssicherung und Stabilisierung weitgehend an afrikanische und internationale Partner abgeben. Doch schon in den ersten Jahren kamen viele Beobachter zu dem Schluss, dass der von Frankreich konzipierte und von Deutschland unterstützte Ansatz in

Mali Schwächen aufwies: Präsident Hollande hatte die internationalen Partner Frankreichs mit der Intervention in Mali 2013 vor vollendete Tatsachen gestellt.

Anschließend handelte die französische Diplomatie zwar erfolgreich eine internationale Lastenteilung aus, und vor allem Präsident Macron bemühte sich dann intensiv um stärkere europäische Beteiligung. So rief er zusammen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel die Sahel-Allianz ins Leben, um die entwicklungspolitische Komponente der Bemühungen in der Region zu stärken. Aber die immer neuen Initiativen konnten die Ohnmacht Frankreichs nicht kaschieren und stießen bei den europäischen Partnern auf Zurückhaltung, auch in der Bundesregierung. Das erzeugte wiederum bei den französischen Entscheidungsträgern große Frustration. Wolfram Lacher von der SWP sieht im Mali-Engagement zwei

sich konterkarierende strategische Ansätze der Europäer: Französischer Mut zum Risiko kollidierte mit deutscher Zurückhaltung. Wenn französische Militäroperationen destabilisieren, sind zivile Stabilisierungsmaßnahmen durch Deutschland keine Hilfe, im Gegenteil, sie sind vergebens.



Harald Stutte

studierte Politikwissenschaft und Geschichte. Er arbeitet als Redakteur im Medienverlag RedaktionsNetzwerk Deutschland.

Zahlreiche seiner Texte erscheinen u.a. in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, der „Süddeutschen Zeitung“ oder in der „Welt am Sonntag“.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

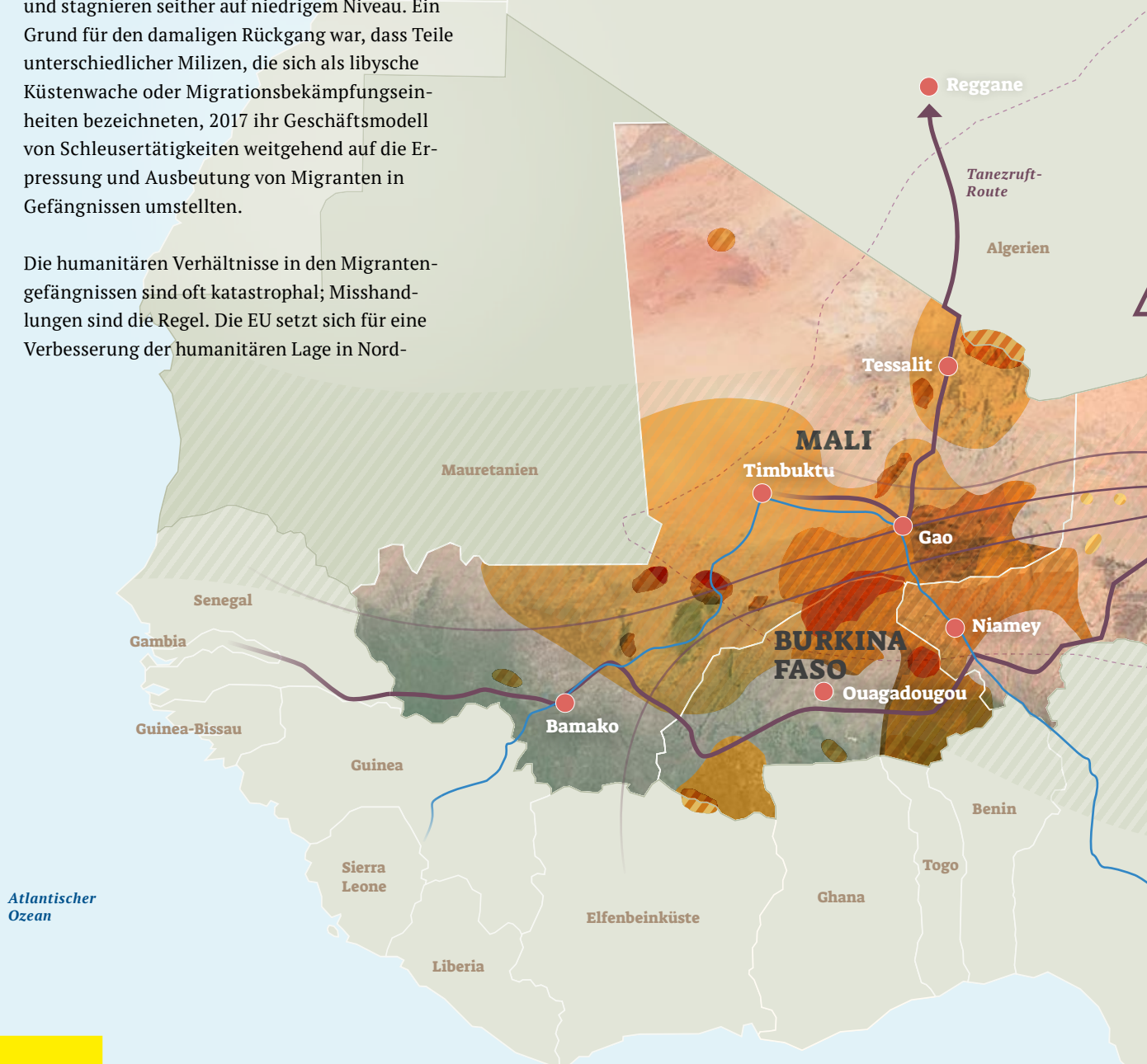
Libyen und die Sahelzone – Konflikte und Migrationsrouten

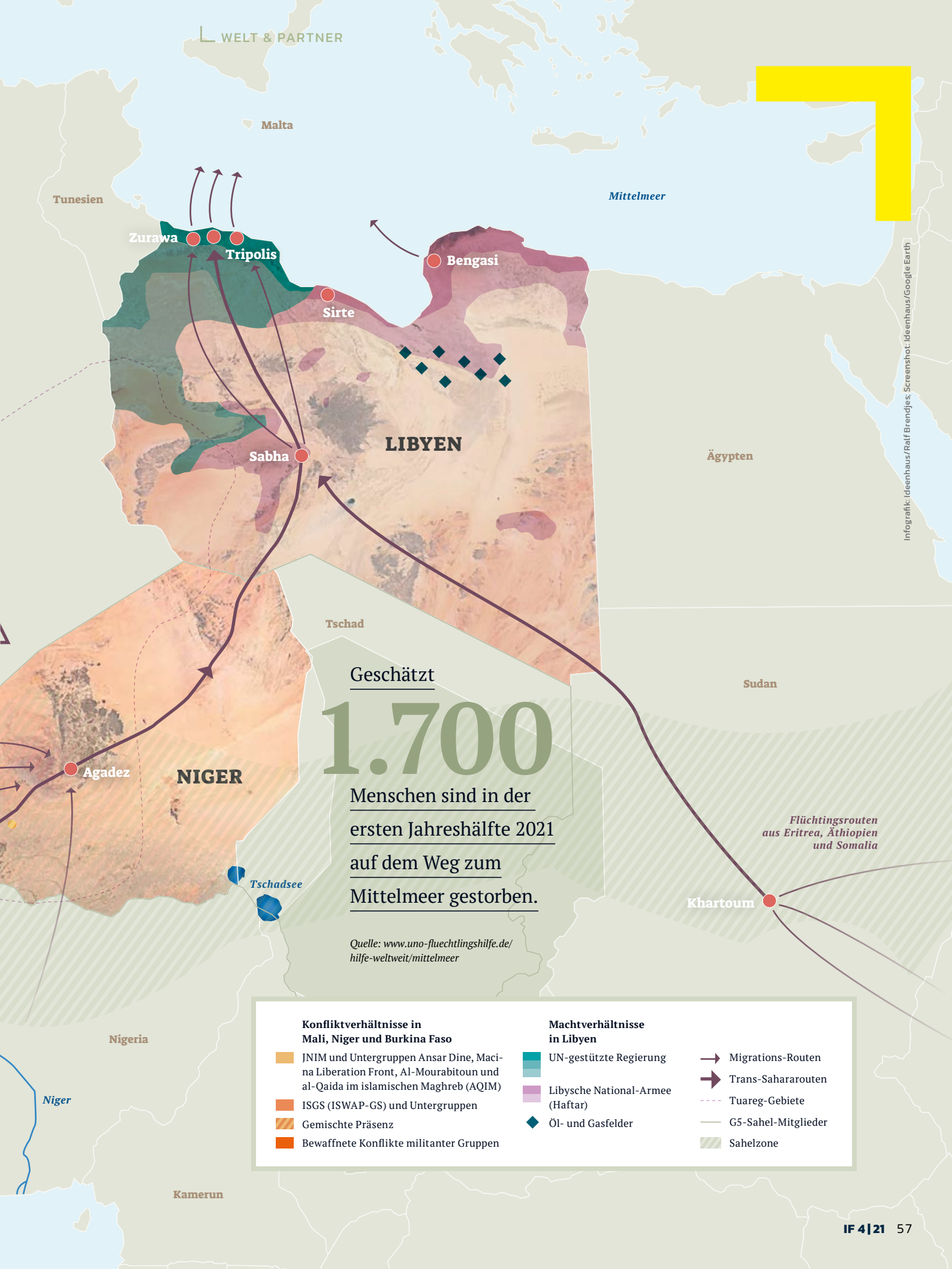
Libyen ist sowohl Zielland für Arbeitsmigranten als auch Transitland für Migranten und Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa. Nachdem die Zahlen der von der libyschen Mittelmeerküste nach Italien gekommenen Migranten 2015 und 2016 stark zunahm, gingen sie 2017 dramatisch zurück und stagnieren seither auf niedrigem Niveau. Ein Grund für den damaligen Rückgang war, dass Teile unterschiedlicher Milizen, die sich als libysche Küstenwache oder Migrationsbekämpfungseinheiten bezeichneten, 2017 ihr Geschäftsmodell von Schleusertätigkeiten weitgehend auf die Erpressung und Ausbeutung von Migranten in Gefängnissen umstellten.

Die humanitären Verhältnisse in den Migrantengefängnissen sind oft katastrophal; Misshandlungen sind die Regel. Die EU setzt sich für eine Verbesserung der humanitären Lage in Nord-

Libyen ein, darunter die Schließung von Haftzentren und Zugang zu bestehenden Haftzentren für humanitäre Helferinnen und Helfer. Europäische und italienische Behörden unterstützen die jetzige libysche Küstenwache neben Ausbildung bez. rechtsstaatlichem Verhalten und Ausstattung auch mit Informationen zum Lagebild auf See.

Im Mittelmeer vor Libyen operiert die Mission IRINI, um einen Beitrag zur Umsetzung des Waffenembargos der VN gegenüber Libyen zu leisten. Während SOPHIA vor der Küste Westlibyens operierte, von wo die Boote mit Migranten ablegen, befindet sich das Operationsgebiet von IRINI im zentralen Mittelmeer.





Infografik: Ideenhaus/Ralf Brendjes; Screenshot: Ideenhaus/Google Earth

Geschätzt
1.700
 Menschen sind in der
 ersten Jahreshälfte 2021
 auf dem Weg zum
 Mittelmeer gestorben.

Quelle: www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/mittelmeer

**Konfliktverhältnisse in
Mali, Niger und Burkina Faso**

- JNIM und Untergruppen Ansar Dine, Macina Liberation Front, Al-Mourabitoun und al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM)
- ISGS (ISWAP-GS) und Untergruppen
- Gemischte Präsenz
- Bewaffnete Konflikte militanter Gruppen

**Machtverhältnisse
in Libyen**

- UN-gestützte Regierung
- Libysche National-Armee (Haftar)
- Öl- und Gasfelder

- Migrations-Routen
- Trans-Sahararouten
- Tuareg-Gebiete
- G5-Sahel-Mitglieder
- Sahelzone

Der Konflikt in Libyen

Zehn Jahre und
kein Ende in Sicht?



↑ Migranten nach ihrer „Rettung“ vor der Küste
in Tripolis/Libyen im Mai 2016.

Mit dem Kampf um Tripolis zwischen April 2019 und Juni 2020 traten die Konflikte in Libyen in eine neue, internationalisierte Phase. Russland, die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) intervenierten und gewannen so weitreichenden Einfluss vor Ort. Seit Juni 2020 wird entlang der neuen Frontlinie im Zentrum des Landes nicht mehr gekämpft – doch die Präsenz der ausländischen Mächte hat sich verfestigt.

von Wolfram Lacher

Auch nach der Bildung einer Einheitsregierung im März 2021 ist der Kern des Konflikts ungelöst. Ein Interessensausgleich, der die konkurrierenden bewaffneten Verbände effektiv staatlicher Kontrolle unterwerfen würde, ist nicht in Sicht.

Im Dezember 2021 sollen Wahlen die Bildung einer demokratisch legitimierten Regierung herbeiführen. Doch ob die Wahlen stattfinden, ist ebenso offen wie die Frage, ob eine gewählte Regierung im Sicherheitssektor nennenswerte Fortschritte erzielen kann. Zudem sind mit den geplanten Wahlen auch Risiken einer erneuten Eskalation verbunden.

Ein Krieg ohne Ende?

Die ausländische Berichterstattung beschreibt Libyen oft verkürzt als ein Land, das sich seit dem Sturz des Gaddafi-Regimes 2011 im Bürgerkriegszustand befindet. Das ist unzutreffend. Tatsächlich hinterließen die Revolution, der Bürgerkrieg und die von der NATO geleitete Intervention von 2011 tiefe Gräben in der libyschen Gesellschaft und wirken bis heute nach. Denn mit Gaddafis Sturz zerbrach das staatliche Gewaltmonopol. Unzählige

bewaffnete Gruppen bildeten sich, die unter dem Deckmantel staatlicher Sicherheitskräfte agierten, faktisch aber keiner staatlichen Kontrolle unterstanden. Willkürliche Morde und Vertreibung während und nach dem

regen Beteiligung an den ersten freien Wahlen im Juli 2012 äußerte. Nur allmählich schaukelten sich die Konkurrenzkämpfe innerhalb der neuen Institutionen auf und verbanden sich mit vereinzelt lokalen Konflikten, die im Sicherheitsvakuum eskalierten.



↑ Libyer gesehen durch die Fahne des Königreiches Libyen nach ihrem Sieg über das Gaddafi-Regime im Bab al-Aziziyah Komplex in Tripolis 2011.

Krieg von 2011 schufen ebenso einen Nährboden für Folgekonflikte wie die politische Marginalisierung von Unterstützern des Gaddafi-Regimes in den ersten Jahren nach 2011.

Dennoch versank Libyen nach dem Sturz Gaddafis nicht unmittelbar im Chaos. Der im Oktober 2011 eingeleitete Übergangsprozess genoss zunächst breite Unterstützung, die sich in einer

Die Konflikte entwickelten sich zu einem nationalen Machtkampf, als der revoltierende General Khalifa Haftar im Mai 2014 eine Militäroffensive in Bengasi gegen revolutionäre und dschihadistische Gruppen begann. Auch die Wahlen zu einem neuen Parlament im Juni 2014 konnten die Eskalation nicht bremsen. Einen Monat später griffen die Kämpfe auf Tripolis über, wo eine von bewaffneten Gruppen aus Misrata angeführte Allianz gegen westlibysche Verbündete Haftars kämpfte. Damit

brach der zweite Bürgerkrieg aus, und der Übergangsprozess kollabierte. Zwei Regierungen und Parlamente begannen miteinander zu konkurrieren – die einen mit Sitz in Tripolis und die anderen im Osten des Landes.

Im Westen endete der zweite Bürgerkrieg Mitte 2015. In Bengasi führte Haftar dagegen weiter Krieg und errang schließlich die Kontrolle über den gesamten Osten des Landes. Unter VN-Ägide schlossen politische Vertreter Ende 2015 ein Abkommen zur Bildung einer Einheitsregierung, die allerdings die politische Spaltung nicht überwinden konnte. Das Parlament im Osten erkannte das Abkommen und die neue Regierung nicht an; die mit Haftar verbündete Regierung im Osten bestand weiter.

Die Jahre von 2016 bis 2018 waren von der langsamen, aber stetigen Expansion Haftars im Zentrum und Süden des Landes sowie von der Schwäche der Einheitsregierung in Tripolis geprägt. Letztere leistete Haftar keinen nennenswerten Widerstand. Währenddessen bereicherte sich eine Handvoll lokaler Milizen an den staatlichen Institutionen in der Hauptstadt.

Im April 2019 griff Haftar schließlich Tripolis an, um die Macht an sich zu reißen, und löste so den dritten Bürgerkrieg aus. Gegen Haftar kämpften bewaffnete Gruppen aus Städten Westlibyens, die 2011 Hochburgen der Revolutionäre gewesen waren. Militärische Unterstützung aus den VAE, russische Söldner sowie politische Rückendeckung aus Frankreich und den USA verliehen Haftar zunächst die Oberhand. Erst Ende 2019 griff die Türkei massiv zugunsten der Einheitsregierung ein. Mit türkischer Unterstützung schlugen die Verbände der Einheitsregierung Haftars Kräfte im Juni 2020 aus Westlibyen zurück. Das Kräftegleichgewicht ausländischer Mächte beendete die Gefechte an der neuen Frontlinie im

Zentrum des Landes, und im Oktober 2020 wurde unter Ägide der VN ein Waffenstillstand geschlossen. Doch dessen wichtigster Punkt, der Abzug ausländischer Kräfte, wurde bis heute nicht einmal ansatzweise umgesetzt. Türkische Militärs und Söldner der dem Kreml nahestehenden Gruppe Wagner richten sich weiterhin auf Dauer in Libyen ein. Hinzu kommen auf beiden Seiten syrische Söldner sowie auf Seiten Haftars Tausende Kämpfer aus dem sudanesischen Darfur.

↑ Zerstörte Gebäude 2019 gesehen durch ein Loch im Leuchtturm von Bengasi, der selbst stark beschädigt wurde während der Jahre des Krieges.



↑ Der Kommandeur Khalifa Haftar und seine Soldaten nehmen an Feiern zum Unabhängigkeitstag in Bengasi teil.

Der von den VN geleitete politische Prozess führte im März 2021 zur Bildung einer neuen Einheitsregierung. Anders als ihre Vorgängerin erhielt sie die Unterstützung des Parlaments im Osten; die Regierung im Osten löste sich auf. Damit hat Libyen erstmals seit Mitte 2014 wieder eine landesweit anerkannte Regierung. Doch die Zentralbank und die militärischen Befehlsstrukturen sind weiterhin zwischen Ost und West gespalten. Hinter der Fassade der Einigung ist es vor allem die Präsenz ausländischer Mächte, die das Kräftegleichgewicht wahrt und so den Ausbruch eines neuen Krieges derzeit verhindert, gleichzeitig aber die militärische Spaltung des Landes zementiert. So ähnelt die Periode seit dem Ende des dritten Bürgerkrieges eher den vorangegangenen ruhigeren Phasen des Konflikts als dem Beginn einer nachhaltigen Befriedung.

Worum geht es?

Während seit 2011 ein Bürgerkrieg auf den nächsten gefolgt ist, haben sich

nach und nach unterschiedliche Konfliktlinien überlagert. Die gegnerischen Lager entziehen sich einer klaren Kategorisierung. So standen sich in Libyen – entgegen manchen vereinfachten

Darstellungen – niemals einfach nur „Islamisten“ und deren Gegner gegenüber. Islamistische Kräfte waren in den ersten Jahren nach 2011 im revolutionären Lager stark vertreten, gewannen ihren Einfluss aber durch ihre Allianz mit Gruppen, die sich vor allem als Revolutionäre definierten, und verloren nach 2016 stark an Boden. Ausdrücklich säkulare Kräfte gab es dagegen auch unter den Gegnern des revolutionären

Lagers nicht, und Haftars Verbände rekrutieren stark unter erzkonservativen Salafisten.

Auch der Anschein eines Ost-West-Konflikts trägt. Im Osten des Landes spielten sich nach 2011 heftige Konflikte ab, und Haftars schrittweise Machtübernahme ging mit der Vertreibung zehntausender Einwohner des Ostens einher – darunter einflussreiche Geschäftsleute und Politiker sowie Angehörige bewaffneter Gruppen. Haftars Niederlage in Tripolis hat separatistischen Losungen im Osten Auftrieb gegeben, denen Haftars nationale Ambitionen jedoch Grenzen setzt. Eine Schwächung der Machtstruktur Haftars könnte sowohl Separatisten größeren Freiraum bieten als auch eine Rückkehr der Vertriebenen ermöglichen, die sich gegen die Abgrenzung zwischen Ost und West stellen würden.

Mit der wachsenden Rolle ausländischer Interventionen im Krieg um Tripolis hat die Analysebrille des Stellvertreterkonflikts an Popularität gewonnen. Zweifellos ist, dass Haftar seine

Mit türkischer Unterstützung schlugen die Verbände der Einheitsregierung Haftars Kräfte im Juni 2020 aus Westlibyen zurück.

Kontrolle über weite Teile des Landes nur mit ausländischer Hilfe aufrechterhalten kann, und dass seine Gegner ohne türkische Unterstützung einen erneuten Angriff befürchten müssten. Doch sind die libyschen Konfliktakteure keineswegs nur Werkzeuge ausländischer Mächte. Haftar hat wiederholt gezeigt, dass er sich den Plänen seiner externen Unterstützer widersetzen kann, und seine Gegner im Westen des



↑ Der Libysche Premierminister Abdul Hamid Dbeibah bei der Wiederöffnung der Straße zwischen Misrata und Sirte am 20. Juni 2021.

Landes sind zu zersplittert, um sich als verlässliche Partner für die Türkei zu eignen.

Angesichts wechselnder Allianzen sieht eine alternative Lesart die Konflikte vor allem als einen opportunistischen Kampf um die Kontrolle des Staates und seines Ölreichtums. Tatsächlich hat der Kollaps des staatlichen Gewaltmonopols der Unterschlagung staatlicher Gelder und anderen kriminellen Praktiken starken Auftrieb gegeben. Hohe Regierungsvertreter, Bürokraten, Geschäftsleute und Anführer bewaffneter Gruppen konspirieren auch über politische Gräben hinweg und bilden Klüngel, die im Raubbau an staatlichen Mitteln miteinander konkurrieren. Im Osten des Landes sind kriminelle Machenschaften wesentlich stärker zentralisiert, in den Händen Haftars und seiner engen Verwandten. Profiteuren der Kriegswirtschaft kann nicht an der Rückkehr der Staatsmacht gelegen sein.

Dennoch wäre es zu einseitig, die Konfliktakteure als einzig von Gier und Machtambitionen getrieben zu sehen. Die Konflikte besitzen eine starke Eigendynamik: Der Kollaps des staatlichen Gewaltmonopols macht die Strafverfolgung von Verbrechen unmöglich und nährt so das Verlangen

nach Rache; das Fehlen staatlicher Sicherheitskräfte macht es nötig, sich durch bewaffnete Gruppen Schutz zu verschaffen, die wiederum für andere eine Gefahr darstellen. Seit 2011 haben Kriegsverbrechen, Vertreibung und politische Marginalisierung als Folge der Konflikte Rachegelüste geschürt, die sich teils wahllos gegen Angehörige einzelner Bevölkerungsgruppen richten. Die Erfahrung interkommunaler Konflikte seit 2011 wirkt in der Bedrohungswahrnehmung von Gemeinden nach, die sich gegen als feindlich angesehene Nachbarn zu schützen suchen. Die Teilnahme der eigenen Gruppe an vorangegangenen Konflikten, die Opfer im Verwandten- und Freundeskreis forderten, wird oft lange im Nachhinein kollektiv als Kampf für die gerechte Sache wahrgenommen. Hinzu kommt das militärische Übergewicht Haftars, dem unzählige bewaffnete Gruppen in

Westlibyen gegenüberstehen. Letztere können sich nicht auf die Bildung einheitlicher Befehlsstrukturen einlassen, sofern Haftar diese dominieren würde.

Wahlen zur Konfliktlösung?

In dieser vertrackten Lage sollen nun Wahlen den Durchbruch bringen. Die im November 2020 von der VN einberufenen 75 politischen Vertreter hatten sich neben der Bildung der Einheitsregierung auch darauf geeinigt, dass im Dezember 2021 Wahlen stattfinden sollten. Die Forderung nach Wahlen genießt breite Unterstützung in der Bevölkerung, denn die Vertreter der beiden Parlamente sind aufgrund des jahrelangen politischen Stillstands verhasst. Auch westliche Regierungen unterstützen die Wahlen als einen entscheidenden Schritt zur Lösung des Konflikts. Eine demokratisch legitimierte Regierung, so die Logik, werde endlich geeinte Befehlsstrukturen schaffen und der ausländischen Militärpräsenz ein Ende setzen.

Noch ist ungewiss, ob die Wahlen stattfinden werden. Bisher gibt es weder eine verfassungsmäßige Grundlage für die Wahlen noch ein Wahlgesetz. Das bedeutet unter anderem, dass erst noch ausgehandelt werden muss, ob auch ein Präsident gewählt wird – und wenn ja, welche Befugnisse dieser hätte. Das Tauziehen um diese Frage spielt jenen Kräften in die Hände, die keine Wahlen möchten, um sich länger im Amt halten zu können – darunter Mitglieder der neuen Einheitsregierung unter

„Profiteuren der Kriegswirtschaft kann nicht an der Rückkehr der Staatsmacht gelegen sein.“



→
Libyer feiern im Februar
2014 den dritten
Geburtstag des Arabi-
schen Frühlings.

Premierminister Abdelhamid Dabeiba, aber auch Abgeordnete des Parlaments, das die rechtliche Grundlage für die Wahlen beschließen muss. Abzusehen ist jedoch, dass eine Verzögerung der Wahlen und ein Versuch der Einheitsregierung, weiter zu regieren, eine neue politische Krise heraufbeschwören würde. Zu stark ist der Druck seitens der öffentlichen Meinung und von Politikern, die in den Wahlen eine Chance sehen. Sollten die Wahlen stattfinden, sind die Aussichten dafür, dass sie zur Konfliktlösung beitragen, schlecht. Die Bedingungen für freie und faire Wahlen sind nicht gegeben – am wenigsten in Gebieten unter der Kontrolle Haftars, der mit äußerster

Härte gegen politische Gegner vorgeht. Politisch neutrale Sicherheitskräfte, die den Wahlgang glaubhaft schützen könnten, gibt es nicht. Die Medienlandschaft ist polarisiert, Desinformation und Aufhetzung sind die Regel. Sollten Präsidentschaftswahlen stattfinden, dürften die prominentesten Kandidaten einzelnen Konfliktparteien nahestehen – unter ihnen möglicherweise auch Haftar selbst. Der drohende Wahlsieg des einen Lagers würde Existenzangst unter dessen Gegnern schüren. Während sich in der gegenwärtigen Einheitsregierung Vertreter unterschiedlicher Lager die Waage halten, könnte das Wahlergebnis das derzeitige Kräftegleichgewicht

stören. Kurz: Die Wahlen selbst bergen enormes Konfliktpotenzial.

Selbst wenn die Wahlen glimpflich ablaufen und ihr Ergebnis halbwegs ausgewogen ist, so wäre damit nur begrenzter Fortschritt in der Konfliktlösung erzielt. Das Muster einer zersplitterten politischen Landschaft, in der Vertreter zahlreicher Klüngelnetzwerke um die Selbstbereicherung an staatlichen Mitteln konkurrieren, dürfte sich nach den Wahlen fortsetzen. Und auch eine gewählte Regierung wäre gezwungen, sich mit den bewaffneten Verbänden zu arrangieren, die staatliche Institutionen und die öffentliche Infrastruktur im Land kontrollieren. Erst wenn sich eine starke Koalition politischer und militärischer Kräfte bildet, die ein gemeinsames Interesse am Wiederaufbau des staatlichen Gewaltmonopols haben, besteht eine Chance darauf, die Muster zu durchbrechen, die Libyen seit 2011 prägen.



Diesen Artikel
können Sie auch
als Podcast hören.



Dr. Wolfram Lacher

arbeitet zu Konflikten in Libyen
und der Sahel-Region bei der
Stiftung Wissenschaft und Politik
(SWP) in Berlin.

Er ist Autor des Buches *Libya's
Fragmentation: Structure and
Process in Violent Conflict* (I.B.
Tauris, 2020). Seine Arbeiten be-
ruhen auf regelmäßigen Gesprä-
chen mit den Akteuren vor Ort.

In diesem Artikel gibt der Autor
seine persönliche Auffassung wieder.



U Hai

**Vor 65 Jahren: Dramatischer
Untergang eines deutschen U-Boots**

↑ U Hai auf Überwasserfahrt: Das 1944 gebaute U-Boot war ursprünglich vom Typ XXIII und wurde nach der Wiederindienststellung 1957 der Klasse 240 zugeordnet. „S 170“ bezeichnet eine NATO-Zählung.

Mit zwei vom Meeresgrund gehobenen deutschen Unterseebooten (U-Booten) aus dem Zweiten Weltkrieg beginnt die Bundesmarine 1956 U-Bootfahrer auszubilden. Eines der U-Boote ist U Hai (S 170). Rund zehn Jahre später sinkt dieses Schulschiff während einer stürmischen Überwasserfahrt vor Helgoland. 19 Männer finden den Tod. Das tragische Ereignis beschäftigt die Öffentlichkeit und die Staatsanwaltschaft noch Jahre später.

von Kai Steenbuck

Als am 9. Mai 1955 die Bundesrepublik der NATO beitrifft, sieht die NATO-Strategie vor, den neuen Bündnispartner mit vergleichsweise „kleinen“ U-Booten – von maximal 350 Tonnen Gewicht – auszustatten. Weder die USA, die bereits einen erheblichen Teil der Waffensysteme und Ausrüstung für die neue Truppe beisteuert, noch ein anderes NATO-Mitglied hat derart kleine U-Boote. Somit wird rasch klar, dass die Bundeswehr ihre künftigen U-Boote in Deutschland bauen lassen muss. Da das rund fünf Jahre dauern wird, bis dahin aber schon ein Ausbildungsbetrieb aufgenommen werden soll, wird ein überraschender Entschluss gefasst: Ein möglichst intaktes U-Boot aus dem Zweiten Weltkrieg vom Typ XXIII, ein kleineres Küsten-U-Boot, soll vom Meeresgrund gehoben und wieder flottgemacht werden.

Die Wahl fällt auf U 2365. Das U-Boot war nach mehreren Fliegerangriffen nur leicht beschädigt und bei Kriegsende von seiner Besatzung im Kattegat nördlich der dänischen Insel Anholt versenkt worden. Nur weil bis dahin niemand wusste, wo das Boot genau lag, war es noch nicht – wie viele andere U-Boote des Typs XXIII – geborgen und verschrottet worden. Erst im Juni 1956 wird das Wrack geortet

und geborgen. Nach über elf Jahren auf dem Meeresgrund ist es noch in einem erstaunlich guten Zustand. Ansporn genug, ein weiteres Boot dieser Klasse zu heben – im August 1956 wird U 2367 unweit der Schlei-Mündung geborgen.

Beide Boote werden von den Howaldtswerken in Kiel in nur rund einem Jahr seetauglich gemacht und vom Stapel gelassen. Nunmehr der Typen-Klasse 240 zugeordnet, heißt U 2365 jetzt U Hai (S 170) und U 2367 wird zu U Hecht (S 171). Indienstgestellt werden beide Boote am 15. August

1957. Zwischenzeitlich werden die beiden U-Boote unterschiedlichen Kommandos zugeordnet, u.a. auch den sogenannten Amphibischen Streitkräften, die damals unter Führung von Fregattenkapitän Otto Kretschmer stehen – der versenkten Tonnage nach der erfolgreichste U-Bootkommandant im Zweiten Weltkrieg. Am 1. August 1959 werden die U-Boote der neu aufgestellten U-Bootlehrgruppe in Neustadt in Holstein

zugeordnet. Hier erhalten bis Mitte der 1960er-Jahre nahezu alle angehenden U-Bootfahrer der Bundeswehr auf U Hai und U Hecht ihre erste Bordausbildung.

Ereignisse im September 1966

Am 12. September 1966 verlässt U Hai



↑ Die Besatzung von U Hai geht an Bord.

zusammen mit U Hecht und einem mittlerweile weiteren U-Boot, dem U 3 sowie dem Begleitschiff „Passat“ den Heimathafen. Nach dem Auslaufen stößt in Kiel der Tender „Lech“ hinzu. Ziel ist das schottische Aberdeen – eine Ausbildungsfahrt mit dem Ziel den Bündnispartner zu besuchen.

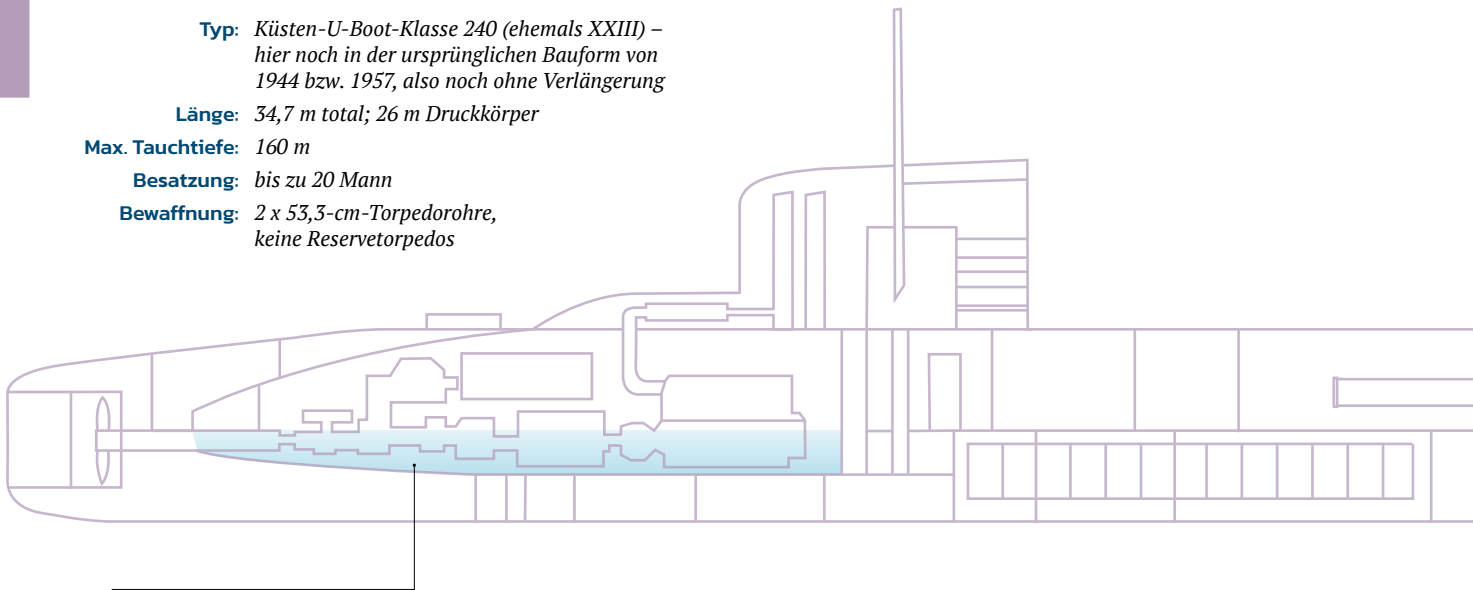
Typ: Küsten-U-Boot-Klasse 240 (ehemals XXIII) – hier noch in der ursprünglichen Bauform von 1944 bzw. 1957, also noch ohne Verlängerung

Länge: 34,7 m total; 26 m Druckkörper

Max. Tauchtiefe: 160 m

Besatzung: bis zu 20 Mann

Bewaffnung: 2 x 53,3-cm-Torpedorohre, keine Reservetorpedos



Durch einen Konstruktionsfehler hat sich in der Maschinenraum-
bilge mehr und mehr Wasser gesammelt, das über den immer
wieder überspülten Zuluftschacht unbemerkt eingedrungen ist.

Die offene Nordsee wird am 13. September erreicht. Dort teilt sich das Geschwader. U 3 und die „Passat“ schlagen einen westlichen Kurs ein, während Hai, Hecht und die „Lech“ einen nordwestlichen Kurs in Richtung Helgoland ansteuern. Wind und Seegang sind mäßig. Nach Einsteuerung der Boote auf das höhere spezifische Gewicht des Salzwassers der Nordsee am späten Vormittag marschieren beide U-Boote im Unterwassermarsch in Richtung Nordwesten weiter.

U Hai muss am 14. September gegen 01:15 Uhr zum Laden seiner Batterien auftauchen. Gegen 09:00 Uhr wird das Laden beendet. Da sich das Wetter inzwischen erheblich verschlechtert hat, geht U Hai erneut auf Unterwasserfahrt und taucht erst wieder gegen 17:00 Uhr auf. Die Wetterturbulenzen lassen

indes nicht nach. U Hai fällt hinter den Verband immer weiter zurück und kommt durch den schweren Seegang auch vom Kurs ab. Um 17:45 Uhr kommt es zum letzten Funkkontakt mit dem Tender „Lech“. Der mit dem Tender vereinbarte Funkkontakt nach vier Stunden bleibt unbeantwortet. Dem Flottenkommando in Glücksburg wird die Funkstille von U Hai mitgeteilt. Die „Lech“ selbst macht sich sofort auf die Suche. Zur Unterstützung setzt das Flottenkommando um 00:11 Uhr den Zerstörer „Bayern“ aus Wilhelmshaven in Marsch.

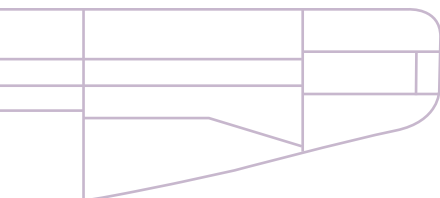
Währenddessen ist auch U Hecht in schwere See geraten und hat Probleme. Ein Tauwerk hat sich gegen 22:45 Uhr in der Schraube verfangen. U Hecht ist somit manövrierunfähig. Auch die „Lech“ hat mit Problemen zu kämpfen. Der Radar ist ausgefallen. Mühsam

gelingt es dem Tender nach vielen Anläufen am nächsten Morgen U Hecht in Schlepp zu nehmen. Von U Hai fehlt weiterhin jede Spur. Um 03:44 Uhr startet vom Marinefliegerhorst Kiel-Holtenau ein Aufklärungsflugzeug, um nach U Hai zu suchen. Im Flottenkommando wird die Situation offenbar völlig falsch eingeschätzt: Es wird lediglich vom Ausfall der Funkanlage ausgegangen.

Am 15. September setzt der englische Fischkutter St. Martin um 06:45 Uhr einen Alarmruf ab. Ein schiffbrüchiger U-Boot-Mann ist aufgenommen worden. Nun wird auch der deutschen Marineleitung klar: U Hai ist untergegangen. Die sehr wagen Hoffnungen, dass sich in einer Luftblase im untergegangenen Boot noch Überlebende befinden könnten, erfüllen sich nicht. Außer dem Koch, Obermaat Peter Silbernagel hat es kein Besatzungsmitglied geschafft.



Tragische Gewissheit: Die Trimm- und Tauchversuche des baugleichen U Hecht zeigen den Sachverständigen hier, wie das Wasser in den Maschinenraum von U Hai eingedrungen sein muss.



↑ Noch auf ruhiger Fahrt: Besatzungsmitglieder von U Hai auf dem Turm.



↑ Erste Untersuchungen: U Hai wurde wenige Tage nach dem Untergang gehoben.

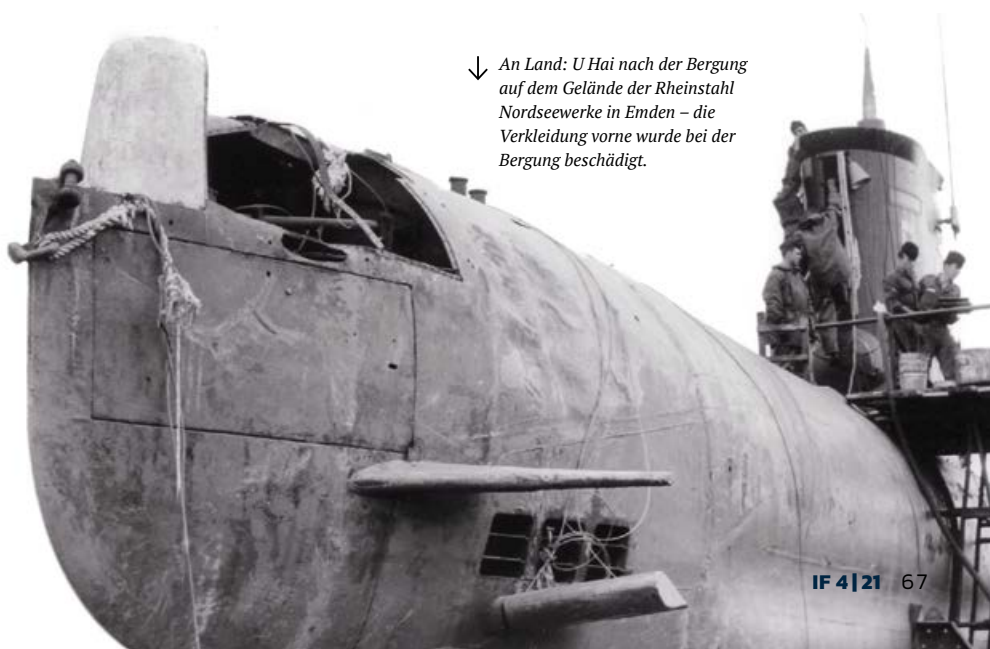
U Hai wird rasch gefunden und am 19. September vom Schwimmkran „Magnus III“ gehoben.

Gutachten für die Staatsanwaltschaft

Die Staatsanwaltschaft Lübeck leitet ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Sie hegt den Verdacht der fahrlässigen Tötung der U Hai-Besatzung. Eine Sachverständigenkommission mit Vertretern der Bau- und Umbauwerften sowie des Verteidigungsministeriums wird unter der Leitung des Regierungsdirektors Christoph Aschmoneit eingesetzt. Aschmoneit war bereits während des Zweiten Weltkriegs ein hochrangiger Marine-Beamter und an wesentlichen Entwicklungen im deutschen U-Bootbau beteiligt. Später hat er mit seiner Expertise großen Anteil an der Entwicklung von U-Booten der Bundesma-

rine. Nach Bergung der noch im Boot befindlichen Leichen von sieben Besatzungsmitgliedern wurden die vorgefundenen Füllungen der Bunker, Tanks und Zellen sowie sämtliche Ventilstellungen und Tauchretter mit Angabe des Fundortes festgehalten und das Innere des Wracks genau untersucht. Die Sachverständigen sind bereits

bei der Hebung von U Hai zugegen und können das Wrack schon auf hoher See gründlich untersuchen. Sie kommen zu dem Ergebnis: Ein Wassereintrich über ein Leck schied als Unglücksursache aus. Mit dem Schwesterboot U Hecht werden im Oktober im Hafen des Marinearsenals Kiel praktische Tauch- und Trimmversuche



↓ An Land: U Hai nach der Bergung auf dem Gelände der Rheinstahl Nordseewerke in Emden – die Verkleidung vorne wurde bei der Bergung beschädigt.

zur Klärung der Unglücksursache unter-
nommen. Am 23. Dezember legt die
Expertenkommission der Staatsanwalt-
schaft schließlich ihr Gutachten vor:
Eine Kentergefahr hatte für U-Boote
des Typs 240 – selbst bei schwerer See –
praktisch nicht bestanden. Allerdings:
Bei einem Umbau 1963 wurden in Hai
und Hecht dieselelektrische Antriebe
verbaut. Hierzu mussten die Boote im
Motorenraum um 1,2 m verlängert
und der Dieselzuluftmast gekürzt

schloss der Schnorchel nicht vollständig
ab, sodass, wenn dieser von einer Welle
überspült wurde, Wasser durch den
Luftschaft in die Maschinenraumbilge
eindringen konnte. Der Zuluftschaft
endete auf Höhe der Flurplatten, sodass
der Dieselwachgänger von seinem Platz
das Ende des Schachtes nicht im Blick
hatte. Außerdem behinderten Mäntel,
die in unmittelbarer Nähe zum Trock-
nen aufgehängt waren, die Sicht. Der
Lärm des Dieselmotors und des starken

Nach Aussage des einzigen Überleben-
den wurde plötzlich Wassereinbruch im
Maschinenraum gemeldet. Ungefähr
drei Minuten später sei dann der Befehl
zum Verlassen des Bootes gegeben
worden. Der Schnorchel verfügte zwar
über eine Schnellschlussklappe, die vor
dem Sinken auch noch geschlossen wur-
de. Damit war das weitere Eindringen
von Wasser gestoppt. Das Boot war zu
diesem Zeitpunkt allerdings schon so
achterlastig und tief im Wasser liegend,

dass es schließlich
über das Turmluk
volllief. Wäre statt
des Verlassens des
Bootes der tauchklare
Zustand, also das
Schließen aller Luken
und Verschlüsse sowie
das Abschalten des
Dieselmotors her-
gestellt worden, so
hätten die vorhanden
Lenzmittel nach An-
sicht der Sachverständigen ausgereicht, um
das eingedrungene
Wasser zu lenzen
(bzw. abzupumpen)
und ein Sinken zu
verhindern. Dass
sich der Komman-
dant, der 28-jährige
Oberleutnant zur See
Joachim-Peter von
Wiedersheim, für das
Verlassen des Bootes



↑ Erfroren und ertrunken: Die Porträts zeigen 18 der 19 umgekommenen Seeleute. Nicht abgebildet
ist der einzige Überlebende: der Koch und Obermaat Peter Silbernagel.

werden. Bei Überwasserfahrt konnte
die Diesel-Zuluft entweder über das
Turmluk durch das Boot oder über den
eingefahrenen Schnorchel, den Luft-
abnahmestutzen und das geöffnete
Diesel-Luft-Fußventil erfolgen. Hier
sahen die Experten auch die Ursache
für das Unglück: Der Dieselmotor von
U Hai bezog am stürmischen Abend des
14. September – es herrschte Wind-
stärke 9, die Wellen waren 5–6 m hoch
– seine Zuluft über den eingefahrenen
Schnorchel. Im eingefahrenen Zustand

Seegangs übertönten zudem das sukzes-
sive Eindringen größerer Mengen Was-
ser auf U Hai. Durch das eingedrungene
Wasser wurde das Boot achterlastig.
Außerdem verlor die achtere Tauchzelle
an Auftrieb. Der Luftabnahmestutzen,
der bei glattem Wasser 135 cm über der
Wasserlinie liegt, näherte sich der Was-
serlinie, wodurch mehr und mehr Was-
ser eindringen konnte. Befunde dafür,
dass dieser Wirkungszusammenhang
die technische Ursache des Untergangs
ist, gibt es bis heute nicht.

entschied, lässt vermuten, dass er die
Ursache für den Wassereinbruch sowie
die Menge des eingedrungenen Wassers
nicht einschätzen konnte und daher ein
Abpumpen für aussichtslos hielt. Der
tauchklare Zustand hätte allerdings die
Option des sofortigen Verlassens des
Bootes eliminiert. Ein Notruf konnte
nicht mehr abgesetzt werden.

Rund 13 der 20 Mann von U Hai sind
offenbar noch auf den Turm gelangt.
Einige von ihnen wurden aber durch



**Unglücks-
stelle bei der
Doggerbank**

Helgoland

St. Peter-Ording

Nordsee

Cuxhaven

13

der 20 Mann von U Hai gelangten noch auf den
Turm des Boots, überlebten jedoch nicht.

einen Brecher wieder ins Boot zurück gespült. Es muss noch zehn Mann gelungen sein, das Boot vor dem Sinken zu verlassen. Silbernagel überlebte zunächst mit einer Gruppe von sechs Mann, die später alle bis auf ihn an Unterkühlung starben. Er wurde erst nach 13 Stunden als einziger Überlebender vom britischen Fischkutter St. Martin gerettet.

Bericht der Havariekommission

Mit dem 13. Januar 1969 kehrte das Unglück von U Hai durch neue Presseberichte kurz in das öffentliche Bewusstsein zurück. Marineangehörige belieferten eine Kieler Journalistin mit Inhalten aus dem Bericht einer marineinternen Havariekommission, die unter dem Vorsitz des mittlerweile zum Flottillenadmiral beförderten Otto Kretschmer die militärischen, betrieblichen und zivilrechtlichen Aspekte des Untergangs von U Hai untersuchen sollte. Die Havariekommission hatte erhebliche Mängel „im wehrtechnischen Bereich, in der Ausbildung und in der Personalführung der U-Boot-Flotte“ festgestellt. Kretschmer übte im Hamburger Abendblatt scharfe Kritik an der Marineführung und stellte die Qualifikation des Kommandanten von U Hai

zum Führen eines U-Bootes in Frage. Nur wenige Tage später untersagte ihm jedoch der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Gert Jeschonnek, weitere Presseauskünfte zu geben.

Das Verteidigungsministerium wies die im Bericht der Havariekommission genannten Mängel und Vorwürfe zurück. Der Verteidigungsausschuss des Bundestages sollte sich auf Antrag der damaligen Oppositionspartei FDP mit den Hintergründen des Unterganges von U Hai und dem Bericht der Havariekommission, der noch nicht veröffentlicht war und dem Verteidigungsausschuss noch nicht vorlag, befassen. Auch von Mitgliedern der damaligen Bundesregierung, der Schwarz-Roten Koalition unter Kurt Georg Kiesinger, wurde restlose Aufklärung über Ursachen und Konsequenzen des Unglückes sowie die Veröffentlichung des Berichts der Havariekommission gefordert. Die Idee der Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde letztlich aber fallen gelassen. Auch wurde trotz der von der Kieler Staatsanwaltschaft erwogenen erneuten Prüfung des Sachverhaltes, kein neues Verfahren eröffnet.

Fazit

Der erste Untergang eines U-Bootes der Bundeswehr ist auf unterschiedliche Gründe wie etwa die Konstruktion des U-Bootes und die Ausbildung der Besatzung zurückzuführen. Diese hatte offenbar weder Kenntnis von Konstruktionsdetails des U-Bootes, noch war sie auf mögliche Szenarien auf hoher See vorbereitet. Das Ereignis war sowohl für die damals noch junge Bundeswehr als auch für die bundesdeutsche Öffentlichkeit von großer Bedeutung. 19 Tote beklagte die Bundeswehr an nur einem Tag. Das Unglück zählt bis heute zu den Schlimmsten der Geschichte der Streitkräfte.¹ Für die Bundesmarine gab es kein Ereignis mit einem derart tragischen Ende.



Kai Steenbuck

**ist fachlicher Leiter des
Deutschen U-Boot-Museums
in Cuxhaven-Altenbruch.**

<http://dubm.de>

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

¹ Bei einem Flugzeugabsturz im September 1997 fanden vor Namibia 22 Angehörige der Bundeswehr den Tod. Darüber hinaus starben 42 Soldaten der Luftwaffe bei einem Absturz einer Transall 1975 auf Kreta.



Die Werte- Botschafter

**Mehr Vertrauen durch den Dialog
zwischen Soldatinnen und Soldaten
und der Gesellschaft**

↑ Hauptmann Jürgens, Jugendoffizier der Bundeswehr, führt im Juni 2018 eine Schulklassse durch das Ehrenmal der Bundeswehr im Bundesministerium der Verteidigung in Berlin.

Studien der Bundeswehr und viele Meinungsforschungsinstitute stellen der Truppe regelmäßig ein positives Image in der deutschen Gesellschaft aus. Gleichzeitig kann eine kritische Einstellung der Bevölkerung gegenüber ihren Streitkräften nicht geleugnet werden, und ein doppeltes Meinungsklima ist nicht ausgeschlossen. Um Wahrnehmung, Anerkennung und Dialog zu fördern, könnte die so einfache wie vernachlässigte zwischenmenschliche Kommunikation helfen. Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Uniform sollten deshalb in der Öffentlichkeit mehr über ihre Werte sprechen, denn sie sind die Grundlage unseres Handelns.



Ein Soldat spricht mit Senioren im Corona-Impfzentrum am Berliner Flughafen im Rahmen der Amtshilfe.



↑ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier beim Feierlichen Gelöbnis zum 65. Gründungstag der Bundeswehr am 12. November 2020.

von Michael Gutzeit

Einem großen Teil der Gesellschaft sind ihre Soldatinnen und Soldaten nicht als das bekannt, was sie sind: „Als Verteidiger von Freiheit und Demokratie“, so Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zum 65. Gründungstag der Bundeswehr. Ohne sicherheitspolitische Kenntnisse oder eine persönliche Beziehung ist die Truppe für viele Bürgerinnen und Bürger ein weit entfernter Bekannter. Diese Distanz vergrößerte sich stark nach Aussetzung der Wehrpflicht ab 2011, und unsere Gesellschaft besitzt „weniger Wissen über die Bundeswehr von heute“, sagte

Steinmeier. Viel zu oft wird die Uniform mit negativem Militarismus statt mit schützender militärischer Verteidigung assoziiert.

Verteidigung heißt Abschreckung oder Einsatz von Gewalt, um politische Lösungen zu ermöglichen - unter Zahlung eines moralischen Preises. Gewalt kann oftmals nur mit Gewalt beendet werden und Krieg den Frieden bringen, wie die Bundeswehr im Kosovo bewies. Aber ist sich die Gesellschaft dieses Paradoxons bewusst? Die „Gleichgültigkeit“ oder das „freundliche Des-

interesse“ der Mitmenschen wird zudem durch Affären und Skandale vergrößert. Immer wieder belasten Probleme bei Rüstungsprojekten und Fälle von Rechtsextremismus die Vertrauenshypothek gegenüber der Truppe, die in einem Pazifismus nach der totalen moralischen Niederlage des Militärs 1945 ihren Ursprung hat. Amtshilfe-Einsätze an der Ahr oder bei Corona wirken sich zwar positiv auf das Image aus, aber eine skeptische Grundwahrnehmung bleibt.

Die Distanz von Gesellschaft und Truppe sollte daher nachhaltig reduziert

werden. Denn es gilt nach Steinmeier: „Armee und Gesellschaft dürfen sich in einer Demokratie niemals fremd werden.“ Beide brauchen einander. Leider hat unsere Gesellschaft nicht verinnerlicht, dass sie ohne den militärischen Schutz ihrer Parlamentsarmee in der existierenden freiheitlich-demokratischen Form nicht überlebensfähig ist. Sicherheit garantiert unsere gesellschaftlichen Werte wie Demokratie, Frieden und Freiheit.

↓ Eine Besucherin informiert sich im Sommer 2019 bei Soldaten der Gebirgsjäger am Tag der offenen Tür der Bundesregierung im BMVg in Berlin.



Ohne Verfassungstreue gibt es keinen Dienst in der Bundeswehr, schließlich verteidigt sie unter dem Primat der Politik die Werteordnung unseres Grundgesetzes. Demokratie ist aber nicht statisch, sondern muss ständig erarbeitet und erneuert werden – damit sie fortbesteht und sich entwickelt. Wer Soldatin oder Soldat ist, muss sich grundsätzlich damit auseinandersetzen, was der Frieden, in dem wir leben, mit ihr oder ihm zu tun hat – und auch darüber sprechen. Diese besondere Beziehung sollte nicht nur auf höherer Ebene, sondern von jeder Soldatin und jedem Soldaten persönlich kommuniziert werden können.

Erfahrung schlägt Werbung

In der Bundeswehr zu dienen, ist keine öffentliche Dienstleistung, sondern häufig Berufung. Moral und Gewissen der Soldaten fußen auf den Grundwerten unserer Gesellschaft, die sich auch in der Konzeption der Inneren Führung widerspiegeln: Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Frieden, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese sollen mit den militärischen Tugenden,

wie Pflicht, Ehre, Kameradschaft, Treue und Gehorsam, aktiv gelebt und verteidigt werden. Soldaten und Soldatinnen, die unsere Werte verinnerlicht haben, sollten sie bewusst im zwischenmenschlichen Gespräch betonen, denn jede und jeder Staatsangehörige ist ein Multiplikator: analog wie digital.

Eine gute persönliche Erfahrung schlägt jede Werbung: Marketing wird zwar immer personalisierter, z. B. auf Social Media, aber Menschen vertrauen Menschen immer noch am meisten. Persönliche Beziehungen wirken sich sehr stark auf die positive wie negative Wahrnehmung der Bundeswehr aus. Alle Kampagnen der Bundeswehr werden authentischer, wenn persönliche Begegnungen deren Inhalt bestätigen. Die Informationsarbeit und die Kommunikation der „Arbeitgebermarke Bundeswehr“ wird zwar mit sinnstiftenden Botschaften ausgestattet (z. B. „Mach, was wirklich zählt“ oder „Wir kämpfen auch dafür, dass Du gegen uns sein kannst.“), aber sie müssen noch stärker von den Soldatinnen und Soldaten selbst kommuniziert werden.

Eine gute persönliche Erfahrung schlägt jede Werbung: Marketing wird zwar immer personalisierter, aber Menschen vertrauen Menschen immer noch am meisten.



↑ Eine Besuchergruppe beobachtet 2019 ein Kampfflugzeug vom Typ Tornado ECR während der Flugvorführungen am Tag der Bundeswehr in Jagel.



↑ 500 Läuferinnen und Läufer der Bundeswehr nehmen 2017 am Zehn-Kilometer-Lauf „The Great 10K“ in Berlin teil. Die Teilnahme gehörte zur Agenda „Bundeswehr in Führung – Aktiv. Attraktiv. Anders.“.

Geteilte Werte sind eine gemeinsame Grundlage

Wer spricht darüber, dass „Wir.Dienen.Deutschland.“ auf Werten beruht? Öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur Erhöhung der Sichtbarkeit der Bundeswehr, wie kostenfreies Bahnfahren in Uniform oder der Tag der Bundeswehr, sind sehr gut geeignet, um den Dialog mit der Gesellschaft zu fördern. Die Gesellschaft sollte durch die persönliche Erfahrung auch die Chance bekommen, mehr Verständnis für die besondere Berufswelt der Bundeswehr zu entwickeln. Öffentliche Gelöbnisse können die Verbundenheit und Anerkennung der Soldatinnen und Soldaten durch die Bürgerinnen und Bürger stärken. Diese Wertschätzung ist vor dem Hintergrund der gewachsenen Aufgaben der Bundeswehr von großer Bedeutung.

Alle Kommunikationskanäle der Bundeswehr sollten deshalb mit zwischenmenschlicher Kommunikation auf Wertebasis der Inneren Führung ausgerichtet werden. Es geht hier insbesondere um einen stetigen Dialog und ein daraus wachsendes Verständnis füreinander. Die Betonung der eigenen Werte und Tugenden kann ein Alleinstellungsmerkmal der Bundeswehr gegenüber anderen Institutionen oder Unternehmen sein. So setzen bereits viele Unternehmen oder Influencer aufgrund einer neuen öffentlichen Werte-

Sensibilität auf die Kommunikation eines „purpose“ (Zweck). Nur Wenigen ist bewusst, dass die Bundeswehr z. B. den aktuell betonten Wert der Vielfalt schon seit Beginn ihrer Geschichte verinnerlicht hat. In der Bundeswehr wird Vielfalt nämlich durch eine ganz eigene Gleichheit verkörpert, ungeachtet der Herkunft, Bildung oder Religion: Alle Soldatinnen und Soldaten sind Kameraden.

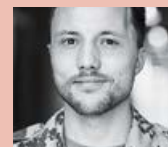
Innere Haltung ist äußere Stärke

Die Werte der Inneren Führung bilden die Identität der Bundeswehr, führen zur Identifikation und Verbundenheit mit der Truppe. Soldatinnen und Soldaten sollten ihre Werte aber nicht nur kennen, sondern sie verinnerlichen. Ein starkes Wertebewusstsein sorgt gleichzeitig dafür, dass sie Resilienz gegenüber politischen Extremen, Stress und Entbehrungen ausbilden. Daher sollte die Ausbildungsmethodik der Werteerziehung verbessert werden, um das Wertebewusstsein der Truppe zu stärken. In ihrem Alltag oder in der Ausbildung erscheinen Werte oft als theoretisch, dabei sind sie Grundlage für die Auftragswahrnehmung der Bundeswehr. Ein Beispiel für gelungene Wertevermittlung ist das Y-Spezialmagazin von 2018 „Wer wir sind“, wo verdeutlicht wurde, dass Menschenwürde ein zentraler Bestandteil des Mittelmeereinsatzes „Sophia“ war. Auch militärhistorischer und politi-

scher Unterricht sollte attraktiver und anschaulicher gestaltet werden.

Form transportiert Inhalt

Entscheidend ist also, was nach innen kommuniziert wird muss auch nach außen gelebt werden. Bei gesteigerter Präsenz kommt es auch auf die Qualität an: Das Auftreten im Alltag ist an einen vorbildlichen Anzug und beispielhaftes Verhalten gebunden. In der Grundausbildung oder im Dienst sollte auch verstärkt Kommunikationstraining oder Stil und Form für Soldatinnen und Soldaten in der Gesellschaft angeboten werden. Es gilt die Bedeutung der persönlichen Erscheinung als Rollenbild der Bundeswehr zu vermitteln, denn Soldatinnen und Soldaten stehen im Auge der Betrachtenden oft stellvertretend für die ganze Bundeswehr. Alle Soldatinnen und Soldaten sollten sich daher fragen: Was denken die „Anderen“ von mir? Was erzähle ich von mir und über den Auftrag der Bundeswehr? Was sagen die Zuhörer und Zuhörerinnen später über mich? Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer hat daher in ihrer dritten Grundsatzrede gefordert: „Mein Appell an Sie alle: Gehen Sie raus, suchen Sie den Kontakt. Vertreten Sie offensiv die Bundeswehr in der Öffentlichkeit. Die besten Botschafter der deutschen Streitkräfte, meine Damen und Herren, das sind Sie!“



**Hauptmann
Michael Gutzeit M.A.**

ist Historiker und derzeit Jugendoffizier. Der Beitrag beruht auf dem von ihm erarbeiteten Kommunikationskonzept „Botschafter in Uniform“.

In diesem Artikel gibt der Autor seine persönliche Auffassung wieder.

Mehr als „freundliches Desinteresse“

Die öffentliche Meinung zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr

von Timo Graf

Nach annähernd zwei Jahrzehnten beendete die Bundeswehr am 29. Juni 2021 ihren Einsatz in Afghanistan. Die schnelle Machtergreifung der Taliban in Afghanistan machte es jedoch erforderlich, die Bundeswehr vom 16. bis zum 26. August zur Evakuierung deutscher Staatsbürger und anderer Schutzbefehlener einzusetzen: 5.347 Personen konnten in Sicherheit gebracht werden. So dramatisch die Bilder rund um die Evakuierungsmission auch gewesen sein mögen, in der Debatte über die „Lehren aus Afghanistan“ gilt es 20 Jahre zu

reflektieren – auch mit Blick auf die öffentliche Meinung zum Einsatz: Gab es das vielbeschworene „freundliche Desinteresse“ der Deutschen an ihrer „Einsatzarmee“ wirklich? War der Einsatz aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ein Misserfolg? Die Bevölkerungsbefragungen des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) geben Antworten auf diese Fragen.

Hohe Bekanntheit

Der anfängliche Stabilisierungs- und spätere Kampfeinsatz ISAF in Afghanistan war in der Zeit von 2006 bis 2014

der in der Bevölkerung bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr (siehe Tab. 1). Zwischen 43 und 67 Prozent der Befragten gaben an, zumindest einen grundlegenden Kenntnisstand zu diesem Einsatz zu haben. Mit dem Wechsel zum Ausbildungseinsatz Resolute Support im Jahr 2015 sank die Bekanntheit des Bundeswehr-Engagements in Afghanistan deutlich und nahm im weiteren Verlauf sukzessive ab. Gleichwohl war der subjektive Kenntnisstand in der Bevölkerung aber selbst zu Resolute Support höher als z.B. zur Stabilisierungsmission MINUSMA in Mali, obwohl diese inzwischen der größte

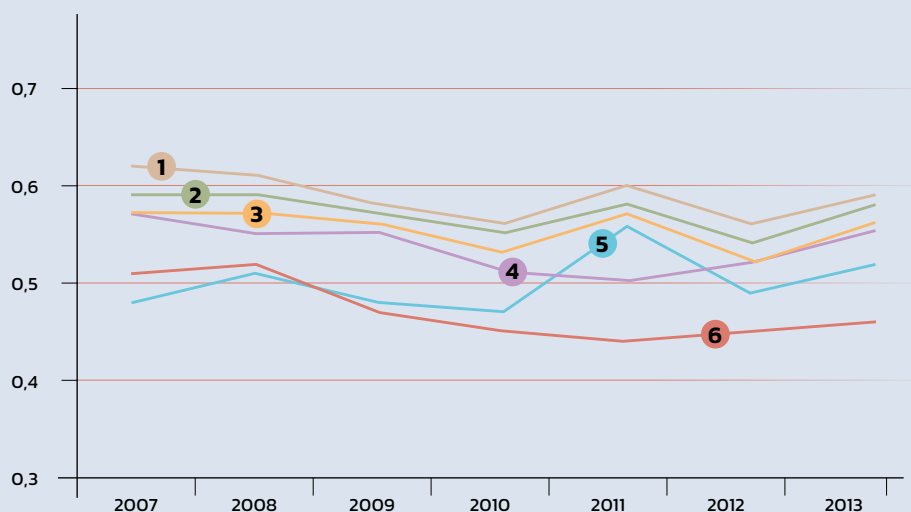
Bekanntheit ausgewählter Auslandseinsätze der Bundeswehr

Haben Sie schon einmal von den folgenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr gehört oder gelesen?

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020
ISAF/RS	47	47	43	51	56	67	52	52	61	39	33	30	30	29	25
KFOR	43	36	34	30	37	56	35	40	45	34	34	32	32	33	29
UNIFIL	34	23	21	15	19	17	16	20	18	25	18	14	17	17	13
Atalanta	-	-	-	32	37	54	27	25	26	30	27	25	24	24	20
MINUSMA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	14	12	15	15	14

Angaben in Prozent. Ausgewiesen sind die zusammengefassten Antwortanteile: „Ich habe mich intensiv damit beschäftigt und kenne alle wesentlichen Fakten und Zusammenhänge“ und „Ich habe davon gehört bzw. gelesen und kenne einige Fakten und Zusammenhänge“. In den Jahren vor 2006 wurde die Frage nicht oder mit nicht vergleichbaren Instrumenten erhoben. Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des SOWI und des ZMSBw 2006–2020.

Bewertung der Auswirkungen des ISAF-Einsatzes der Bundeswehr



- 1 Das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland
- 2 Die Stabilität in der Gesamtregion
- 3 Den Kampf gegen den internationalen Terrorismus
- 4 Die Chancen Afghanistans, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln
- 5 Die Sicherheitslage in Deutschland
- 6 Das Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt

Fragetext: Was meinen Sie: Wie hat sich, nach allem was Sie darüber wissen, der ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan auf die folgenden Punkte ausgewirkt? Umkodierter Wertebereich: 0 (Sehr negativ); 0,17 (Negativ); 0,33 (Eher negativ); 0,5 (Keine Auswirkungen); 0,66 (Eher positiv); 0,83 (Positiv); 1 (Sehr positiv). Datenbasis: Bevölkerungsbefragungen des SOWI und des ZMSBw, 2007–2013. Vor 2007 und nach 2013 wurde die Frage nicht erhoben.

„Die Mission in Afghanistan war über viele Jahre der bekannteste Auslandseinsatz der Bundeswehr.“

und gefährlichste Auslandseinsatz der Bundeswehr ist. Diese Befunde machen klar: Afghanistan eignet sich nicht als Paradebeispiel für eine vermutete fehlende öffentliche Kenntnisnahme der Auslandseinsätze der Bundeswehr.

Differenzierte Erfolgswahrnehmung

In den Jahren 2007 bis 2013 wurden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, die unterschiedlichen Auswirkungen des Afghanistaneinsatzes zu beurteilen (siehe Abb. 1). Vor 2007 und nach 2013 wurden diese Daten nicht erhoben. Die Ergebnisse zeigen: Während die Auswirkungen des Einsatzes auf das Ansehen Deutschlands in der islamischen Welt und die Sicherheitslage in Deutschland im Durchschnitt eher kritisch beurteilt wurden, attestierten die Befragten

dem Einsatz eher positive Auswirkungen auf den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, die Stabilität in der Gesamtregion und (zumindest zeitweise) die Entwicklungschancen Afghanistans – alles

Kernziele der ISAF-Mission. Aus Sicht der Bevölkerung hat der Afghanistaneinsatz aber vor allem das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland verbessert.

Fazit

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Bevölkerungsbefragungen des ZMSBw zum Afghanistaneinsatz erscheint es vollkommen ungerechtfertigt, der deutschen Bevölkerung ein „freundliches Desinteresse“ an der Bundeswehr als Einsatzarmee zu unterstellen. Gerade die nach beinahe 20 Jahren beendete Mission in Afghanistan eignet sich nicht als Beispiel für ein vermutetes öffentliches Desinteresse an den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Zudem bestand in der Bevölkerung eine differenzierte Wahr-

nehmung der vielfältigen Auswirkungen des ISAF-Einsatzes. Aus Sicht der Befragten entfaltete der ISAF-Einsatz die positivste Wirkung an der „Heimatfront“, indem er das Ansehen der Bundeswehr in Deutschland steigerte. Eine einsatzbedingte Entfremdung zwischen Bevölkerung und Bundeswehr gab es demnach nicht. Diese Erkenntnisse sollten in der Aufarbeitung des 20-jährigen Bundeswehr-Engagements in Afghanistan kritisch reflektiert werden.



Dr. Timo Graf

ist Politikwissenschaftler und forscht am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) zur öffentlichen Meinung über Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Buch- und Onlinetipps



Oliver Schneider
Ariston Verlag,
192 Seiten
ISBN: 978-3-4242-0231-1
Preis: 18,00 €

Der Wille entscheidet:

Krisen bewältigen, Verhandlungen gewinnen – Ein Ex-Kommando-Offizier berichtet

Oliver Schneider bietet mit diesem Buch einen Ratgeber für persönliche und institutionelle Krisen. Dazu wählt er die untypische Form einer romanhaften Erzählung mit Szenen aus seiner soldatischen Ausbildung, seinem Kosovo-Einsatz und einer Piraterie-Krise, in der er – nunmehr als privater Berater – eine Reederei unterstützt. Zwar ergibt diese eigensinnige Form keine Sternstunde deutscher Prosa. Dennoch führt Schneider seine Erzählstränge klar und deutlich. So gelingt es ihm, ein niederschwelliges Leseangebot zu machen, das durch einen spröden, aber klaren Stil und durch spannende Erzählungen fesselt. Dem Leser wird die eigene Denkleistung zur Krisenbewältigung nicht durch Grafiken oder Diagramme erspart, er muss durchaus zuhören, was Schneider ihm sagt. Eigenwillig vielleicht, interessant allemal! (uhi)

Konfliktraum Arktis

Joachim Weber
Miles-Verlag
187 Seiten
ISBN: 978-3-9677-6023-1
Preis: 19,80 €



Nachdem in der jüngsten Vergangenheit der Cyber- und Informationsraum im Schwerpunkt strategischer Überlegungen einzelner Staaten und Verteidigungsbündnisse stand, rückt nun eine Region der Erde stärker in den Fokus: die Arktis. In diesem Buch untersuchen Weber und seine Co-Autoren, was die Arktis zum Konfliktraum macht und welches Interesse die Groß-

Move:

Das Zeitalter der Migration

Der Politikwissenschaftler Parag Khanna entwirft einen neuen Blick auf die aktuellen Migrationsbewegungen. Aus der Geschichte, Politik und den natürlichen Lebensbedingungen des Menschen leitet er Prognosen für die Zukunft ab. Seine These: Die Menschheit wird sich in den nächsten Jahrzehnten auf der Erde neu verteilen. Bisherige Bevölkerungszentren werden verlassen und neue werden entstehen. Die Menschen werden aus vielfältigen Gründen in Bewegung sein. Laut Khanna berücksichtigen die nachhaltigen Entwicklungsziele der VN diese Gründe nicht ausreichend. Abschließend formuliert Khanna Herausforderungen für die deutsche Politik, woraus sich ein möglicher Beitrag der Bundeswehr ableiten lässt. Eine

spannende Veröffentlichung, die herausfordernde Fragen bezüglich des eigenen beruflichen Selbstverständnisses aufwirft. (hst)



Parag Khanna
Rowohlt Berlin Verlag
446 Seiten
ISBN: 978-3-7371-0115-8
Preis: 24,00 €

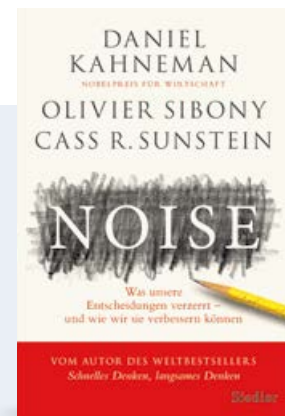
mächte im geostrategischen Spiel um den „hohen Norden“ antreibt. Neben den „Arctic 5“ (Dänemark, Kanada, Norwegen, Russland und die USA), tritt China als Weltmacht auch in der Arktis auf den Plan. In Chinas „Belt and Road Initiative“ ist das Errichten einer Polaren Seidenstraße enthalten. Welche Faktoren, neben Rohstoffen und Handelswegen, und Bündnissen (z. B. zwischen Russland und China) noch von Bedeutung sind, wird in diesem Buch gut herausgearbeitet. (wac)

NOISE – Was unsere Entscheidung verzerrt und wie wir sie verbessern können

Haben Sie sich schon einmal gefragt, warum nicht Ihre Bewerbung, sondern die ihrer Mitbewerben bevorzugt wurden? Oder warum sie bei unterschiedlichen Ärzten unterschiedliche Atteste bekommen haben? Diesem Phänomen des Entscheidungsausgangs (Noise) geht der Wirtschaftsnobelpreisträger Daniel Kahnemann mit den Co-Autoren Olivier Sibony und Cass R. Sunstein in dem Buch „NOISE – Was unsere Entscheidung verzerrt und wie wir sie verbessern können“ nach.

Durch kleinste Veränderungen der Parameter, wie das Wetter, eine lange Schlange an der Supermarktkasse

oder auch das Ende des Sommerurlaubs, entscheiden Menschen plötzlich anders. Diese empirische Streuung bezeichnen die Autoren als Noise, welche eine Vorhersage von Entscheidungen unmöglich macht. Aus fünf Jahren Freiheitsstrafe für einen Bankraub können bei einem anderen Richter schnell bis zu 18 Jahre werden. Kahnemann erklärt diese Diskrepanz mit der von Entscheidungsträgern weitverbreiteten Überzeugung, dass die Welt immer gleich wahrgenommen wird. Die Autoren sind jedoch der Auffassung, dass jedes Individuum eine unterschiedliche Wahrnehmung hat, was bei Entscheidungsprozessen aber nicht adäquat berücksichtigt wird. Statt Handlungsspielräumen werden strikte Richtlinien und Entscheidungsstandards gefordert, die wiederum zu mehr Bürokratie und das Abwälzen von Verantwortung führen. Bei standardisierten Prozessen kann dies bessere Ergebnisse produzieren, aber die eigenverantwortliche Entscheidungsfindung käme zu kurz.



Dieses 480 Seiten starke Werk empfiehlt sich durch seine wissenschaftliche Sprache nicht als Urlaubslektüre, jedoch bieten die vielen Beispiele einen guten Zugang zu diesem komplexen Thema. Auf diese Weise kann man erlernen, Noise zu erkennen. Ob man auch, wie von den Autoren gefordert, die Technik zur Noise-Vermeidung auf Alltagsentscheidungen anwenden kann, muss sich zeigen. (mcl)

Daniel Kahnemann, Olivier Sibony, Cass R. Sunstein
Siedler-Verlag
480 Seiten
ISBN: 978-3-8275-0123-3
Preis: 30,00 €



Offiziersbibliothek Band II Internationale Beziehungen

**Franz H.U. Borkenhagen,
Uwe Hartmann**
Miles-Verlag
140 Seiten
ISBN: 978-3-9677-6016-3
Preis: 9,80 €

Die Reihe Offiziersbibliothek des Miles-Verlags bündelt Buchbesprechungen zu einem bestimmten Thema, die für den Offiziersberuf relevant sind. Band II gibt nun eine Übersicht über die wichtigste Literatur zum Thema Internationale Beziehungen und Sicherheitspolitik. Die Herausgeber haben 13 Bücher namhafter Experten ausgewählt. Die Kapitel „Kalter Krieg und atomare Gefahr“ (Autoren: Raymond Aron, André Beaufre, Carl Friedrich von Weizsäcker), „Neue Be-

drohungsanalyse nach der Zeitenwende 1989“ (Paul Kennedy, Samuel Huntington, Herfried Münkler, Wilhelm Sager) und „Eine Welt aus den Fugen“ (Carlo Masala, Donald Abenheim/ Carolyn Halladay, Wolfgang Ischinger) erklären die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen und Umbrüche ihrer Zeit von der relativen Verlässlichkeit und Vorhersehbarkeit eines Kalten Krieges hin zu der Volatilität sicherheitspolitischer Bedrohungen seit Anfang 2000er Jahre. Die Auswahl der Besprechungen in dem Band ermöglicht es den Leserinnen und Lesern schnell die Grundzüge der globalen geopolitischen Entwicklungen bis zur aktuellen „Welt in Unordnung“ mit ihren veränderten internationalen Beziehungen und komplexen sicherheitspolitischen Herausforderungen nachzuvollziehen. Die Bücher des letzten Kapitels befassen sich mit der Rolle Deutschlands bei der Gestaltung der neuen Weltordnung (Münkler, Heinrich August Winkler) und den daraus resultierenden Herausforderungen für die Bundeswehr (Wilfried von Bredow). Der Band gibt damit einen sehr guten Überblick über die Literatur zum Thema und ihre wichtigsten Aussagen und Argumentationslinien. (syb)

Sei kein Mann: Warum Männlichkeit ein Albtraum für Jungs ist

Die Tatsache, dass nicht nur Frauen, sondern auch Männer aktiv unter dem Patriarchat leiden, ist als Erkenntnis zwar nicht neu, für Viele außerhalb der „feministischen Filterblase“ aber noch immer nicht selbstverständlich. In „Sei kein Mann: Warum Männlichkeit ein Albtraum für Jungs ist“ plädiert der britische Aktivist JJ Bola für eine radikal neue Vision von Männlichkeit, die es Männern erlauben soll, sich außerhalb traditioneller Rollenklischees und Stereotypen zu entfalten. Das patriarchale System mag die Rechte und Möglichkeiten von Männern gegenüber derer von Frauen priorisieren, allerdings zu einem hohen Preis: „Dasselbe System, das Männer in der Gesellschaft bevorzugt, ist am Ende auch das System, das sie einschränkt, ihr Wachstum hemmt und schließlich zu ihrer Zerstörung führt.“ In acht Kapiteln und einem

Fazit zeichnet Bola grundlegende Geschlechterungerechtigkeiten nach, geht auf schädigende Männlichkeitsmythen ein (z. B. „Jungs weinen nicht“), schreibt über die harschen Realitäten rund um Männlichkeit in Zeiten von Social Media (Stichworte Twitter-Trolle, Bodyshaming und #Metoo) und erklärt überzeugend die Bedeutung von Sport als Möglichkeit für Männer, Emotionen wie Enttäuschung und Trauer ungestraft ausleben zu können. Das wichtige Kapitel rund um Intersektionalität, d.h. das Ineinandergreifen verschiedener



Ungleichheit generierender Strukturkategorien, ist besonders gut verständlich. Stellenweise wird im Lesefluss deutlich, dass mit dem Journalisten Malcolm Ohanwe kein hauptberuflicher Übersetzer am Werk war; insbesondere im Übergang zwischen dem von Mirjam Nuenning professionell übertragenen Vorwort und dem Haupttext ist ein stilistischer Bruch spürbar. Das Buch bietet einen Überblick in das Thema toxische Männlichkeit und gibt einen umfassenden, wenn auch nicht tief-schürfenden Einblick. Kontroverse Diskurse werden teils nur angerissen, dennoch fallen sämtlich relevante Stichworte. „Sei kein Mann“ ist ein guter Leitfaden für alle, die nuancierter über das kulturelle Geschlecht nachdenken wollen. (stk)

J. J. Bola
hanserblau Verlag
160 Seiten
ISBN: ISBN 978-3-4462-6798-5
Preis: 16,00 €



Unsere Welt neu denken Eine Einladung

Maja Göpel
ullstein Verlag
332 Seiten
ISBN: 978-3-550-20079-3
Preis: 17,99 €

Weitermachen wie bisher ist keine Option! Maja Göpel, Politökonomin und Nachhaltigkeitswissenschaftlerin sowie Generalsekretärin des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), sieht sich selbst als Gesellschaftswissenschaftlerin mit der politischen Ökonomie als Hauptinteresse. Sie fragt, nach welchen Regeln Menschen wirtschaften, welche Beziehungen sie dazu zur Natur und anderen Menschen eingehen, wie sie Ressourcen nutzen und mit Energie und Arbeitskraft umgehen. Maja Göpel lädt uns ein, uns zu informieren und Gewissheiten zu hinterfragen, denn: für immer mehr Menschen gäbe es immer weniger Planet. Planetare Grenzen würden wir in unserem Streben nach Wachstum und Wohlstand aber nicht

anerkennen. Bereits 1972 habe das MIT Boston jedoch in einer Modellierung gezeigt, dass die menschliche Zivilisation innerhalb der nächsten 100 Jahre zusammenbreche, wenn das Bevölkerungswachstum und die Industrieproduktion weiter zunähmen. Die erneuerbaren Rohstoffe würden zur Neige gehen und die Umweltverschmutzung führe zu irreparablen Schäden. Die entstehenden Kosten könne unser System aber nicht mehr abfangen. Selbst die Veränderung einzelner Faktoren führe zur erhöhten Sterblichkeit. Mit Klarheit, Kreativität, Mut und Vertrauen, würden wir aber alle einen Beitrag zu einem regenerativen Zyklus leisten können. Nur zu! Ein hoch interessantes Buch, das viele absurde Zusammenhänge unserer globalisierten Welt transparent macht. (rhl)



Uncovered Podcast



Für die ProSieben-Reportage „Uncovered“ besuchte Thilo Mischke die gefährlichsten Orte und Menschen der Welt. Unter anderem bereiste er Orte und sprach mit Menschen entlang der

Drogenroute von Südamerika über Westafrika bis nach Europa. In der zweiten Folge seines gleichnamigen Podcasts berichtet er von seinen Erlebnissen in Mali und dem dortigen Bundeswehreinsatz. Vor allem die Soldatinnen und Soldaten aus Camp Castor haben sein Bild von der Bundeswehr verändert. In der Ausgabe vom 16. August diskutiert Mischke mit dem stellvertretenden Chefredakteur der Bild, Paul Ronzheimer, der noch im Juni für drei Wochen in Afghanistan war, über die Taliban und den Truppenabzug. Ein Punkt eint die zwei Ausnahme-Journalisten, die sonst unterschiedlicher nicht sein könnten: Deutschland hat eine Verantwortung für die Ortskräfte in Afghanistan! (mcl)



Sicherheitshalber Podcast



Werden Kriege in Zukunft nur noch mit Drohnen geführt? Ist die nukleare Abschreckung in Zeiten des Klimawandels noch zeitgemäß? Über allherhand solcher Fragen bezüglich sicherheitspolitischer Entwicklungen in der Welt diskutieren monatlich Carlo Masala, Professor für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr (UniBw) München, Ulrike Franke, Thinktankerin beim European Council on Foreign

Relations in London, Frankler an der UniBw München, Journalist und Blogger net, in ihrem Podcast Seit nun drei Jahren humorvoll komplexe allgemeinverständliche erforderliche Schärfe die Informationen aus Medien nicht ausreichen Hintergrundwissen zu aktuellen

goldrichtig. In Folge 47 vom 26. August wird speziell über die Evakuierungsmission am Kabuler Flughafen diskutiert. Wie es zu dieser chaotischen Situation kam und welche möglichen Konsequenzen Europa und Deutschland ziehen könnten, erfahren Sie in dieser Folge. (mcl)



Sauer, Politikwissenschaft und Thomas Wiegold, von augenheraus. „Sicherheitshalber“ erklären sie Zusammenhänge lich ohne die zu verlieren. Wem den herkömmlichen und wer nach mehr Ereignissen sucht, ist hier

IMPRESSUM

IF - Zeitschrift für Innere Führung

65. Jahrgang

Die Zeitschrift für Innere Führung wurde 1956 als IFDT (Information für die Truppe) gegründet.

Herausgeber

Kommandeur des Zentrums Innere Führung (ZInFü)

Redaktion

Chefredakteur: Jan Marberg (mbg)

Chef vom Dienst: Christopher Steiger (cst)

Leitende Redakteurin: Dr. Sarah Reichel (rhl)

Redakteur: Wilke Rohde (row)

Art Direktorin: Dagmar Hentschel

Mitwirkende an dieser Ausgabe: Sylvia Börner (syb),

Uwe Brammer (ub), Uwe Hildenbeutel (uhi), Dr. Stefanie

Kullick (stk), Marco Nüchter (mcl), Hartmut Stiffel (hst),

Christian Stiller (cis), Tobias Wachner (wac).

Redaktionsanschrift

IF - Zeitschrift für Innere Führung

Zentrum Innere Führung, Im Dialog

Von Witzleben Straße 17, 56076 Koblenz

Telefon 0261 - 579420 - 5571

E-Mail: ZInFueImDialogif@bundeswehr.org

Homepage: www.innerefuehrung.de

Bildredaktion

Redaktion der Bundeswehr: Andrea Bienert,

Andrea Wöhrmann, Nicole Czerwinski

Layout & Design

IDEENHAUS Marken.Wert.Stil GmbH

Mühlgasse 17, 90403 Nürnberg

Sabine Kropf, Marcel Olek, Ralf Brendjes,

Michael Zimmermann

Vertrieb

Streitkräfteamt (SKA) Mediendisposition

SKAMediendisposition@Bundeswehr.org

Druck

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Auflage: 20.000

Hinweis

Mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Texte und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdrucke, auch auszugsweise, fotomechanische Wiedergabe und Übersetzung sind nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung durch die Redaktion und mit Quellenangaben erlaubt. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Vervielfältigungen auf CD-ROM. Wir betonen ausdrücklich, keinerlei Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte derjenigen Seiten zu haben, auf die in unserer Printversion durch Angabe eines Links verwiesen wird. Deshalb übernehmen wir keine Verantwortung für die Inhalte aller durch Angabe einer Linkadresse in unserer Printversion genannten Seiten und deren Unterseiten und machen uns deren Inhalt nicht zu eigen. Diese Erklärung gilt für alle durch uns ausgewählten und angebotenen Links und für alle Seiteninhalte, zu denen Links oder Banner führen. Für Preisangaben in Artikeln: keine Gewähr.

Einheiten, Verbände und Dienststellen, die die IF bzw. zusätzliche Exemplare beziehen möchten, wenden sich zur Anforderung bitte an ihre zuständige Post- oder DV-Stelle.

Redaktionsschluss:

10. September 2021



Ankunft von deutschen Soldatinnen und Soldaten am 27. August 2021
auf dem Fliegerhorst Wunstorf. Vom 16. bis zum 26. August evakuierte
die Bundeswehr 5.347 Personen aus 45 Nationen aus Kabul.

Die Luftwaffe flog die Menschen vom Flughafen der afghanischen Hauptstadt zunächst nach Taschkent in Usbekistan, dann nach Deutschland. Erschwert wurde die Operation von Tausenden verzweifelter afghanischer Menschen, die den Flughafen umlagerten und versuchten, in eines der Flugzeuge zu gelangen. Nachdem die internationalen Streitkräfte unter der Führung der USA sich nahezu vollständig aus Afghanistan zurückgezogen hatten, konnten die radikalislamischen Taliban Kabul kampflos einnehmen. Damit ist die Zukunft insbesondere von Frauen, Menschenrechtsaktivisten und demokratisch orientierten Afghaninnen und Afghanen ungewiss. Die letzten Soldatinnen und Soldaten des deutschen Kontingents der Mission Resolute Support verließen Afghanistan am 29. Juni 2021.





Friedensbewegung vs. NATO-Doppelbeschluss

Etwa 300.000 Demonstranten protestieren am 10. Oktober 1981 in Bonn gegen den NATO-Doppelbeschluss. Es ist die bisher größte Demonstration der Friedensbewegung. Der Doppelbeschluss beherrscht die außen- und innenpolitische Debatte in Westeuropa von 1979 bis 1983 und provoziert dort politische Massenproteste.

Die NATO fasst den Doppelbeschluss auf Anregung von Bundeskanzler Helmut Schmidt am 12. Dezember 1979. Zwei Wochen später marschiert die Rote Armee in Afghanistan ein. Die Entspannungspolitik der 70er Jahre zwischen NATO und Warschauer Pakt ist zu Ende. Seit 1977 hatte die Sowjetunion begonnen, ihre auf Westeuropa gerichteten Mittelstreckenraketen durch modernere, zielgenauere Raketen vom Typ SS-20 zu ersetzen. Die europäischen NATO-Verbündeten fühlen sich bedroht und das strategische Gleichgewicht in Frage gestellt. Unterhalb der Ebene der Interkontinentalraketen zeichnet sich eine nukleare sowjetische Überlegenheit ab. Auf einen Angriff auf Westeuropa mit SS-20 Raketen müsste die NATO aufgrund fehlender Mittelstreckenraketen gleich mit US-Interkontinentalraketen reagieren. Das hätte automatisch einen weltweiten Konflikt zur Folge, der nur mittels Schließen der „Raketenlücke“ durch eine entsprechende Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen vermieden werden könnte. Der Doppelbeschluss von 1979 sieht deshalb vor, 108 Pershing II und 464 bodengestützte Marschflugkörper (Cruise Missiles) in der Bundesrepublik, Belgien, Großbritannien, Italien und den Niederlanden zu stationieren.

Zuvor bietet die NATO Moskau an, über die Abrüstung der SS-20 zu verhandeln. Falls Moskau die SS-20 abbaut, will die NATO auf die Nachrüstung verzichten. Jedoch scheitern die Abrüstungsgespräche in Rahmen der INF (Intermediate Nuclear Forces)-Verhandlungen in Genf zwischen den USA und der Sowjetunion Anfang der 80er Jahre.



↑ Trotz Verbots demonstrierten Soldaten der Bundeswehr in Uniform am 22. Oktober 1983 mit einer Pershing-II-Attrappe im Bonner Hofgarten gegen die Stationierung atomarer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa im Rahmen der NATO.

Die Friedensbewegung in Westeuropa kämpft gegen den Doppelbeschluss und plädiert für Rüstungskontrolle und Abrüstung. Die Kritiker sehen in der Nachrüstung den Beginn eines neuen nuklearen Wettrüstens. Auch in der DDR kommt es als einzigem kommunistischen Land zu einer erwähnenswerten kleinen autonomen Friedensbewegung.

Unter dem biblischen Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ protestieren ihre überwiegend christlichen Mitglieder gegen die Aufrüstung in Ost und West. Anders als im freiheitlichen Westen müssen sie dafür Repressionen ihres Staates in Kauf nehmen.

Auch auf dem Kölner Parteitag der SPD in November 1983 spricht sich die überwältigende Mehrheit der Delegierten gegen die Raketen-Nachrüstung aus. Damit entzieht die SPD-Parteibasis ihrem Spitzenmann Helmut Schmidt die Unterstützung. Der außerparlamentarische Protest scheitert jedoch an den gewählten Volksvertretern. CDU-Kanzler Kohl und die Mehrheit der Abgeordneten stimmen in sicherheitspolitischer Kontinuität zum SPD-Altkanzler Schmidt am 22. November 1983 im Bundestag für den Doppelbeschluss. „Wäre ich 1982/83 den demoskopischen Daten gefolgt, dann wäre der Doppelbeschluss nicht vollzogen worden. Wie ich von Michail Gorbatschow selber weiß, hat jedoch gerade die Geschlossenheit und Standfestigkeit des Bündnisses (...) entscheidend zum „Neuen Denken“ (Perestroika und Glasnost) in der sowjetischen Führung und damit letztlich auch zur Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen“ (Helmut Kohl 1993). (ub)

KZ ÜBERLEBT

Porträts von Stefan Hanke
bis 26. Oktober 2021

MILITÄR
HISTORISCHES
MUSEUM

Dresden

www.mhmbw.de

Foto © Stefan Hanke / Porträt von Kazimierz Plechowski, 2013



PERSÖNLICHKEITEN ENTWICKELN

Innere Führung ist unsere Berufung! Seit 1956 ist das Zentrum Innere Führung die zentrale Denkfabrik für die Führungskultur in der Bundeswehr. Gleichzeitig bieten wir richtungsweisende und qualitativ hochwertige Aus- und Weiterbildungen rund um die Themenfelder der Inneren Führung. Wir bilden Vorbilder aus und entwickeln Persönlichkeiten.

Zentrum Innere Führung, Von-Witzleben-Str. 17, 56076 Koblenz, www.innerefuehrung.de



Foto: Bundeswehr/Jonas Weber



BUNDESWEHR